

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

Bericht der Wahlkreiskommission für die 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages gemäß § 3 Bundeswahlgesetz

Inhaltsverzeichnis

	Seite
1. Aufgaben und Zusammensetzung der Kommission	2
1.1 Aufgaben der Kommission	2
1.2 Zusammensetzung der Kommission	2
1.3 Beteiligung anderer Institutionen	2
2. Bevölkerungszahlen	2
3. Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreise	3
3.1 Bevölkerungsentwicklung	3
3.2 Gebietsstand	3
4. Vorschläge der Kommission zur Änderung der Wahlkreiseinteilung	3
4.1 Vorschläge zur Verteilung der Wahlkreise auf die Länder	3
4.1.1 Grundsätze	3
4.1.2 Folgerungen	5
4.1.3 Nummerierung der Wahlkreise	8
4.2 Abgrenzung der Wahlkreise in den Ländern	8
4.2.1 Grundsätze	8
4.2.2 Folgerungen	9
Anlagen	19

1. Aufgaben und Zusammensetzung der Kommission

1.1 Aufgaben der Kommission

Zu Beginn jeder Wahlperiode des Deutschen Bundestages beruft der Bundespräsident gemäß § 3 Abs. 2 Bundeswahlgesetz (BWG) eine unabhängige Wahlkreiskommission. Nach § 3 Abs. 3 BWG hat die Wahlkreiskommission die Aufgabe, über Änderungen der Bevölkerungszahlen im Wahlgebiet zu berichten und darzulegen, ob und welche Änderungen der Einteilung der Bundestagswahlkreise sie im Hinblick darauf für erforderlich hält. Die Kommission kann in ihrem Bericht auch aus anderen Gründen Änderungsvorschläge machen. Bei ihren Vorschlägen zur Wahlkreiseinteilung hat sie nach § 3 Abs. 1 BWG folgende Grundsätze zu beachten:

1. Die Ländergrenzen sind einzuhalten.
2. Die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern muss deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen.
3. Die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises soll von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise nicht um mehr als 15 vom Hundert nach oben oder unten abweichen; beträgt die Abweichung mehr als 25 vom Hundert, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen.
4. Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden.
5. Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden.

Maßgebend für die Ermittlung der Bevölkerungszahl ist die deutsche Bevölkerung.

Die Vorschläge der Kommission sind dem Bundesministerium des Innern innerhalb von 15 Monaten nach dem ersten Zusammentritt des Deutschen Bundestages zuleiten (§ 3 Abs. 4 BWG). Der Bericht für die 16. Wahlperiode ist demnach bis zum 18. Januar 2007 zu erstatten.

1.2 Zusammensetzung der Kommission

Zu Mitgliedern der Wahlkreiskommission für die 16. Wahlperiode des Deutschen Bundestages sind vom Bundespräsidenten am 2. Oktober 1995 und 24. April 2006 berufen worden:

Ilse-Sabine Beck	Richterin am Bundesverwaltungsgericht
Helga Block	Ministerialdirigentin im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen
Christoph Carl	Ministerialrat im Sächsischen Staatsministerium des Innern
Christiane Friedrich	Ministerialrätin im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg

Johann Hahlen	Präsident des Statistischen Bundesamtes bis 9. Oktober 2006
---------------	---

Volkhard Spilarewicz	Ministerialrat im Bayerischen Staatsministerium des Innern
----------------------	--

Karl-Ludwig Strelen	Präsident des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik
---------------------	---

Die Kommission wählte in ihrer konstituierenden Sitzung am 24. April 2006 den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes Johann Hahlen zu ihrem Vorsitzenden und den Präsidenten des Niedersächsischen Landesamtes für Statistik Karl-Ludwig Strelen zu ihrem stellvertretenden Vorsitzenden. Nachdem Präsident Hahlen am 9. Oktober 2006 zum Staatssekretär im Bundesministerium des Innern ernannt wurde, übernahm Präsident Strelen als sein Stellvertreter den Vorsitz.

Weitere Sitzungen fanden am 30. Juni, 4. Oktober und 29. November 2006 statt.

1.3 Beteiligung anderer Institutionen

Die Leiter des Wahlrechtsreferates im Bundesministerium des Innern, Frau Ministerialrätin Bickenbach und in ihrer Nachfolge Herr Regierungsdirektor Schnauhüber, haben als Vertreter des Bundesministeriums des Innern an den Sitzungen teilgenommen. Die Kommission hielt bei ihrer Arbeit Kontakt mit den Landesregierungen und deren für Wahlangelegenheiten zuständigen Bediensteten. Jede Landesregierung hatte Gelegenheit, für ihr Land gegenüber der Kommission zur Wahlkreiseinteilung Stellung zu nehmen. Die Landesregierungen wurden gebeten, auch die Landesverbände der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu beteiligen.

2. Bevölkerungszahlen

Für die Überprüfung der Bevölkerungsentwicklung standen der Wahlkreiskommission Unterlagen der amtlichen Statistik über die auf der Grundlage der Ergebnisse der Volkszählung 1987 und der Daten des zentralen Einwohnerregisters der DDR fortgeschriebene deutsche Bevölkerung nach dem Stand 31. Dezember 2005 auf Gemeindeebene zur Verfügung. Der Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 ergibt sich für die 16 Länder aus den Anlagen 1a und 1b (einschließlich der rechnerischen Verteilung der 299 Wahlkreise auf die Länder) sowie für die gegenwärtigen und vorgeschlagenen Wahlkreise aus Anlage 1c. Diese Daten bilden allein die Grundlage für die Vorschläge der Kommission, da sie für den Stichtag des Berichts das einzige vollständige Zahlenmaterial bis auf Gemeindeebene darstellen.

Vergleichszahlen zum Stand der deutschen Bevölkerung für die Länder am 31. März 2006 und 30. Juni 2006 und zur rechnerischen Verteilung der 299 Wahlkreise nach diesen Zahlen auf die 16 Länder sind nachrichtlich in den Anlagen 2a bis 2d zusammengestellt.

3. Überprüfung der gegenwärtigen Wahlkreise

3.1 Bevölkerungsentwicklung

Zunächst hat die Kommission die Bevölkerungsentwicklung nach Ländern untersucht, welche nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG die Grundlage für die Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder bildet. Gegenüber dem 31. Dezember 2003 (Grundlage für das Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes) hat die deutsche Bevölkerung bis zum 31. Dezember 2005 um 40 959 abgenommen. Die Veränderungen der Bevölkerungszahlen in den Ländern im Berichtszeitraum vom 31. Dezember 2003 bis 31. Dezember 2005 betragen:

Land	Anzahl
Baden-Württemberg	+ 55 443
Bayern	+ 47 986
Berlin	– 12 481
Brandenburg	– 14 458
Bremen	– 69
Hamburg	+ 14 201
Hessen	+ 5 741
Mecklenburg-Vorpommern	– 24 683
Niedersachsen	+ 5 857
Nordrhein-Westfalen	+ 16 191
Rheinland-Pfalz	– 190
Saarland	– 8 070
Sachsen	– 48 378
Sachsen-Anhalt	– 49 439
Schleswig-Holstein	+ 10 288
Thüringen	– 38 898

3.2 Gebietsstand

Dem Bericht liegt für die Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise – entsprechend dem jüngsten vorliegenden Bevölkerungsstand auf Gemeindeebene – grundsätzlich der Gebietsstand am 31. Dezember 2005 zugrunde. Sofern in Einzelfällen ein späterer Gebietsstand berücksichtigt wurde, um in den jeweils betroffenen Ländern erfolgte kommunale Gebietsänderungen einbeziehen zu können, ist dies in den Bemerkungen zur Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise ausgewiesen.

Soweit seit der Bekanntmachung zur Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag vom 21. Juli 2005 (BGBl. I S. 2180), welcher der Gebietsstand zum 10. Juni 2005 zugrunde lag, Wahlkreisgrenzen berührende Gebietsänderungen sowie kommunale Namensänderungen stattgefunden haben, sind diese in den Vorschlägen berücksichtigt.

Die genaue Aufteilung der Kreise in Mecklenburg-Vorpommern aufgrund der Kreisgebietsreform (Gesetz zur Modernisierung der Verwaltung des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 23. März 2006 – GVBl. M-V S. 194), die Auswirkungen auf die Beschreibung der Wahlkreise hat, ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt wegen der im Gesetz vom 23. März 2006 vorgesehenen Änderungsmöglichkeiten bis Ende 2007 noch nicht abschließend geklärt. Soweit möglich, ist dies bei der Wahlkreisbeschreibung zu berücksichtigen.

Die voraussichtlich am 1. Juli 2007 in Kraft tretende geänderte Gliederung der Landkreise in Sachsen-Anhalt durch das Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung wurde in die Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise nicht einbezogen, wohl aber bei den Überlegungen zur Neugliederung der Wahlkreise in Sachsen-Anhalt.

Schließlich ist noch nicht absehbar, wann die für den 1. Juli 2008 geplante Verwaltungs- und Gebietsreform im Freistaat Sachsen in Kraft tritt und welchen Regelungsinhalt sie hat.

Aus den mit dem Staatsvertrag vom 27. Mai 2003 zwischen dem Saarland und dem Land Rheinland-Pfalz vereinbarten Änderungen der gemeinsamen Landesgrenze (BGBl. I 2004, S. 259) ergab sich nach dessen Inkrafttreten zum 1. Januar 2004 in Anwendung des § 3 Abs. 5 BWG eine Veränderung in zwei Wahlkreisen, die wegen der geringen betroffenen Bevölkerungszahlen jedoch keine Folgeänderungen erforderlich machen.

4. Vorschläge der Kommission zur Änderung der Wahlkreiseinteilung

4.1 Vorschläge zur Verteilung der Wahlkreise auf die Länder

4.1.1 Grundsätze

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG muss die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen. Damit will der Gesetzgeber sicherstellen, dass der Grundsatz der Wahlrechtsgleichheit gewahrt bleibt und möglichst keine Überhangmandate auf Grund ungleicher Verteilung der Wahlkreise auf die Länder entstehen.

Die Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode hat diese Bestimmung mehrheitlich dahingehend ausgelegt, dass sie eine Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder entsprechend deren Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung im Wahlgebiet in strikter Anwendung des proportionalen Zuteilungsverfahrens nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den größten Restwerten (Hare/Niemeyer) gebietet. Dies beruhte auf der Erwägung, dass nach der Neufassung der Vorschrift durch das Dreizehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S. 1712) nunmehr die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen muss – und nicht nur wie bisher ent-

sprechen soll – und deshalb kein Raum bleibt, zur Wahrung der Kontinuität einer bestehenden Wahlkreisverteilung von der proportionalen Zuteilung abzuweichen. Dazu hat die Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode in ihrem Bericht vom 28. November 2003 unter 4.1.1 ausgeführt:

„Zwar hat der Gesetzgeber in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG – anders als bei der Regelung der Sitzverteilung nach den gültigen Zweitstimmen in § 6 Abs. 2 BWG – kein bestimmtes Verhältnis-Verteilungssystem vorgeschrieben. Er hat aber vor dem Hintergrund der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 1997 zur Überhangmandatsproblematik (BVerfGE Bd. 95, S. 335 ff.) im Anschluss an die Empfehlungen der Reformkommission zur Größe des Deutschen Bundestages vom 12. Juni 1996 (Bundestagsdrucksache 13/4860, S. 6/7) mit dem Dreizehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 15. November 1996 (BGBl. I S. 1712) die Regelung über die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG neu gefasst.

In der Begründung zu dem Entwurf eines Dreizehnten Gesetzes zur Änderung des Bundeswahlgesetzes der Fraktionen der CDU/CSU und FDP (Bundestagsdrucksache 13/5583, S. 10) heißt es, dass diese Neuregelung dem Gesetzgeber Grundsätze vorgebe, die der besseren Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl (Artikel 38 des Grundgesetzes) und der weitgehenden Vermeidung des Entstehens von Überhangmandaten dienen sollen. Im Gegensatz zum vor dieser Gesetzesänderung geltenden Recht, wonach die Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern deren Bevölkerungsanteil soweit wie möglich entsprechen sollte, müsse in Zukunft eine solche weitgehende Entsprechung gewährleistet sein. Bereits in der Vergangenheit sei in der Rechtswissenschaft die Auffassung vertreten worden, die Soll-Vorschrift des § 3 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 BWG a. F. sei im Wege verfassungskonformer Auslegung im Sinne einer Muss-Vorschrift zu interpretieren. Diese Auffassung mache sich der Gesetzentwurf zu eigen.

Der Gesetzgeber hat also mit der Neufassung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG die zuvor geltende „Soll-Vorschrift“ in eine „Muss-Regelung“ umgewandelt, um dem Gedanken einer proportionalen Verteilung der Wahlkreise auf die Länder entsprechend dem Bevölkerungsanteil des jeweiligen Landes deutlich stärkere Geltung zu verschaffen. Dabei hat er allerdings die Wendung „soweit wie möglich“ beibehalten.

Bei Anwendung des Hare/Niemeyer-Verfahrens erfolgt die Verteilung derjenigen Wahlkreise, die den Ländern nach deren Anteil an der deutschen Gesamtbevölkerung nicht bereits ganzzahlig zufallen, ausschließlich nach dem größten Restwert. Vor diesem Hintergrund hat die Kommission eingehend erörtert, ob § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG dem Gesetzesanwender mit der Formulierung „muss ... so weit wie möglich“ einen Spielraum belässt, der es ermöglicht, beispielsweise durch Anwendung der Regeln der Auf- und Abrundung in gewissem Umfang

dem Gedanken der Kontinuität der Wahlkreisverteilung Rechnung zu tragen und dadurch zu vermeiden, dass es bereits bei verhältnismäßig geringfügigen Bevölkerungsverschiebungen zwischen den 16 Ländern möglicherweise in jeder Wahlperiode zur Umverteilung einer oder mehrerer Wahlkreise zwischen den Ländern kommt. Dabei ist nach Auffassung der Kommission entscheidend, ob die fragliche Gesetzesformulierung im Sinne strikter Proportionalität als „soweit rechnerisch möglich“ auszulegen ist oder eine gewisse „Abmilderung“ der „Muss-Regelung“ bezweckt, also letztlich nur eine annähernde Proportionalität anstrebt und damit bei der proportionalen Verteilung der Wahlkreise eine Berücksichtigung anderer Gesichtspunkte zulässt.

Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, dass nach der oben dargestellten Entstehungsgeschichte der Neufassung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG und nach dem Zweck der Neuregelung, nämlich einer besseren Verwirklichung des Grundsatzes der Gleichheit der Wahl und einer Vermeidung von Überhangmandaten, die proportionale Zuteilung der Wahlkreise auf die Länder – im Gegensatz zur Regelung der Abgrenzung der Wahlkreise in den Ländern (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG) – strikt durchgeführt werden muss, so dass kein Raum bleibt, zur Wahrung der Kontinuität einer bestehenden Wahlkreisverteilung die Regeln der Auf- und Abrundung der errechneten Dezimalstellen bei Verteilung der Wahlkreise auf die Länder zu berücksichtigen. Ein aus solchen Rundungsregeln folgender „Anspruch“ auf Beibehaltung der bisher zugeordneten Anzahl von Wahlkreisen, die einem Land bei strikter Anwendung des proportionalen Zuteilungsverfahrens nach seinem Restwert nicht zustehen würde, lässt sich mit den herkömmlichen Auslegungsregeln aus § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG nicht begründen, zumal § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG gerade eine andere Regelung trifft, als sie in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG für die Bildung der Wahlkreise in den 16 Ländern vorgesehen ist.“

Nachdem das Bundesministerium des Innern dieser Auffassung in seiner gutachterlichen Stellungnahme vom 8. Juli 2004 entgegengetreten ist und auch der Gesetzgeber ausweislich der Begründung des Gesetzentwurfs zum Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes (Bundestagsdrucksache 15/4492 S. 55 ff.) die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder für die letzte Bundestagswahl nach den früheren, von der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode aufgestellten Grundsätzen vorgenommen hat, hat die Wahlkreiskommission sich erneut mit dieser Frage befasst und mit den hierzu vorgetragenen Argumenten auseinander gesetzt. Diese gehen im wesentlichen dahin, dass die Formulierung in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG „muss soweit wie möglich“ im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts einen gewissen – wenn auch eng begrenzten – Spielraum des Gesetzgebers bei der Frage der Neuverteilung der Wahlkreise auf die Länder zulasse. Insofern sei es vertretbar, den Gesichtspunkt der Wahlkreis-kontinuität als Ausdruck des Prinzips der demokratischen Repräsen-

tation in die Entscheidung über die Verteilung der Wahlkreise mit einfließen zu lassen. In Übereinstimmung mit dem Grundsatz der Gleichheit der Wahl im Sinne des Artikel 38 Abs. 1 Satz 1 des Grundgesetzes sei es deshalb vertretbar, eine Anpassung der Zahl der Wahlkreise in den Ländern nur dann vorzunehmen, wenn sich nach den Regeln der Auf- und Abrundung der errechneten Dezimalstellen eine geänderte Verteilung der Wahlkreise auf die 16 Länder ergebe. Im Ergebnis sollte danach ein Land – auch wenn sein Dezimalanteil über 0,5 liegt – einen zusätzlichen Wahlkreis nur dann erhalten, wenn ein anderes Land unter den Dezimalwert von 0,5 sinkt. (Bundestagsdrucksache a.a.O.)

Die Wahlkreiskommission hält nach eingehender Aussprache und intensiver Abwägung der maßgeblichen Gesichtspunkte und in Ansehung der Entscheidung des Gesetzgebers im Siebzehnten Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes vom 11. März 2005 (BGBl. I S. 674) mehrheitlich an der strengeren Auslegung fest, die bereits von der Wahlkreiskommission für die 15. Wahlperiode vertreten wurde. Sie folgt zwar dem Gutachten des Bundesministeriums des Innern insoweit, als darin ausgeführt wird, dass dem Gesetzgeber aus verfassungsrechtlicher Sicht bei der Einteilung des Wahlgebiets in gleich große Wahlkreise ein gewisser Beurteilungsspielraum zukommt. Er wäre deshalb verfassungsrechtlich nicht gehindert, ein Verteilungsverfahren nach den von der Wahlkreiskommission für die 14. Wahlperiode vorgeschlagenen Grundsätzen vorzusehen.

Bei der Frage, wie § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG in seiner gegenwärtigen Fassung auszulegen ist, sprechen nach mehrheitlicher Auffassung der Wahlkreiskommission jedoch nach wie vor sowohl der Wortlaut als auch die Entstehungsgeschichte und der Sinn und Zweck der Regelung eher für die alleinige Maßgeblichkeit des Proportionalitätsprinzips.

Dieses hat lediglich dann zurückzutreten, wenn andere zwingende Gründe es erfordern – wie etwa die zwingenden gesetzlichen Regelungen in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 und Nr. 3 BWG oder auch die Notwendigkeit der rechtzeitigen Wahlvorbereitung, die eine Berücksichtigung von Veränderungen der Bevölkerungszahl nach einem bestimmten Zeitpunkt verbietet. Dafür, dass auch aus Gründen der Wahlkreiskontinuität eine an sich gebotene proportionale Verteilung nicht „möglich“ im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG sein kann, lässt sich weder dem Gesetz selbst noch den im Gutachten des Bundesministeriums des Innern zitierten Gesetzesmaterialien etwas entnehmen. Die vom Gesetzgeber bei der Siebzehnten Änderung des Bundeswahlgesetzes angestellten Erwägungen haben in § 3 Abs. 1 BWG keinen Niederschlag gefunden.

Weiter erörterte die Wahlkreiskommission, ob das Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer oder – mit Blick auf bekannt gewordene Überlegungen zur Novellierung des

BWG – das Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers, das bereits bei einigen Landtags- und Bürgerschaftswahlen sowie bei der Besetzung der Bundestagsausschüsse Anwendung findet, den Überlegungen der Wahlkreiskommission zugrunde gelegt werden sollte. Sie hat dazu eine gutachtliche Stellungnahme zu den Vor- und Nachteilen der drei gebräuchlichsten Berechnungsverfahren d'Hondt, Hare/Niemeyer und Sainte-Laguë/Schepers für die proportionale Verteilung der Wahlkreise auf die Länder eingeholt und in der Sitzung vom 4. Oktober 2006 mündlich mit dem Gutachter erörtert. Das Gutachten ist als Anlage 1d dem Kommissionsbericht beigelegt. Die Wahlkreiskommission ist auf dieser Grundlage zu dem Schluss gekommen, dass für die Zwecke der Wahlkreisverteilung auf die Länder das Berechnungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers Vorzüge hat, weil es einerseits einige Paradoxien, die bei den anderen Berechnungsverfahren auftreten können, vermeidet sowie andererseits geringere Ausschläge in Gestalt von Wahlkreiswechseln verzeichnet als das Verfahren nach Hare/Niemeyer und somit eher als Kontinuitätswahrend erscheint. Dies wird bestätigt durch einen Vergleich der der Wahlkreiskommission vorliegenden Zahlen zur Verteilung der Wahlkreise auf die Länder nach den Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer und Sainte-Laguë/Schepers für den Zeitraum von Dezember 2005 bis Juni 2006 (Anlagen 1a und 1b sowie 2a bis 2d).

Da indes das Berechnungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers bisher im Bundeswahlgesetz an keiner Stelle, das Berechnungsverfahren nach Hare/Niemeyer dagegen ausdrücklich in § 6 BWG für die Sitzverteilung im Deutschen Bundestag vorgesehen ist, geht die Wahlkreiskommission davon aus, dass für eine Anwendung des Verfahrens nach Sainte-Laguë/Schepers bei der Verteilung der Wahlkreise auf die Länder hinreichende Anhaltspunkte im Gesetz fehlen.

Entsprechende Berechnungen nach Sainte-Laguë/Schepers werden deshalb nur hilfsweise angestellt. Für den 31. Dezember 2005 ergeben sich nach beiden Berechnungsmethoden dieselben Ergebnisse (vgl. Anlagen 1a und 1b).

Unter den vorstehend genannten Erwägungen wäre es aus Sicht der Wahlkreiskommission zu begrüßen, wenn für die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder in § 3 Abs. 1 BWG das Berechnungsverfahren nach Sainte-Laguë/Schepers verbindlich eingeführt würde.

4.1.2 Folgerungen

Die gegenwärtige Verteilung der Wahlkreise auf die Länder nach der Anlage zu § 2 Abs. 2 BWG sowie die unter Zugrundelegung der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den größten Resten (Hare/Niemeyer) errechnete Verteilung der Bundestagswahlkreise zeigt die nachfolgende Tabelle:

**Zahl der Wahlkreise in den Ländern auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung*)
am 31. Dezember 2005**

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005		Zahl der Wahlkreise						
			nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 auf Dezimalstellen ¹⁾					mehr	weniger
	Anzahl	%	gegenwärtig	ganz-zahliger Anteil	„Reste“	Zuteilung nach dem größten Rest	proportionaler Anteil	als bisher	
Schleswig-Holstein	2 680 420	3,6	11	10	0,665	1	11	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	1 667 872	2,2	7	6	0,636	1	7	–	–
Hamburg	1 495 714	2,0	6	5	0,951	1	6	–	–
Niedersachsen	7 459 945	9,9	29	29	0,681	1	30	1	–
Bremen	578 878	0,8	2	2	0,303	–	2	–	–
Brandenburg	2 492 458	3,3	10	9	0,917	1	10	–	–
Sachsen-Anhalt	2 422 993	3,2	10	9	0,641	1	10	–	–
Berlin	2 928 671	3,9	12	11	0,653	1	12	–	–
Nordrhein-Westfalen	16 130 722	21,5	64	64	0,180	–	64	–	–
Sachsen	4 153 968	5,5	17	16	0,528	–	16	–	1
Hessen	5 395 136	7,2	21	21	0,466	–	21	–	–
Thüringen	2 286 802	3,0	9	9	0,099	–	9	–	–
Rheinland-Pfalz	3 745 917	5,0	15	14	0,904	1	15	–	–
Bayern	11 288 989	15,0	45	44	0,916	1	45	–	–
Baden-Württemberg	9 457 741	12,6	37	37	0,630	–	37	–	–
Saarland	962 666	1,3	4	3	0,830	1	4	–	–
Bundesgebiet	75 148 892	100	299	289	X	10	299	1	1

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

¹⁾ Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 251 334.

Bei Anwendung der in Abschnitt 4.1.1 dargestellten Grundsätze der Wahlkreiskommission für die 16. Wahlperiode verliert nach dem Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 bei einer Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder nach der Quotenmethode mit Ausgleich nach den größten Resten (Hare-Niemeyer) Sachsen (Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 nach Dezimalstellen: 16,528) einen Wahlkreis, während Niedersachsen (Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 nach Dezimalstellen: 29,681) einen zusätzlichen Wahlkreis erhält. Danach entfallen auf Sachsen 16 (statt bisher 17) und auf Niedersachsen 30 (statt bisher 29) Wahlkreise.

Die Wahlkreiskommission schlägt daher eine dementsprechend geänderte Verteilung der 299 Wahlkreise auf die 16 Länder vor, mit der die Zahl der Wahlkreise in den Ländern Niedersachsen und Sachsen an ihren Anteil an der gesamten deutschen Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland angepasst wird. Dabei hat die Kommission in ihre Überlegungen einbezogen, dass sich die Zahlen der deutschen Bevölkerung zum 31. Dezember 2005 in den betroffenen Ländern im Rahmen einer langfristig zu beobachtenden Entwicklung bewegen (vgl. Anlage 3). Die deutsche Bevölkerung hat in Sachsen zwischen dem 31. Dezember 1995 und dem 31. Dezember 2005 kontinuierlich und nachhaltig abgenommen. Niedersachsen verzeichnet in diesem Zeitraum eine Bevölkerungszunahme.

Die Landesregierung von Sachsen hat zu dem vorgeschlagenen Verlust eines Wahlkreises im Wesentlichen wie folgt Stellung genommen:

Die Landesregierung des Freistaates Sachsen ist der Auffassung, eine Verschiebung der Wahlkreise sei nicht zwingend. Maßgeblich für die Beurteilung der rechtlichen Notwendigkeit einer Neuverteilung der Wahlkreise zwischen den Ländern ist § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG, dessen Auslegung jedoch umstritten sei. Die Landesregierung schließt sich der Ansicht des Bundesgesetzgebers an, der § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG dahingehend auslegt, dass ihm ein eng begrenzter Ermessensspielraum („verstärktes Soll“) bei der Verteilung der Wahlkreise zwischen den einzelnen Ländern zustehe. Für diese Auslegung sprächen die überzeugenderen Argumente:

„Nach dem Wortlaut und der Systematik der Vorschrift sind die Bindungen des Gesetzgebers an die einzelnen Grundsätze des § 3 Abs. 1 BWG unterschiedlich stark. Das BVerfG (Beschluss vom 18. Juli 2001, Az.: 2 BvR 1252/99 vom 18. Juli 2001, Absatz-Nr. 24 ...) führt dazu aus: „Zwingend sind die Einhaltung der Ländergrenzen (Nr. 1) und die Maximalabweichung von 25 v. H. der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise (Nr. 3). Der Grundsatz der Verteilung der Wahlkreise entsprechend dem Bevölkerungsanteil der einzelnen Länder „muss ... soweit wie möglich“ beachtet werden (Nr. 2). In der nächsten Stufe der Bindung, einer Sollvorschrift, findet sich der Grundsatz, dass der Wahlkreis ein zusammenhängendes Gebiet bilden (Nr. 4) und dass die Bevölkerungszahl des Wahlkreises nicht mehr als 15 v. H. von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl der Wahlkreise abweichen soll (Nr. 3). Für den Grundsatz der Einhaltung der Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte ist eine noch geringere Bindung gegeben, diese „sollen nach Möglichkeit eingehalten werden“ (Nr. 5). Diese abgestufte Bindung lässt sich nicht nur aus dem Wortlaut, sondern auch aus der fortlaufenden Nummerierung ablesen, wobei zu beachten ist, dass Nr. 3 sowohl eine zwingende Regelung als auch eine Sollvorschrift enthält und deshalb hinter Nr. 2 („muss ... soweit wie möglich“) und vor Nr. 4 („soll“) eingeordnet wird.“

Damit hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Regelung der Nr. 2 zwar oberhalb einer Soll-Regelung, aber unterhalb einer Muss-Regelung eingestuft. Auch die Formulierung „soweit“ spricht für die Annahme eines gewissen Spielraumes.

Für das Bestehen eines Ermessensspielraums spricht des Weiteren die historische Auslegung.

In der Gesetzesbegründung (Bundestagsdrucksache 13/5583, S.10) wird erläutert, dass durch die Gesetzesänderung eine „weitgehende Entsprechung (der Zahl der Wahlkreise in den einzelnen Ländern mit deren Bevölkerungsanteil) gewährleistet sein“ soll. Es wird klargestellt, dass sich der Gesetzgeber den Vertretern der Auffassung in der Rechtswissenschaft anschließen wollte, die in dem juristischen Streit, ob das „Soll“ verfassungskonform i. S. eines „Muss“ auszulegen war, die letztgenannte Position vertraten. Aber selbst diese gingen davon aus, dass Abweichungen von der Soll-Regelung des § 3 Abs. 2 Satz 3

Nr. 3 BWG a. F. erlaubt waren, wenn besondere rechtliche oder tatsächliche Gründe vorlagen (vgl. Schreiber, Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag, 5. Auflage 1994, § 3, Rz. 12). Das heißt, auch sie verstanden die Formulierung nicht als „soweit rechnerisch möglich“.

Schließlich hätte der Gesetzgeber bei der Änderung des § 3 BWG im Jahre 1996 die Wendung „soweit wie möglich“ gestrichen, wenn er eine strikte mathematische Abgrenzung gewollt hätte, da dieser Zusatz in dem Falle bedeutungslos wäre.

Nach alledem ist davon auszugehen, dass der Wortlaut bei der Frage der Neueinteilung der Wahlkreise einen begrenzten Spielraum eröffnet. Bei dessen Ausschöpfung ist dem vom BVerfG (a. a. O.) als legitimes gesetzgeberisches Ziel im Rahmen des § 3 BWG eingestuften Gesichtspunkt der Wahlkreiskontinuität Rechnung zu tragen.

Bei der Abwägung, ob eine Verschiebung der Wahlkreise stattfinden soll, sind folgende Punkte relevant:

- Es sind keine sachlichen Gründe ersichtlich, weshalb Sachsen einen Wahlkreis abgeben soll, während Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern trotz eines vergleichbaren Bevölkerungsrückgangs zumindest zunächst alle ihre Wahlkreise behalten.
- Wenn alle drei ostdeutschen Bundesländer jeweils einen Wahlkreis abgeben müssten, wären die neuen Bundesländer im Bundestag noch geringer repräsentiert.
- Da in allen drei Ländern umfangreiche Kreisgebietsreformen zum 1. Juli 2007 (Sachsen-Anhalt), voraussichtlich 1. Juli 2008 (Sachsen) bzw. 1. Oktober 2009 (Mecklenburg-Vorpommern) in Kraft treten, sollte aus Gründen der Wahlkreiskontinuität zunächst deren Umsetzung abgewartet werden, bevor die Bundestagswahlkreise den neuen Kreisstrukturen angepasst werden (siehe auch Empfehlung Innenausschuss, Bundestagsdrucksache 12/4822, S. 9 für § 3 BWG a. F.). Dadurch werden wiederholte umfangreiche Änderungen vermieden, die der Bevölkerung nicht zu vermitteln sind.
- Die Zahl der Wahlkreise sollte – in Anlehnung an die Ansicht der Wahlkreiskommission bis zur 14. Wahlperiode – nur dann angepasst werden, wenn nach den Rundungsregeln der errechneten Dezimalstellen für ein Land ein Wahlkreisverlust eintritt. Soweit kein Wahlkreisverlust eintritt, reicht es danach für eine Umverteilung von Wahlkreisen nicht aus, dass einem Land nach Anwendung der Rundungsregeln ein zusätzlicher Wahlkreis zugeteilt werden müsste. Vielmehr ist erforderlich, dass in dem maßgeblichen Zeitraum gleichzeitig der Dezimalwert eines Landes unter 0,5 sinkt. Für Sachsen betrug der „rechnerische Rest“ zum Stichtag, dem 31. Dezember 2005, 0,528, d. h. er lag nicht unter der Grenze von 0,5. Bezogen auf die Wahlkreisverteilung zwischen Sachsen und Niedersachsen bedeutet dies, dass der Verlust eines Wahlkreises für Sachsen nicht zwingend ist.

Nach Abwägung der vorgenannten Umstände und unter besonderer Berücksichtigung des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität als Ausdruck der parlamentarischen Repräsentation, sollte für die 16. Wahlperiode von einer umfangreichen Neugliederung und Neuverteilung der Wahlkreise abgesehen werden.“

Die Wahlkreiskommission kann sich dem im Hinblick auf die unter 4.1.1 dargestellten Überlegungen zur Auslegung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG im Ergebnis mehrheitlich nicht anschließen.

Wegen der gesetzlichen Frist für die Erstattung des Berichts war es der Wahlkreiskommission nicht mehr möglich, Vorschläge für die Neueinteilung von Bundestagswahlkreisen in den betroffenen Ländern nach dem Stand der deutschen Bevölkerung am 31. März 2006 oder später unter Beteiligung der Landesregierungen zu erstellen und in den Bericht einzuarbeiten. Hinzu kommt, dass die unterjährigen Zahlen nicht in gleichem Maße valid sind.

Nach der von der Wahlkreiskommission praktizierten Hare/Niemeyer-Berechnung würden nach den Bevölkerungszahlen vom 31. März 2006, aber auch nach den jüngsten Bevölkerungszahlen vom 30. Juni 2006 außer

- Sachsen (Dezimalstellen Stand 31. März/30. Juni 2006: 16,517/16,495 und damit 16 statt 17 Wahlkreise) auch Sachsen-Anhalt (Dezimalstellen Stand 31. März/30. Juni 2006: 9,619/9,599 und damit 9 statt 10 Wahlkreise) einen Wahlkreis verlieren und
- Niedersachsen (Dezimalstellen Stand 31. März/30. Juni 2006: 29,671/29,666 und damit 30 statt 29 Wahlkreise) sowie Baden-Württemberg (Dezimalstellen Stand 31. März/30. Juni 2006: 37,652/37,676 und damit 38 statt 37 Wahlkreise) einen Wahlkreis erhalten.

Zu den Entwicklungen der Bevölkerungszahlen sowie insbesondere zu den Konsequenzen für die Wahlkreiseinteilung zwischen und die Wahlkreiseinteilung in den betreffenden Ländern könnte die Wahlkreiskommission berichten, wenn sie gemäß § 3 Abs. 4 Satz 3 BWG einen ergänzenden Auftrag erhielt.

4.1.3 Nummerierung der Wahlkreise

Zur Verwaltungsvereinfachung und zum besseren Vergleich der Wahlkreise ist der Vorschlag für den neu zu bildenden Wahlkreis mit der fortlaufenden Nummer und dem Buchstaben a versehen. Die Auflösung des Wahlkreises ist in der Nummerierung noch nicht fortgeschrieben worden. In der Anlage zu § 2 Abs. 2 BWG müsste der Gesetzgeber die Wahlkreise wie bisher jedoch mit fortlaufenden Nummern versehen.

4.2 Abgrenzung der Wahlkreise in den Ländern

4.2.1 Grundsätze

Nach § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG soll die Bevölkerungszahl eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerungszahl aller Wahlkreise nicht um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten abweichen; beträgt die

Abweichung mehr als 25 Prozent, ist eine Neuabgrenzung vorzunehmen. Die Einhaltung dieser Grundsätze dient im Wesentlichen dazu, den Grundsatz der Chancengleichheit bei der Stimmabgabe zu verwirklichen.

Nach den aktuellsten bis auf Gemeindeebene zur Verfügung stehenden Bevölkerungszahlen (Stand: 31. Dezember 2005) beträgt die Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise bei 56 Wahlkreisen mehr als ± 15 Prozent; davon weichen 17 Wahlkreise um mehr als ± 20 Prozent von der durchschnittlichen deutschen Bevölkerungszahl ab. Kein Wahlkreis überschreitet die gesetzlich zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent (vgl. Anlage 4).

Die in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG durch den Gesetzgeber festgelegten Grundsätze sind Prüfungsmaßstab für die von der Wahlkreiskommission anzustellenden Untersuchungen und Vorschläge. Demgegenüber fällt nach Auffassung der Wahlkreiskommission nicht entscheidend ins Gewicht, dass der Wahlgesetzgeber bei der Wahlkreiseinteilung für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag durch das Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes in einer Reihe von Fällen Abweichungen der Wahlkreisgröße vom Bundesdurchschnitt von über ± 15 Prozent und zwar bis hin zu $- 23,7$ Prozent (Wahlkreis 228 Degendorf; Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2003) hingenommen hat.

Sämtliche 56 Wahlkreise, die nach dem Stand der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 eine Abweichung vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise von mehr als ± 15 Prozent aufweisen, waren daher einer Überprüfung zu unterziehen, ob eine Neueinteilung dieser Wahlkreise geboten erscheint. Dabei war auch zu untersuchen, ob besondere Gründe eine Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 Prozent rechtfertigen.

Der Wahlkreiskommission erscheinen Abweichungen der deutschen Bevölkerung eines Wahlkreises von der durchschnittlichen Bevölkerung aller Wahlkreise um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten im Einzelfall nach Abwägung der jeweils in Betracht kommenden Rahmenbedingungen insbesondere unter folgenden Gesichtspunkten hinnehmbar:

- Der Wahlkreis soll ein zusammenhängendes Gebiet bilden (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 BWG).
- Die Grenzen der Gemeinden, Kreise und kreisfreien Städte sollen nach Möglichkeit eingehalten werden (§ 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BWG).
- Wahrung regionaler Besonderheiten.
- Kontinuität der Wahlkreiseinteilung.

Dabei ist die Wahlkreiskommission der Auffassung, dass die Gründe für ein Tolerieren einer Abweichung der deutschen Bevölkerung eines Wahlkreises vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise um mehr als ± 15 Prozent umso gewichtiger sein müssen, je mehr sich diese Abweichung der gesetzlich zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent nähert.

Die Kommission hat auf der Grundlage dieser Überlegungen sowie im Zusammenhang mit dem Zuwachs bzw. Verlust eines Wahlkreises in den Ländern Niedersachsen und Sachsen für 10 der 56 Wahlkreise, die um mehr als ± 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweichen, Änderungen vorgeschlagen, um eine gleichmäßigere Bevölkerungsgröße der Wahlkreise zu erreichen und – in Einzelfällen – die Gefahr einer Überschreitung der gesetzlich zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent auszuschließen. Bei sechs Wahlkreisen (67 Elbe-Havel-Gebiet [vorgeschlagener Wahlkreisname: Börde – Jerichow], 165 Chemnitzer Land – Stollberg [vorgeschlagener Wahlkreisname: Annaberg – Chemnitzer Land – Stollberg], 167 Zwickauer Land – Zwickau [vorgeschlagener Wahlkreisname: Zwickauer Land – Zwickau – Aue-Schwarzenberg I], 168 Vogtland – Plauen [vorgeschlagener Wahlkreisname: Vogtland – Plauen – Aue-Schwarzenberg II], 223 München-Land und 230 Passau), die nach ihrem gegenwärtigen Wahlkreisumschnitt die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 Prozent nicht überschreiten, führen die Kommissionsvorschläge dazu, dass diese Wahlkreise mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweichen. Diese Überschreitungen der gesetzlichen Soll-Grenze erscheinen der Kommission nach Abwägung der jeweils im Einzelfall in Betracht kommenden Rahmenbedingungen hinnehmbar, da

- die vorgeschlagenen Neuabgrenzungen der Wahlkreise 223 München-Land und 230 Passau zwingend erforderlich sind, um besonders hohe Abweichungswerte in benachbarten Wahlkreisen zu vermindern,
- die vorgeschlagenen Neuabgrenzungen der Wahlkreise 165 Chemnitzer Land – Stollberg, 167 Zwickauer Land – Zwickau und 168 Vogtland – Plauen Folge der notwendigen Auflösung eines Wahlkreises in Sachsen sind,
- die vorgeschlagene Abgrenzung des Wahlkreises 67 Elbe-Havel-Gebiet die Landkreisgrenzen der zum 1. Juli 2007 angestrebten Kreisgebietsneuregelung beachtet und der Abweichungswert dieses Wahlkreises nur geringfügig die Toleranzgrenze von ± 15 Prozent überschreiten würde (+ 15,5 Prozent)

(vgl. im Einzelnen nachfolgend unter 4.2.2; zum Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen insgesamt sowie zu den nach den vorgeschlagenen Änderungen verbleibenden Wahlkreisen mit einer Abweichung der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 vom Bundesdurchschnitt um 15 Prozent und mehr, vgl. Anlagen 5 und 6).

Im Übrigen hat die Kommission keine Änderungsvorschläge unterbreitet, da nach umfassender Abwägung im Einzelfall jeweils die Gründe für ein Tolerieren der jeweiligen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 Prozent überwiegen.

Stellungnahmen der Landesregierungen zu den Vorschlägen der Wahlkreiskommission liegen von allen Ländern vor.

4.2.2 Folgerungen

Die Wahlkreiskommission hat auf dieser Grundlage die Stellungnahmen der Landesregierungen und der Landesverbände der im Deutschen Bundestag vertretenen politischen Parteien erörtert und ist nach Würdigung der vorgetragenen Gesichtspunkte sowie umfassender Abwägungen der jeweils in Betracht kommenden Rahmenbedingungen unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den einzelnen Wahlkreisen zu folgenden Ergebnissen gelangt (Einzelheiten vgl. Anlagen 7 und 8):

Baden-Württemberg:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Baden-Württemberg um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 261 Böblingen	+ 20,6 Prozent,
– 262 Esslingen	– 19,2 Prozent,
– 268 Heilbronn	+ 19,8 Prozent,
– 287 Schwarzwald-Baar	– 17,1 Prozent,
– 293 Biberach	+ 20,1 Prozent und
– 294 Ravensburg – Bodensee	+ 20,9 Prozent.

- Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee

Die Wahlkreiskommission schlägt folgenden Neuzuschnitt des Wahlkreises 294 Ravensburg – Bodensee vor, um die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze in diesem Wahlkreis zu vermindern:

Der Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee soll verkleinert werden, indem die Gemeinde Aulendorf (Landkreis Ravensburg) dem Wahlkreis 295 Zollernalb – Sigmaringen zugeordnet wird. Durch diese Umsetzung reduziert sich der Abweichungswert des Wahlkreises 294 Ravensburg – Bodensee auf + 17,1 Prozent (Wahlkreis 295 Zollernalb – Sigmaringen: + 8,9 Prozent statt bisher + 5,1 Prozent).

Angesichts des gegenwärtigen Abweichungswerts von + 20,9 Prozent und des zu erwartenden weiteren Bevölkerungszuwachses im Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee hält die Wahlkreiskommission die vorgeschlagene Neuabgrenzung, welche ohne eine zusätzliche Durchschneidung von Landkreisen erfolgen kann, für sachgerecht. Dass der Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee trotz der befürworteten Umgliederung mit + 17,1 Prozent geringfügig die gesetzliche Toleranzgrenze überschreitet, kann in Kauf genommen werden, um tiefere Einschnitte in die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung, die zudem eine Ausweitung der ohnehin beträchtlichen Nord-Süd-Ausdehnung des Wahlkreises 295 Zollernalb – Sigmaringen zur Folge hätten, zu vermeiden.

Die Landesregierung lehnt diesen Kommissionsvorschlag in Kenntnis der Entwicklung der Wahlberechtigtenzahlen und des in der nächsten Wahlperiode zu erwartenden Zuwachses eines Wahlkreises, dessen

Bildung sich im Regierungsbezirk Tübingen anbietet, ab. Sie zieht es vor, den bisherigen Abweichungswert des Wahlkreises 294 zu tolerieren und für eine Neuabgrenzung die weitere Bevölkerungsentwicklung abzuwarten.

Die Wahlkreiskommission hält ihren Vorschlag aufrecht, da die Verkleinerung des Wahlkreises 294 Ravensburg-Bodensee angesichts des Bevölkerungszuwachses in diesem Wahlkreis erforderlich erscheint.

– Wahlkreise 262 Esslingen und 287 Schwarzwald-Baar

Für die Wahlkreise 262 Esslingen und 287 Schwarzwald-Baar sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der Landesregierung von Änderungsvorschlägen ab, da die Abweichungswerte unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes der Wahlkreiscontinuität insbesondere aus folgenden Gründen derzeit hingenommen werden können:

- Es ist nicht zu erwarten, dass diese beiden Wahlkreise bis zum Ende der 16. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent überschreiten.
- Im Wahlkreis 262 Esslingen nimmt die deutsche Bevölkerung stetig zu und der Abweichungswert ist seit dem 31. Dezember 2001 um 2,0 Prozentpunkte gesunken.
- Der Wahlkreis 287 Schwarzwald-Baar überschreitet bei stetiger Zunahme seiner deutschen Bevölkerung mit $- 17,1$ Prozent die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 Prozent nicht gravierend.

Auch die Landesregierung sieht für die genannten Wahlkreise keinen Änderungsbedarf.

– Wahlkreis 261 Böblingen

Trotz des nicht unerheblichen Abweichungswertes des Wahlkreises 261 Böblingen erscheint es der Kommission gerade noch vertretbar, den Wahlkreis in seinem derzeitigen Zuschnitt unverändert zu lassen. Es ist unter Berücksichtigung eines sich seit 31. Dezember 2001 deutlich abschwächenden Bevölkerungswachstums und damit geringerer Zunahme des Abweichungswertes nicht zu erwarten, dass dieser Wahlkreis bis zum Ende der 16. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent überschreiten wird. In die Entscheidung flossen auch die vom Innenministerium des Landes Baden-Württemberg vorgebrachten Argumente enger regionaler Verflechtungen und gewachsener Strukturen in dieser Region ein. Im Hinblick auf die erst für die Bundestagswahl 2005 vorgenommene Veränderung des Wahlkreiszuschnitts erscheint es der Wahlkreiskommission aus Gründen der Wahlkreiscontinuität nicht angezeigt, zur nächsten Wahl erneut eine Änderung in der Wahlkreiseinteilung vorzunehmen.

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat sich diesem Vorschlag angeschlossen.

– Wahlkreise 268 Heilbronn und 293 Biberach

Für die Wahlkreise 268 Heilbronn und 293 Biberach sieht die Wahlkreiskommission trotz der nicht unerheblichen Abweichungswerte von Änderungsvorschlägen ab, da die Abweichungswerte unter Berücksichtigung des Gesichtspunktes der Wahlkreiscontinuität insbesondere aus folgenden Gründen derzeit hingenommen werden können:

- Es ist nicht zu erwarten, dass diese beiden Wahlkreise bis zum Ende der 16. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent überschreiten. Dies gilt insbesondere für den Wahlkreis 293 Biberach ($+ 20,1$ Prozent), dessen Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren eine abnehmende Tendenz erkennen lässt.
- Der Wahlkreis 268 Heilbronn wurde zuletzt durch das Siebzehnte Gesetz zur Änderung des Bundeswahlgesetzes in seinen Grenzen verändert. Daher sollte die weitere Bevölkerungsentwicklung abgewartet werden.

Auch die Landesregierung sieht für die genannten Wahlkreise keinen Änderungsbedarf.

Bayern:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden 19 Wahlkreisen des Freistaates Bayern um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 214 Altötting	– 18,1 Prozent,
– 217 Fürstfeldbruck	+ 19,4 Prozent,
– 218 Ingolstadt	+ 21,1 Prozent,
– 225 Starnberg	+ 22,2 Prozent,
– 227 Weilheim	+ 22,1 Prozent,
– 228 Deggendorf	– 23,8 Prozent,
– 229 Landshut	+ 19,9 Prozent,
– 231 Rottal-Inn	– 20,5 Prozent,
– 232 Straubing	– 15,6 Prozent,
– 234 Regensburg	+ 15,4 Prozent,
– 236 Weiden	– 15,4 Prozent,
– 238 Bayreuth	– 20,8 Prozent,
– 239 Coburg	– 21,6 Prozent,
– 241 Kulmbach	– 15,8 Prozent,
– 242 Ansbach	+ 19,4 Prozent,
– 243 Erlangen	– 16,2 Prozent,
– 244 Fürth	+ 20,1 Prozent,
– 254 Augsburg-Land	+ 18,7 Prozent und
– 258 Ostallgäu	+ 18,1 Prozent.

– Wahlkreis 218 Ingolstadt

Die Wahlkreiskommission befürwortet die Verkleinerung des Wahlkreises 218 Ingolstadt durch Umsetzung der beiden Gemeinden Aresing und Schrobenhausen sowie der Verwaltungsgemeinschaft Schrobenhausen in den Wahlkreis 216 Freising. Dies würde den Abweichungswert des Wahlkreises 218 von + 21,1 Prozent auf + 10,8 Prozent deutlich vermindern.

Angesichts des gegenwärtig hohen Abweichungswertes und unter Berücksichtigung des stetigen Bevölkerungswachstums besteht die Gefahr, dass im Laufe der 16. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent in diesem Wahlkreis überschritten wird. Die Kommission hat sich bei ihrem Umsetzungsvorschlag zwar weitgehend an ihren Vorschlag der 15. Wahlperiode angelehnt, ist von diesem aber geringfügig abgewichen, um einen möglichst dauerhaften Zuschnitt des betroffenen Wahlkreises zu schaffen.

Die Bayerische Staatsregierung hält eine Änderung des Wahlkreises 218 Ingolstadt für nicht erforderlich und verweist insoweit auf die Übereinstimmung der Wahlkreisgrenzen mit den Landkreisgrenzen, das voraussichtliche Nichtüberschreiten der zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent bei Zugrundelegung der bisherigen Bevölkerungsentwicklung sowie auf die gegen eine Änderung sprechenden regionalen Gesichtspunkte und den Grundsatz der Wahlkreiscontinuität bzgl. des Wahlkreises 216 Freising.

Die Wahlkreiskommission hält auch nach nochmaliger eingehender Würdigung dieser Gesichtspunkte aus den vorstehend genannten Gründen an ihrem Vorschlag fest.

– Wahlkreise 225 Starnberg und 227 Weilheim

Zur Verringerung der hohen Abweichungswerte in den Wahlkreisen 225 Starnberg und 227 Weilheim schlägt die Wahlkreiskommission zwei Varianten von Umgliederungen unter Einbeziehung des angrenzenden Wahlkreises 223 München-Land vor. Der Wahlkreis 225 Starnberg soll die Gemeinde Gauting des Landkreises Starnberg an den Wahlkreis 223 München-Land abgeben und entweder die Verwaltungsgemeinschaft Schondorf a. Ammersee des Landkreises Landsberg am Lech oder alternativ die Gemeinde Bernried sowie die Verwaltungsgemeinschaft Seeshaupt des Landkreises Weilheim-Schongau aus dem Wahlkreis 227 Weilheim erhalten. Auf diese Weise würden die Abweichungswerte in den beiden Wahlkreisen unter + 20 Prozent sinken (225 Starnberg + 18,1 Prozent; 227 Weilheim + 19,3 Prozent).

Die Kommission hält eine Verkleinerung der Wahlkreise 225 Starnberg und 227 Weilheim für unabdingbar, um die Einhaltung der zwingenden gesetzlichen Grenze von ± 25 Prozent bis zur voraussichtlich nächsten Bundestagswahl im Jahre 2009 sicherzustellen. Die vorgeschlagene Neuabgrenzung ist nach Auffassung der Kommission unter Berücksichtigung der

Bevölkerungsentwicklung in den betroffenen Wahlkreisen geboten, weil die dort gegebenen sehr hohen Abweichungswerte nach den Kriterien des § 3 Abs. 1 BWG nicht mehr hingenommen werden können. Die Durchschneidung des Landkreises Landsberg am Lech oder Weilheim-Schongau im Wahlkreis 227 Weilheim muss nach Abwägung mit den geschilderten Rahmenbedingungen in Kauf genommen werden. Der neue Abweichungswert des Wahlkreises 223 München-Land (+ 17,0 Prozent) überschreitet die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 Prozent nicht gravierend und erscheint der Wahlkreiskommission trotz des Bevölkerungszuwachses in diesem Wahlkreis hinnehmbar, um weitergehende Eingriffe in die gewachsene räumliche Struktur der betroffenen Regionen auf das unbedingt erforderliche Maß zu beschränken.

Die Bayerische Staatsregierung äußert Verständnis für den Änderungsvorschlag der Wahlkreiskommission, bittet jedoch, sich bei der Verkleinerung der Wahlkreise auf das unbedingt notwendige Maß zu beschränken. Sie führt hierzu auch die von der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, der FDP in Bayern und dem Landrat des Landkreises Starnberg gemachten Einwände und Gegenvorschläge auf.

Die Wahlkreiskommission hält die vorgeschlagenen Änderungen der Wahlkreise 225 Starnberg und 227 Weilheim angesichts der Höhe der Abweichungen dieser Wahlkreise vom Wahlkreisdurchschnitt und der Bevölkerungsentwicklung in diesen Wahlkreisen auch nach nochmaliger eingehender Würdigung der von der Bayerischen Staatsregierung vorgetragenen Gesichtspunkte für geboten.

– Wahlkreis 228 Deggendorf

Die Wahlkreiskommission greift den Vorschlag der Wahlkreiskommission für die 14. und 15. Wahlperiode auf, die Gemeinden Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein und Hofkirchen des Landkreises Passau aus dem Wahlkreis 230 Passau in den Wahlkreis 228 umzusetzen, so dass sich der Abweichungswert des Wahlkreises 228 Deggendorf von – 23,8 Prozent auf – 18,5 Prozent vermindert.

Die Umgliederung erscheint – auch nach Abwägung der für den Status quo vorgetragenen regionalen Argumente – geboten, da die Abweichung des Wahlkreises 228 so nahe an der zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent liegt, dass sich dieser Abweichungswert nicht mehr durch Gesichtspunkte wie Einhaltung von Verwaltungsgrenzen und Wahlkreiscontinuität rechtfertigen lässt. Ein so nah an der zwingenden Neueinteilungsgrenze liegender Abweichungswert bedarf besonders gewichtiger Gründe, die hier nach Auffassung der Wahlkreiskommission nicht vorliegen. Die Durchschneidung des Landkreises Passau und die Erreichung der gesetzlichen Toleranzgrenze durch den Wahlkreis 230 Passau (Abweichungswert nach dem vorgeschlagenen Neuzuschnitt: – 15,0 Prozent) müssen in Kauf genommen werden.

Die Bayerische Staatsregierung hält eine Änderung des Wahlkreises 228 Deggendorf angesichts der stabilisierten Bevölkerungsentwicklung in diesem Wahlkreis für nicht erforderlich und verweist insoweit auch auf die Übereinstimmung der Wahlkreisgrenzen mit den Landkreisgrenzen sowie auf die gegen eine Änderung sprechenden regionalen Gesichtspunkte.

Die Wahlkreiskommission hält auch nach nochmaliger eingehender Würdigung dieser Gesichtspunkte aus den vorstehend genannten Gründen an ihrem Vorschlag fest.

Für die Wahlkreise 214 Altötting, 232 Straubing, 234 Regensburg, 236 Weiden, 241 Kulmbach, 243 Erlangen, 254 Augsburg-Land und 258 Ostallgäu sieht die Wahlkreiskommission angesichts der geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 Prozent in diesen Wahlkreisen wegen des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität von Änderungsvorschlägen ab. Ebenso sieht die Kommission keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisgrenzen für die Wahlkreise 231 Rottal-Inn, 238 Bayreuth und 242 Ansbach vorzuschlagen, die in den letzten Jahren nur einen geringen Anstieg oder sogar eine Abnahme des Abweichungswertes vom Bevölkerungsdurchschnitt zu verzeichnen haben.

Die nicht unerheblichen Abweichungen der deutschen Bevölkerung der Wahlkreise 217 Fürstfeldbruck, 229 Lands hut und 244 Fürth vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise von rund $+ 20$ Prozent hält die Kommission unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung, die eine Erreichung der $+ 25$ -Prozent-Grenze bis zur nächsten Bundestagswahl nicht erwarten lässt, und der regionalen Besonderheiten sowie aus Gründen der Beachtung der Wahlkreiskontinuität für hinnehmbar.

Auch die Bayerische Staatsregierung sieht für die genannten Wahlkreise keinen Änderungsbedarf.

Für den Wahlkreis 239 Coburg sieht die Wahlkreiskommission unter Zurückstellen ernster Bedenken trotz des hohen Abweichungswertes von einem Änderungsvorschlag ab:

- Die längerfristige Beobachtung der Bevölkerungsentwicklung lässt einen nur mäßigen, wenn auch kontinuierlichen Bevölkerungsrückgang in näherer Zukunft erwarten, so dass die $- 25$ -Prozent-Grenze bis zur nächsten Bundestagswahl aller Voraussicht nach nicht erreicht werden wird.
- Wahlkreis- und kommunale Grenzen stimmen überein.
- Regionale Besonderheiten erschweren einen Neuzuschnitt in der derzeitigen Lage, weil auch die angrenzenden Wahlkreise selbst unterdurchschnittlich klein sind.

Auch die Bayerische Staatsregierung hält eine Änderung des genannten Wahlkreises für nicht erforderlich.

Berlin:

Da keiner der zwölf Wahlkreise des Landes Berlin die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 Prozent überschreitet, sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit dem Senat von Berlin keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vorzuschlagen.

Brandenburg:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Brandenburg um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 56 Prignitz – Ostprignitz-Ruppin – Havelland I – 18,3 Prozent,
- 57 Uckermark – Barnim I – 18,8 Prozent,
- 58 Oberhavel – Havelland II + 15,7 Prozent,
- 59 Märkisch-Oderland – Barnim II + 16,2 Prozent und
- 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II + 21,1 Prozent.

Die Wahlkreiskommission schlägt eine Verkleinerung des Wahlkreises 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II unter Einbeziehung des Wahlkreises 62 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I sowie des Wahlkreises 65 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II vor, so dass sich der Abweichungswert des Wahlkreises 61 von $+ 21,1$ Prozent auf $+ 8,0$ Prozent deutlich vermindert, ohne die anderen beteiligten Wahlkreise in die Nähe der Toleranzgrenze zu bringen.

Die Kommission hält eine Verkleinerung des Wahlkreises für unabdingbar, um die Einhaltung der zwingenden gesetzlichen Grenze von ± 25 Prozent bis zur voraussichtlich nächsten Bundestagswahl im Jahre 2009 sicherzustellen. Seit 31. Dezember 2001 stieg der Toleranzwert um 6 Prozentpunkte an. Das Bevölkerungswachstum nimmt in jedem Jahr mehr zu, so dass bei anhaltendem Bevölkerungsanstieg im Laufe der 16. Wahlperiode mit einer Überschreitung der zwingenden Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent in diesem Wahlkreis zu rechnen ist.

Für die übrigen vier Wahlkreise, die mehr als ± 15 Prozent vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise abweichen, sieht die Wahlkreiskommission zur Vermeidung der Durchschneidung von Landkreisen durch Wahlkreisgrenzen und wegen des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität sowie der teilweise nur geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 Prozent unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den betroffenen Wahlkreisen von Änderungsvorschlägen ab.

Die brandenburgische Landesregierung hat keine Einwände erhoben.

Bremen:

Die Bevölkerungszahl weicht im Wahlkreis 54 Bremen I mit $+ 18,8$ Prozent um mehr als 15 Prozent nach oben vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab.

Die Wahlkreiskommission sieht angesichts der unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung nicht gravierenden Überschreitung der gesetzlichen Soll-Grenze von ± 15 Prozent von einem Änderungsvorschlag für diesen Wahlkreis ab, um zusätzliche Durchschneidungen von Stadtbezirken bzw. Stadtteilen zu vermeiden und dem Gesichtspunkt der Wahlkreiskontinuität Rechnung zu tragen.

Der Senat der Freien Hansestadt Bremen hat sich dem Vorschlag der Wahlkreiskommission angeschlossen.

Hamburg:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen der Freien und Hansestadt Hamburg um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 19 Hamburg-Mitte + 18,5 Prozent,
- 20 Hamburg-Altona – 16,4 Prozent.

Die Wahlkreiskommission hält unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität Änderungsvorschläge für diese beiden Wahlkreise nicht für geboten, da

- nicht zu erwarten ist, dass diese beiden Wahlkreise bis zum Ende der 16. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent überschreiten,
- der Wahlkreis 20 Hamburg-Altona mit dem Bezirk Altona identisch ist und einen deutlichen Bevölkerungszuwachs aufweist,
- der Wahlkreis 19 Hamburg-Mitte die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 Prozent nicht gravierend überschreitet.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg stimmt diesen Überlegungen zu.

Hessen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Hessen um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 176 Fulda + 18,2 Prozent,
- 178 Wetterau + 20,6 Prozent,
- 181 Hanau + 18,4 Prozent,
- 185 Groß-Gerau – 17,2 Prozent und
- 188 Odenwald + 15,3 Prozent.

Die Wahlkreiskommission sieht von Änderungsvorschlägen für diese Wahlkreise ab, um eine Durchschneidung von Landkreisen zu vermeiden und dem Grundsatz der Wahlkreiskontinuität sowie der teilweise nur geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 Prozent Rechnung zu tragen.

Bezüglich des Wahlkreises 178 Wetterau ist angesichts der Tatsache, dass:

- der Abweichungswert seit dem 31. Dezember 2001 um 1,2 Prozentpunkte in drei Jahren angestiegen ist,
- dieser Wert seit dem 31. Dezember 2004 stagniert
- und seit dem 31. Dezember 2004 auch ein leichter Bevölkerungsrückgang festzustellen ist,

nicht mit einer unmittelbaren Annäherung oder Überschreitung der + 25-Prozent-Grenze bis zur nächsten Bundestagswahl zu rechnen.

Die Hessische Landesregierung hat sich diesen Überlegungen der Wahlkreiskommission angeschlossen.

Mecklenburg-Vorpommern:

Da keiner der Wahlkreise des Landes Mecklenburg-Vorpommern die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 Prozent überschreitet, sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der Landesregierung von Mecklenburg-Vorpommern keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vorzuschlagen.

Niedersachsen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Niedersachsen um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 36 Soltau-Fallingbostal – Winsen L. + 22,8 Prozent,
- 47 Hannover-Land II + 15,1 Prozent.

Dem Land Niedersachsen stehen nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung 29 Wahlkreise zu. Nach der seitherigen Bevölkerungsentwicklung und den oben (unter 4.1.1) dargestellten Grundsätzen der Wahlkreiskommission für die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder bei Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG würde das Land Niedersachsen einen zusätzlichen 30. Wahlkreis erhalten. Um diesen zusätzlichen Wahlkreis zu bilden und die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 Prozent in dem Wahlkreis 36 Soltau-Fallingbostal – Winsen L. zu beseitigen, schlägt die Kommission für das Land Niedersachsen folgende Veränderung der Wahlkreiseinteilung vor:

- Im Bezirk Lüneburg wird ein zusätzlicher 30. Wahlkreis Harburg (mit der vorläufigen Nummer 36a) gebildet, der aus dem Landkreis Harburg besteht. Die Gemeinden des Landkreises Harburg sind nach der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung den Wahlkreisen 36 Soltau-Fallingbostal – Winsen L. und 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg zugeordnet.
- Der Wahlkreis 36 Soltau-Fallingbostal – Winsen L. (vorgeschlagener Wahlkreisname: Soltau-Fallingbostal – Rotenburg II) erhält zum Ausgleich für die Abgabe der Gemeinden des Landkreises Harburg an den neuen Wahlkreis 36a Harburg den südlichen Teil des Landkreises Rotenburg (Wümme) mit drei Gemeinden und vier Samtgemeinden aus dem Wahlkreis 35 Rotenburg – Verden sowie die Gemeinden Stadt Munster

- und Wietzendorf (Landkreis Soltau-Fallingb.ostel) aus dem Wahlkreis 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg.
- Der Wahlkreis 35 Rotenburg – Verden (vorgeschlagener Wahlkreisname: Osterholz – Verden), welcher den südlichen Teil des Landkreises Rotenburg (Wümme) an den Wahlkreis 36 Soltau-Fallingb.ostel – Winsen L. (vorgeschlagener Wahlkreisname: Soltau-Fallingb.ostel – Rotenburg II) und den nördlichen Teil dieses Landkreises mit zwei Gemeinden und vier Samtgemeinden an den Wahlkreis 31 Stade – Cuxhaven (vorgeschlagener Wahlkreisname: Rotenburg I – Stade II) abgibt, wird durch Zuteilung des Landkreises Osterholz aus dem Wahlkreis 30 Cuxhaven – Osterholz verstärkt.
 - Aus dem Wahlkreis 31 Stade – Cuxhaven (vorgeschlagener Wahlkreisname: Rotenburg I – Stade II), dem der nördliche Teil des Landkreises Rotenburg (Wümme) aus dem Wahlkreis 35 Rotenburg – Verden zugeschlagen wird, werden zum Ausgleich fünf Samtgemeinden des Landkreises Cuxhaven sowie eine Gemeinde und drei Samtgemeinden des Landkreises Stade in den Wahlkreis 30 Cuxhaven – Osterholz (vorgeschlagener Wahlkreisname: Cuxhaven – Stade I) umgesetzt.
 - Der Wahlkreis 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg erhält die Gemeinde Bienenbüttel sowie die Samtgemeinden Bevensen und Rosche des Landkreises Uelzen aus dem Wahlkreis 44 Celle – Uelzen, um die Abgabe von Gemeinden des Landkreises Harburg an den neu gebildeten Wahlkreis 36a Harburg sowie der Gemeinden Stadt Munster und Wietzendorf an den Wahlkreis 36 Soltau-Fallingb.ostel – Winsen L. (vorgeschlagener Wahlkreisname: Soltau-Fallingb.ostel – Rotenburg II) auszugleichen.

Mit einer solchen Lösung, durch die insgesamt sechs Wahlkreise in ihrer gegenwärtigen Abgrenzung (Anlage zu § 2 Abs. 2 BWG) betroffen wären, würde neben der erforderlichen Bildung eines weiteren Wahlkreises erreicht, dass alle sieben neu abgegrenzten Wahlkreise unter der in § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 BWG festgelegten Toleranzgrenze von ± 15 Prozent liegen. Nach der vorgeschlagenen Neuabgrenzung erhöht sich die Anzahl der Durchschneidungen von Landkreisen gegenüber der gegenwärtigen Wahlkreiseinteilung nicht.

Für den Wahlkreis 47 Hannover-Land II (Abweichungswert: + 15,1 Prozent) möchte die Wahlkreiskommission wegen des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität und der nur geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Sollgrenze von ± 15 Prozent von Änderungsvorschlägen absehen.

Die Niedersächsische Landesregierung hat dem Vorschlag der Wahlkreiskommission zur Neubildung eines Wahlkreises Harburg im Regierungsbezirk Lüneburg sowie dem Vorschlag, keine Änderung beim Wahlkreis 47 Hannover-Land II vorzunehmen, im Grundsatz zugestimmt, schlägt jedoch bei der Neueinteilung der Wahlkreise zwei Änderungen vor:

- Der Landkreis Uelzen soll ungeteilt im Wahlkreis 44 Celle – Uelzen belassen werden, statt ihn teilweise in den Wahlkreis 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg umzusetzen, wie es der Vorschlag der Wahlkreiskommission vorsieht.
- Die Samtgemeinde Sittensen soll dem Wahlkreis 31 Stade – Cuxhaven und nicht, wie von der Kommission vorgeschlagen, dem Wahlkreis 36 Soltau-Fallingb.ostel – Winsen L. zugeordnet werden.

Die Wahlkreiskommission schließt sich nach Würdigung der Einwände der Landesregierung zum Teil dem Vorschlag der Landesregierung an:

- Durch den Verbleib des gesamten Landkreises Uelzen im Wahlkreis 44 erhöht sich der Abweichungswert im Wahlkreis 37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg durch den fehlenden Ausgleich zum Abgang einiger Gebiete an den Wahlkreis 36 und den neuen Wahlkreis 36a auf – 14,6 Prozent (Vorschlag der Kommission: – 2,8 Prozent), bleibt jedoch unter der festgelegten Toleranzgrenze und wird angesichts des bisherigen Bevölkerungswachstums bis zur nächsten Wahl wahrscheinlich wieder sinken. Damit kann ohne Eingriff in die kommunalen Gebietsstrukturen eine vertretbare Neueinteilungslösung erreicht werden.
- Die Zuordnung der Samtgemeinde Sittensen in den Wahlkreis 31 erhöht den Abweichungswert im Wahlkreis 36, dem diese Gemeinde als Ausgleich für Abgänge fehlt, auf – 17,3 Prozent (Vorschlag der Kommission: – 13,1 Prozent) und übersteigt damit die gesetzliche Toleranzgrenze. Zudem ist weder ein regional noch geschichtlich begründetes Argument für die veränderte Zuordnung ersichtlich. Daher erhält die Wahlkreiskommission ihren Vorschlag insoweit aufrecht.

Nordrhein-Westfalen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Nordrhein-Westfalen um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

– 92 Erftkreis I	+ 18,0 Prozent,
– 93 Euskirchen – Erftkreis II	+ 19,5 Prozent,
– 106 Mettmann II	– 18,9 Prozent,
– 117 Duisburg II	– 21,3 Prozent,
– 120 Essen II	– 17,4 Prozent,
– 122 Recklinghausen I	– 17,3 Prozent,
– 133 Bielefeld	+ 18,5 Prozent,
– 138 Paderborn	+ 20,2 Prozent und
– 146 Hamm – Unna II	+ 16,9 Prozent.

Für die Wahlkreise 120 Essen II, 122 Recklinghausen I und 146 Hamm – Unna II sieht die Wahlkreiskommission angesichts der geringfügigen Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 Prozent und teilweiser Ver-

ringerung der Abweichungswerte in den letzten Jahren in diesen Wahlkreisen wegen des Grundsatzes der Wahlkreiscontinuität von Änderungsvorschlägen ab. Ebenso sieht die Kommission keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisgrenzen für die Wahlkreise 92 Erftkreis I, 93 Euskirchen – Erftkreis II, 106 Mettmann II und 133 Bielefeld vorzuschlagen, die in den letzten Jahren nur einen geringen Anstieg des Abweichungswertes oder ein sich stetig verringernes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen hatten.

Die nicht unerheblichen Abweichungen der deutschen Bevölkerung der Wahlkreise 117 Duisburg II und 138 Paderborn vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise erscheinen der Kommission unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren, die eine Erreichung der ± 25 Prozent-Grenze bis zur nächsten Bundestagswahl nicht erwarten lässt, noch hinnehmbar. Auch im Hinblick auf die erst für die Bundestagswahl 2005 vorgenommene Veränderung des Zuschnitts von Wahlkreis 138 Paderborn hält es die Wahlkreiskommission aus Gründen der Wahlkreiscontinuität für nicht angezeigt, erneut eine Änderung in der Wahlkreiseinteilung vorzunehmen. Gegen eine Änderung des Wahlkreises 117 Duisburg II spricht der sehr geringe Anstieg des Abweichungswertes in den letzten vier Jahren um nur 0,4 Prozentpunkte. Zudem besteht – angesichts der gewünschten Beachtung des Stadtgebietes – nur die Möglichkeit einer Umverteilung von Stadtbezirken oder Verlagerung einzelner Stadtteile von Stadtbezirken in den angrenzenden Wahlkreis 116 Duisburg I, was wiederum dort die Grenze erhöhen und im Ergebnis zu zwei über der gesetzlichen Toleranzgrenze von ± 15 Prozent liegenden Wahlbezirken führen würde.

Aufgrund der Entwicklung einiger Wahlkreise erkennt die Landesregierung Nordrhein-Westfalen kommenden Änderungsbedarf, hält aber eine Anpassung zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht für erforderlich.

Rheinland-Pfalz:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Landes Rheinland-Pfalz um mehr als 15 Prozent nach oben oder unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 199 Neuwied + 20,0 Prozent,
- 204 Bitburg – 18,1 Prozent und
- 207 Mainz + 16,3 Prozent.

Die Wahlkreiskommission schlägt keinen Neuzuschnitt dieser Wahlkreise vor, da ihr die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze unter anderem aufgrund folgender Erwägungen hinnehmbar erscheint:

- Es ist nicht zu erwarten, dass die betroffenen Wahlkreise bis zum Ende der 16. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent erreichen werden. Dies gilt insbesondere auch für den Wahlkreis 199 Neuwied, dessen Abweichungswert seit dem 31. Dezember 2001 um 0,4 Prozentpunkte von + 20,4 Prozent auf + 20,0 Prozent gesunken ist.

Auch der Abweichungswert des Wahlkreises 204 Bitburg ist in den letzten vier Jahren nur leicht um 0,7 Prozentpunkte gestiegen.

- Beim Wahlkreis 199 Neuwied stimmen Wahlkreis- und Landkreisgrenzen überein.
- Der Wahlkreis 207 Mainz überschreitet mit einem Abweichungswert von + 16,3 Prozent die gesetzliche Soll-Grenze nur sehr geringfügig.

Die Landesregierung von Rheinland-Pfalz stimmt den Überlegungen der Wahlkreiskommission zu.

Saarland:

Da keiner der Wahlkreise des Saarlandes die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 Prozent überschreitet, sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der saarländischen Landesregierung keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vorzuschlagen.

Sachsen:

Die Bevölkerungszahl weicht in folgenden Wahlkreisen des Freistaates Sachsen um mehr als ± 15 Prozent vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab:

- 158 Bautzen – Weißwasser – 19,4 Prozent,
- 161 Dresden II – Meißen I + 18,3 Prozent und
- 166 Annaberg – Aue-Schwarzenberg – 15,6 Prozent.

Die gegenwärtige Wahlkreiseinteilung ordnet dem Freistaat Sachsen 17 Wahlkreise zu. Nach der seitherigen Bevölkerungsentwicklung und den oben (unter 4.1.1) dargestellten Grundsätzen der Wahlkreiskommission für die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder bei Anwendung des § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 BWG würde der Freistaat Sachsen einen Wahlkreis abgeben. Um den erforderlichen Wegfall eines Wahlkreises für den Freistaat Sachsen vorzunehmen, schlägt die Wahlkreiskommission folgende Neueinteilung der Wahlkreise im Freistaat Sachsen vor:

- Der Wahlkreis 166 Annaberg – Aue-Schwarzenberg wird aufgelöst.
- Der Landkreis Annaberg wird in den Wahlkreis 165 Chemnitzer Land – Stollberg (vorgeschlagener Wahlkreisname: Annaberg – Chemnitzer Land – Stollberg) umgesetzt.
- Aus dem aufgelösten Wahlkreis 166 werden 7 Gemeinden und 2 Verwaltungsgemeinschaften im Osten des Landkreises Aue-Schwarzenberg dem Wahlkreis 167 Zwickauer Land – Zwickau (vorgeschlagener Wahlkreisname: Zwickauer Land – Zwickau – Aue-Schwarzenberg I) zugeordnet sowie die weiteren 4 Gemeinden und 2 Verwaltungsgemeinschaften im Westen des Landkreises Aue-Schwarzenberg mit der kreisfreien Stadt Plauen und dem Vogtlandkreis (Wahlkreis 168 Vogtland – Plauen) zum neu geschneiderten Wahlkreis 168 Vogtland – Plauen – Aue-Schwarzenberg II zusammengefasst.

Nach diesem Vorschlag sind vier Wahlkreise von Neuabgrenzungen betroffen. Die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 Prozent wird von den drei verbleibenden Wahlkreisen erheblich überschritten (165 Annaberg – Chemnitzer Land – Stollberg: + 20,8 Prozent, 167 Zwickauer Land – Zwickau – Aue-Schwarzenberg I: + 21,0 Prozent und 168 Vogtland – Plauen – Aue-Schwarzenberg II: + 21,0 Prozent). Angesichts der Bevölkerungsentwicklung in diesen Wahlkreisen in den letzten Jahren ist jedoch zu erwarten, dass diese Abweichungswerte bis zur nächsten Bundestagswahl nachhaltig sinken werden.

Darüber hinaus schlägt die Wahlkreiskommission folgenden Neuzuschnitt der Wahlkreise 158 Bautzen – Weißwasser und 161 Dresden II – Meißen I vor, um die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze in diesen Wahlkreisen zu vermindern:

- Aus dem Wahlkreis 157 Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky wird die Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg/O.L. vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis in den Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser umgesetzt, dem bereits Teile des Niederschlesischen Oberlausitzkreises angehören.
- Der Wahlkreis 161 Dresden II – Meißen I gibt die Gemeinde Niederau des Landkreises Meißen an den Wahlkreis 163 Döbeln – Mittweida – Meißen II ab.

Die Kommission befürwortet eine Vergrößerung des Wahlkreises 158 Bautzen – Weißwasser, da dieser Wahlkreis einen besonders starken Bevölkerungsrückgang zu verzeichnen hat (seit dem 31. Dezember 2001 um 4 Prozentpunkte) und nicht zu erwarten ist, dass sich diese Entwicklung abschwächt oder gar umkehrt. Die Wahlkreiskommission hat bei ihrer Abwägung berücksichtigt, dass dem Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser, der gegenwärtig mit Ausnahme der Gemeinde Waldhufen (Niederschlesischer Oberlausitzkreis) aus sorbischen Gemeinden besteht, durch den vorgeschlagenen Neuzuschnitt weitere nicht sorbische Gemeinden zugeordnet werden. Eine Vergrößerung des Wahlkreises 158 durch sorbische Gemeinden könnte jedoch nur durch Umsetzung von Teilen des Landkreises Kamenz, der bisher vollständig dem Wahlkreis 156 Kamenz – Hoyerswerda – Großenhain zugeordnet ist, erfolgen. Von einer solchen Neuabgrenzung, welche eine Durchschneidung des Landkreises Kamenz zur Folge hätte, möchte die Wahlkreiskommission im Hinblick auf § 3 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 BWG absehen, zumal die vorgeschlagene Eingliederung von 7 218 Einwohnern des Niederschlesischen Oberlausitzkreises in den Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser die Bevölkerungsstruktur dieses Wahlkreises nicht nachhaltig verändern dürfte.

Angesichts des zu erwartenden Bevölkerungswachstums im Wahlkreis 161 Dresden II – Meißen I hält die Wahlkreiskommission die vorgeschlagene Neuabgrenzung, welche ohne eine zusätzliche Durchschneidung von Kreisgrenzen erfolgen kann, für sachgerecht. Dass der Wahlkreis 161 trotz der befürworteten Umgliederung mit + 16,7 Prozent geringfügig die gesetzliche Toleranzgrenze überschreitet, kann in Kauf genommen werden,

um tiefere Einschnitte in die derzeitige Wahlkreiseinteilung zu vermeiden.

Die Landesregierung des Freistaates Sachsen hat sich gegen den vorgeschlagenen Verlust eines Wahlkreises im Freistaat Sachsen ausgesprochen. Zu der vorgeschlagenen Wahlkreisabgrenzung in Sachsen hat die Landesregierung nicht Stellung genommen. Was die Einwände gegen den Wegfall eines Wahlkreises angeht, verweist die Wahlkreiskommission auf ihre Ausführungen oben unter 4.1.2.

Sachsen-Anhalt:

Keiner der Wahlkreise des Landes Sachsen-Anhalt überschreitet die gesetzliche Toleranzgrenze von ± 15 Prozent. Trotzdem schlägt die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der Landesregierung von Sachsen-Anhalt mit Blick auf die zukünftigen territorialen Veränderungen auf der Landkreisebene nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Kreisgebietsneuregelung vom 11. November 2005 (GVBl. LSA S. 692), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Kreisgebietsneuregelung vom 19. Dezember 2006 (GVBl. LSA S. 544), Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vor:

- Aus dem Wahlkreis 67 Elbe-Havel-Gebiet (vorgeschlagener Wahlkreisname: Börde – Jerichow) werden die Gemeinde Roßlau (Elbe) sowie die Verwaltungsgemeinschaften Coswig (Anhalt) und Wörlitzer Winkel vom Landkreis Anhalt-Zerbst in den Wahlkreis 71 Anhalt (vorgeschlagener Wahlkreisname: Dessau – Wittenberg) umgesetzt. Zudem gibt dieser Wahlkreis die Gemeinde Zerbst und die Verwaltungsgemeinschaft Elbe-Luhe-Nuthe vom Landkreis Anhalt-Zerbst an den Wahlkreis 72 Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis (vorgeschlagener Wahlkreisname: Anhalt-Bitterfeld – Saalekreis) ab. Zum Ausgleich erhält der Wahlkreis 67 den Bördekreis aus dem Wahlkreis 70 Börde.
- Dem Wahlkreis 68 Harz wird aus dem Wahlkreis 70 Börde die Gemeinde Falkenstein/Harz des Landkreises Aschersleben-Staßfurt zugeordnet.
- Der Wahlkreis 70 Börde (vorgeschlagener Wahlkreisname: Salzland) erhält zum Ausgleich für die Abgänge des Bördekreises an den Wahlkreis 67 Elbe-Havel-Gebiet (vorgeschlagener Wahlkreisname: Börde – Jerichow) und der Gemeinde Falkenstein/Harz an den Wahlkreis 68 Harz den Landkreis Bernburg aus dem Wahlkreis 72 Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis.
- Aus dem Wahlkreis 71 Anhalt (vorgeschlagener Wahlkreisname: Dessau – Wittenberg), dem der südliche Teil des Landkreises Anhalt-Zerbst aus dem Wahlkreis 67 Elbe-Havel-Gebiet zugeschlagen wird, wird zum Ausgleich der Landkreis Köthen in den Wahlkreis 72 Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis (vorgeschlagener Wahlkreisname: Anhalt-Bitterfeld – Saalekreis) umgesetzt.
- Der Wahlkreis 72 Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis (vorgeschlagener Wahlkreisname: Anhalt-Bitterfeld – Saalekreis) erhält zum Ausgleich für die Abgabe des Landkreises Bernburg an den Wahlkreis 70 Börde

(vorgeschlagener Wahlkreisname: Salzland) den westlichen Teil des Landkreises Anhalt-Zerbst aus dem Wahlkreis 67 Elbe-Havel-Gebiet und den Landkreis Köthen aus dem Wahlkreis 71 Anhalt.

Der Vorschlag für die Neueinteilung der Mitte Sachsen-Anhalts berücksichtigt den künftigen Zuschnitt der Landkreise und vermindert so die Zahl der Durchschneidungen von Landkreisgrenzen. Die Abweichungswerte der neugegliederten Wahlkreise sind teilweise weit unter der gesetzlichen Toleranzgrenze und überschreiten sie nur im Fall des neuen Wahlkreises 67 Börde – Jerichow minimal mit + 15,5 Prozent.

Schleswig-Holstein:

Die Bevölkerungszahl weicht im Wahlkreis 11 Lübeck des Landes Schleswig-Holstein mit – 15,8 Prozent um mehr als 15 Prozent nach unten vom Bevölkerungsdurchschnitt aller Wahlkreise ab.

Die Wahlkreiskommission hält in Übereinstimmung mit der Landesregierung unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Wahlkreiskontinuität Änderungsvorschläge für diesen Wahlkreis nicht für geboten, da die Überschreitung der gesetzlichen Toleranzgrenze nur gering ist und unter Berücksichtigung der bisherigen Bevölkerungsentwick-

lung auch nicht zu erwarten ist, dass der Wahlkreis bis zum Ende der 16. Wahlperiode die zwingende Neueinteilungsgrenze von ± 25 Prozent überschreitet.

Thüringen:

Da keiner der Wahlkreise des Freistaates Thüringen die gesetzliche Soll-Grenze von ± 15 Prozent überschreitet, sieht die Wahlkreiskommission in Übereinstimmung mit der Landesregierung des Freistaates Thüringen keinen Anlass, Änderungen der Wahlkreisabgrenzung vorzuschlagen.

Wiesbaden, den 29. November 2006

Die Wahlkommission

Ilse-Sabine Beck

Christoph Carl

Volkhard Spilarewicz

Helga Block

Christiane Friedrich

Karl-Ludwig Strelen

Anlage 1a

**Zahl der Wahlkreise
aufgrund der Verteilung der deutschen Bevölkerung *) am 31. Dezember 2005
– Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer –**

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005		Zahl der Wahlkreise						
	Anzahl	%	für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag	nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005 auf Dezimalstellen 1)		Zuteilung nach dem größten Rest	proportionaler Anteil	mehr als bisher	weniger
				ganzahliger Anteil	"Reste"				
Schleswig-Holstein	2 680 420	3,6	11	10	0,665	1	11	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	1 667 872	2,2	7	6	0,636	1	7	-	-
Hamburg	1 495 714	2,0	6	5	0,951	1	6	-	-
Niedersachsen	7 459 945	9,9	29	29	0,681	1	30	1	-
Bremen	578 878	0,8	2	2	0,303	-	2	-	-
Brandenburg	2 492 458	3,3	10	9	0,917	1	10	-	-
Sachsen-Anhalt	2 422 993	3,2	10	9	0,641	1	10	-	-
Berlin	2 928 671	3,9	12	11	0,653	1	12	-	-
Nordrhein-Westfalen	16 130 722	21,5	64	64	0,180	-	64	-	-
Sachsen	4 153 968	5,5	17	16	0,528	-	16	-	1
Hessen	5 395 136	7,2	21	21	0,466	-	21	-	-
Thüringen	2 286 802	3,0	9	9	0,099	-	9	-	-
Rheinland-Pfalz	3 745 917	5,0	15	14	0,904	1	15	-	-
Bayern	11 288 989	15,0	45	44	0,916	1	45	-	-
Baden-Württemberg	9 457 741	12,6	37	37	0,630	-	37	-	-
Saarland	962 666	1,3	4	3	0,830	1	4	-	-
Bundesgebiet	75 148 892	100	299	289	X	10	299	1	1

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

1) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 251 334

Anlage 1b

Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung*) am 31. Dezember 2005
 – Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers –

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005		für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag	Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005				als bisher	
	Anzahl	%		Divisor	ungerundet	gerundet	mehr		weniger
Schleswig-Holstein	2 680 420	3,6	11	10,627674	11	-	-		
Mecklenburg-Vorpommern	1 667 872	2,2	7	6,612994	7	-	-		
Hamburg	1 495 714	2,0	6	5,930399	6	-	-		
Niedersachsen	7 459 945	9,9	29	29,578150	30	1	-		
Bremen	578 878	0,8	2	2,295210	2	-	-		
Brandenburg	2 492 458	3,3	10	9,882418	10	-	-		
Sachsen-Anhalt	2 422 993	3,2	10	9,606995	10	-	-		
Berlin	2 928 671	3,9	12	11,611972	12	-	-		
Nordrhein-Westfalen	16 130 722	21,5	64	252 211	64	-	-		
Sachsen	4 153 968	5,5	17	16,470187	16	-	1		
Hessen	5 395 136	7,2	21	21,391330	21	-	-		
Thüringen	2 286 802	3,0	9	9,067007	9	-	-		
Rheinland-Pfalz	3 745 917	5,0	15	14,852294	15	-	-		
Bayern	11 288 989	15,0	45	44,760037	45	-	-		
Baden-Württemberg	9 457 741	12,6	37	37,499269	37	-	-		
Saarland	962 666	1,3	4	3,816902	4	-	-		
Bundesgebiet	75 148 892	100	299	X	299	X	1		

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

Anlage 1c

**Gegenwärtige und vorgeschlagene Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005
sowie der Abweichung vom Bundesdurchschnitt**

Nr.	Wahlkreis Name	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Anzahl	Abweichung ³⁾	Anzahl	Abweichung
Schleswig-Holstein					
1	Flensburg - Schleswig	271 410	8,0		
2	Nordfriesland - Dithmarschen Nord	226 256	-10,0		
3	Steinburg - Dithmarschen Süd	219 306	-12,7		
4	Rendsburg-Eckernförde	243 162	-3,3		
5	Kiel	233 156	-7,2		
6	Plön - Neumünster	216 021	-14,1		
7	Pinneberg	277 765	10,5		
8	Segeberg - Stormarn-Nord	284 788	13,3		
9	Ostholstein	215 892	-14,1		
10	Herzogtum Lauenburg - Stormarn-Süd	281 108	11,8		
11	Lübeck	211 556	-15,8		
	Insgesamt	2 680 420	X		
Mecklenburg-Vorpommern					
12	Wismar - Nordwestmecklenburg - Parchim	262 763	4,5		
13	Schwerin - Ludwigslust	218 369	-13,1		
14	Rostock	225 981	-10,1		
15	Stralsund - Nordvorpommern - Rügen	238 592	-5,1		
16	Greifswald - Demmin - Ostvorpommern	244 225	-2,8		
17	Bad Doberan - Güstrow - Müritz	253 839	1,0		
18	Neubrandenburg - Mecklenburg-Strelitz - Uecker-Randow	224 103	-10,8		
	Insgesamt	1 667 872	X		
Hamburg					
19	Hamburg-Mitte	297 755	18,5		
20	Hamburg-Altona	210 140	-16,4		
21	Hamburg-Eimsbüttel	217 850	-13,3		
22	Hamburg-Nord	242 480	-3,5		
23	Hamburg-Wandsbek	259 634	3,3		
24	Hamburg-Bergedorf - Harburg	267 855	6,6		
	Insgesamt	1 495 714	X		
Niedersachsen					
25	Aurich - Emden	231 642	-7,8		
26	Unterems	288 997	15,0		
27	Friesland - Wilhelmshaven	233 036	-7,3		
28	Oldenburg - Ammerland	258 513	2,9		
29	Delmenhorst - Wesermarsch - Oldenburg-Land	277 470	10,4		
30	Cuxhaven - Osterholz (vorgeschlagen: Cuxhaven - Stade I)	254 251	1,2	230 121	-8,4
31	Stade - Cuxhaven (vorgeschlagen: Rotenburg I - Stade II)	233 610	-7,1	223 762	-11,0
32	Mittellems	281 746	12,1		
33	Cloppenburg - Vechta	271 052	7,8		
34	Diepholz - Nienburg I	235 321	-6,4		
35	Rotenburg - Verden (vorgeschlagen: Osterholz - Verden)	283 161	12,7	234 011	-6,9
36	Soltau-Fallingb. - Winsen L. (vorgeschlagen: Soltau-Fallingb. - Rotenburg II)	308 637	22,8	218 452	-13,1
36a	Harburg (vorgeschlagen: Neubildung des Wahlkreises)			230 335	-8,4
37	Lüchow-Dannenberg - Lüneburg	271 606	8,1	214 584	-14,6
38	Osnabrück-Land	249 533	-0,7		
39	Stadt Osnabrück	241 787	-3,8		
40	Nienburg II - Schaumburg	243 273	-3,2		
41	Stadt Hannover I	214 254	-14,8		
42	Stadt Hannover II	223 714	-11,0		
43	Hannover-Land I	282 296	12,3		
44	Celle - Uelzen	265 242	5,5		
45	Gifhorn - Peine	267 666	6,5		
46	Hamelnd-Pyrmont - Holzminden	237 924	-5,3		
47	Hannover-Land II	289 394	15,1		
48	Hildesheim	273 844	9,0		
49	Salzgitter - Wolfenbüttel	262 329	4,4		
50	Braunschweig	220 646	-12,2		
51	Helmstedt - Wolfsburg	223 203	-11,2		
52	Goslar - Northeim - Osterode	258 670	2,9		
53	Göttingen	277 128	10,3		
	Insgesamt	7 459 945	X		

noch Anlage 1c

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31.Dezember 2005 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung ³⁾	Anzahl	Abweichung
Bremen					
54	Bremen I	298 588	18,8		
55	Bremen II - Bremerhaven	280 290	11,5		
Insgesamt		578 878	X		
Brandenburg					
56	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	205 383	-18,3		
57	Uckermark - Barnim I	204 068	-18,8		
58	Oberhavel - Havelland II	290 709	15,7		
59	Märkisch-Oderland - Barnim II	292 116	16,2		
60	Brandenburg an der Havel - Potsdam-Mittelmark I - Havelland III - Teltow-Fläming I	234 958	-6,5		
61	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	304 299	21,1	271 408	8,0
62	Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III - Oberspreewald-Lausitz I (vorgeschlagen: Dahme-Spreewald - Teltow-Fläming III)	250 777	-0,2	265 997	5,8
63	Frankfurt (Oder) - Oder-Spree	245 227	-2,4		
64	Cottbus - Spree-Neiße	234 086	-6,9		
65	Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz II (vorgeschlagen: Elbe-Elster - Oberspreewald-Lausitz)	230 835	-8,2	248 506	-1,1
Insgesamt		2 492 458	X		
Sachsen-Anhalt					
66	Altmark	223 858	-10,9		
67	Elbe-Havel-Gebiet (vorgeschlagen: Börde - Jerichow)	277 061	10,2	290 206	15,5
68	Harz	237 862	-5,4	244 192	-2,8
69	Magdeburg	221 256	-12,0		
70	Börde (vorgeschlagen: Salzland)	239 535	-4,7	223 135	-11,2
71	Anhalt (vorgeschlagen: Dessau - Wittenberg)	261 649	4,1	235 218	-6,4
72	Bernburg - Bitterfeld - Saalkreis (vorgeschlagen: Anhalt-Bitterfeld - Saalekreis)	238 410	-5,1	261 766	4,2
73	Halle	227 812	-9,4		
74	Burgenland	255 404	1,6		
75	Mansfelder Land	240 146	-4,5		
Insgesamt		2 422 993	X		
Berlin					
76	Berlin-Mitte	231 336	-8,0		
77	Berlin-Pankow	270 572	7,7		
78	Berlin-Reinickendorf	221 846	-11,7		
79	Berlin-Spandau - Charlottenburg Nord	223 345	-11,1		
80	Berlin-Steglitz - Zehlendorf	260 895	3,8		
81	Berlin-Charlottenburg - Wilmersdorf	233 981	-6,9		
82	Berlin-Tempelhof - Schöneberg	281 988	12,2		
83	Berlin-Neukölln	238 130	-5,3		
84	Berlin-Friedrichshain - Kreuzberg - Prenzlauer Berg Ost	261 505	4,0		
85	Berlin-Treptow - Köpenick	226 991	-9,7		
86	Berlin-Marzahn - Hellersdorf	241 080	-4,1		
87	Berlin-Lichtenberg	237 002	-5,7		
Insgesamt		2 928 671	X		
Nordrhein-Westfalen					
88	Aachen	213 845	-14,9		
89	Kreis Aachen	278 634	10,9		
90	Heinsberg	232 306	-7,6		
91	Düren	244 905	-2,6		
92	Erftkreis I	296 649	18,0		
93	Euskirchen - Erftkreis II	300 279	19,5		
94	Köln I	217 073	-13,6		
95	Köln II	250 939	-0,2		
96	Köln III	233 072	-7,3		
97	Bonn	261 466	4,0		
98	Rhein-Sieg-Kreis I	284 035	13,0		
99	Rhein-Sieg-Kreis II	262 194	4,3		
100	Oberbergischer Kreis	266 560	6,1		
101	Rheinisch-Bergischer Kreis	259 919	3,4		
102	Leverkusen - Köln IV	259 234	3,1		
103	Wuppertal I	262 337	4,4		
104	Solingen - Remscheid - Wuppertal II	281 292	11,9		
105	Mettmann I	245 579	-2,3		
106	Mettmann II	203 739	-18,9		

noch Anlage 1c

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31.Dezember 2005 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
Nr.	Name	Wahlkreise			
		Anzahl	Abweichung ³⁾	Anzahl	Abweichung
noch Nordrhein-Westfalen					
107	Düsseldorf I	246 271	-2,0		
108	Düsseldorf II	225 616	-10,2		
109	Neuss I	258 304	2,8		
110	Mönchengladbach	233 320	-7,2		
111	Krefeld I - Neuss II	248 502	-1,1		
112	Viersen	282 113	12,2		
113	Kleve	282 341	12,3		
114	Wesel I	252 985	0,7		
115	Krefeld II - Wesel II	222 625	-11,4		
116	Duisburg I	221 294	-12,0		
117	Duisburg II	197 754	-21,3		
118	Oberhausen - Wesel III	254 591	1,3		
119	Mülheim - Essen I	232 459	-7,5		
120	Essen II	207 679	-17,4		
121	Essen III	229 497	-8,7		
122	Recklinghausen I	207 950	-17,3		
123	Recklinghausen II	237 179	-5,6		
124	Gelsenkirchen	231 915	-7,7		
125	Steinfurt I - Borken I	253 158	0,7		
126	Bottrop - Recklinghausen III	251 308	0,0		
127	Borken II	246 270	-2,0		
128	Coesfeld - Steinfurt II	236 962	-5,7		
129	Steinfurt III	239 394	-4,8		
130	Münster	251 091	-0,1		
131	Warendorf	262 420	4,4		
132	Gütersloh	287 716	14,5		
133	Bielefeld	297 812	18,5		
134	Herford - Minden-Lübbecke II	284 846	13,3		
135	Minden-Lübbecke I	259 142	3,1		
136	Lippe I	216 397	-13,9		
137	Höxter - Lippe II	268 319	6,8		
138	Paderborn	302 018	20,2		
139	Hagen - Ennepe-Ruhr-Kreis I	265 083	5,5		
140	Ennepe-Ruhr-Kreis II	220 135	-12,4		
141	Bochum I	256 810	2,2		
142	Herne - Bochum II	230 255	-8,4		
143	Dortmund I	246 259	-2,0		
144	Dortmund II	248 670	-1,1		
145	Unna I	251 342	0,0		
146	Hamm - Unna II	293 705	16,9		
147	Soest	286 733	14,1		
148	Hochsauerlandkreis	257 714	2,5		
149	Siegen-Wittgenstein	265 978	5,8		
150	Olpe - Märkischer Kreis I	265 597	5,7		
151	Märkischer Kreis II	259 136	3,1		
Insgesamt		16 130 722	X		
Sachsen					
152	Delitzsch - Torgau-Oschatz - Riesa	266 366	6,0		
153	Leipzig I	232 671	-7,4		
154	Leipzig II	238 232	-5,2		
155	Leipziger-Land - Muldentalkreis	275 317	9,5		
156	Kamenz - Hoyerswerda - Großenhain	248 956	-0,9		
157	Löbau-Zittau - Görlitz - Niesky	237 397	-5,5	230 179	-8,4
158	Bautzen - Weißwasser	202 530	-19,4	209 748	-16,5
159	Sächsische Schweiz - Weißeritzkreis	257 830	2,6		
160	Dresden I	255 684	1,7		
161	Dresden II - Meißen I	297 414	18,3	293 190	16,7
162	Freiberg - Mittlerer Erzgebirgskreis	230 541	-8,3		
163	Döbeln - Mittweida - Meißen II	264 001	5,0	268 225	6,7
164	Chemnitz	235 479	-6,3		
165	Chemnitzer Land - Stollberg (vorgeschlagen: Annaberg - Chemnitzer Land - Stollberg)	220 981	-12,1	303 530	20,8
166	Annaberg - Aue-Schwarzenberg (vorgeschlagen: Wegfall des Wahlkreises)	212 010	-15,6		
167	Zwickauer Land - Zwickau (vorgeschlagen: Zwickauer Land - Zwickau - Aue-Schwarzenberg I)	222 536	-11,5	304 024	21,0
168	Vogtland - Plauen (vorgeschlagen: Vogtland - Plauen - Aue-Schwarzenberg II)	256 023	1,9	303 996	21,0
Insgesamt		4 153 968	X		

noch Anlage 1c

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
Nr.	Name	Wahlkreise			
		Anzahl	Abweichung ³⁾	Anzahl	Abweichung
Hessen					
169	Waldeck	237 525	-5,5		
170	Kassel	268 754	6,9		
171	Werra-Meißner - Hersfeld-Rotenburg	226 570	-9,9		
172	Schwalm-Eder	240 870	-4,2		
173	Marburg	229 626	-8,6		
174	Lahn-Dill	261 356	4,0		
175	Gießen	279 030	11,0		
176	Fulda	296 979	18,2		
177	Hochtaunus	222 045	-11,7		
178	Wetterau	303 205	20,6		
179	Rheingau-Taunus - Limburg	269 718	7,3		
180	Wiesbaden	217 883	-13,3		
181	Hanau	297 563	18,4		
182	Main-Taunus	234 691	-6,6		
183	Frankfurt am Main I	243 133	-3,3		
184	Frankfurt am Main II	265 913	5,8		
185	Groß-Gerau	208 077	-17,2		
186	Offenbach	279 517	11,2		
187	Darmstadt	282 119	12,2		
188	Odenwald	289 682	15,3		
189	Bergstraße	240 880	-4,2		
Insgesamt		5 395 136	X		
Thüringen					
190	Eichsfeld - Nordhausen - Unstrut-Hainich-Kreis I	248 797	-1,0		
191	Eisenach - Wartburgkreis - Unstrut-Hainich-Kreis II	241 588	-3,9		
192	Kyffhäuserkreis - Sömmerda - Weimarer Land I	243 364	-3,2		
193	Gotha - Ilm-Kreis	255 061	1,5		
194	Erfurt - Weimar - Weimarer Land II	265 696	5,7		
195	Gera - Jena - Saale-Holzland-Kreis	288 823	14,9		
196	Greiz - Altenburger Land	219 679	-12,6		
197	Sonneberg - Saalfeld-Rudolstadt - Saale-Orla-Kreis	276 868	10,2		
198	Suhl - Schmalkalden-Meiningen - Hildburghausen	246 926	-1,8		
Insgesamt		2 286 802	X		
Rheinland-Pfalz					
199	Neuwied	301 659	20,0		
200	Ahrweiler	236 981	-5,7		
201	Koblenz	234 287	-6,8		
202	Mosel/Rhein-Hunsrück	219 399	-12,7		
203	Kreuznach	229 405	-8,7		
204	Bitburg	205 864	-18,1		
205	Trier	224 091	-10,8		
206	Montabaur	260 301	3,6		
207	Mainz	292 218	16,3		
208	Worms	244 516	-2,7		
209	Ludwigshafen/Frankenthal	262 939	4,6		
210	Neustadt - Speyer	266 199	5,9		
211	Kaiserslautern	286 134	13,8		
212	Pirmasens	223 577	-11,0		
213	Südpfalz	258 347	2,8		
Insgesamt		3 745 917	X		
Bayern					
214	Altötting	205 900	-18,1		
215	Erding - Ebersberg	227 889	-9,3		
216	Freising	249 700	-0,7	275 671	9,7
217	Fürstenfeldbruck	300 193	19,4		
218	Ingolstadt	304 348	21,1	278 377	10,8
219	München-Nord	230 585	-8,3		
220	München-Ost	252 930	0,6		
221	München-Süd	226 729	-9,8		
222	München-West/Mitte	246 830	-1,8		

noch Anlage 1c

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31.Dezember 2005 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
Nr.	Name	Wahlkreise			
		Anzahl	Abweichung ³⁾	Anzahl	Abweichung
noch Bayern					
223	München-Land	276 836	10,1	294 114	17,0
224	Rosenheim	280 767	11,7		
225	Starnberg	307 058	22,2	1. Alt: 296 783	18,1
				2. Alt: 296 882	18,1
226	Traunstein	251 096	-0,1		
227	Weilheim	306 883	22,1	1. Alt: 299 880	19,3
				2. Alt: 299 781	19,3
228	Deggendorf	191 608	-23,8	204 821	-18,5
229	Landshut	301 359	19,9		
230	Passau	226 864	-9,7	213 651	-15,0
231	Rottal-Inn	199 921	-20,5		
232	Straubing	212 030	-15,6		
233	Amberg	268 857	7,0		
234	Regensburg	290 160	15,4		
235	Schwandorf	266 216	5,9		
236	Weiden	212 539	-15,4		
237	Bamberg	215 329	-14,3		
238	Bayreuth	199 008	-20,8		
239	Coburg	197 093	-21,6		
240	Hof	221 093	-12,0		
241	Kulmbach	211 587	-15,8		
242	Ansbach	300 085	19,4		
243	Erlangen	210 583	-16,2		
244	Fürth	301 905	20,1		
245	Nürnberg-Nord	221 520	-11,9		
246	Nürnberg-Süd	224 123	-10,8		
247	Roth	276 125	9,9		
248	Aschaffenburg	221 040	-12,1		
249	Bad Kissingen	272 557	8,4		
250	Main-Spessart	242 360	-3,6		
251	Schweinfurt	242 439	-3,5		
252	Würzburg	269 736	7,3		
253	Augsburg-Stadt	241 674	-3,8		
254	Augsburg-Land	298 329	18,7		
255	Donau-Ries	236 033	-6,1		
256	Neu-Ulm	287 594	14,4		
257	Oberallgäu	264 618	5,3		
258	Ostallgäu	296 860	18,1		
Insgesamt		11 288 989	X		
Baden-Württemberg					
259	Stuttgart I	227 252	-9,6		
260	Stuttgart II	225 143	-10,4		
261	Böblingen	303 076	20,6		
262	Esslingen	203 193	-19,2		
263	Nürtingen	251 743	0,2		
264	Göppingen	224 235	-10,8		
265	Waiblingen	271 968	8,2		
266	Ludwigsburg	252 993	0,7		
267	Neckar-Zaber	274 713	9,3		
268	Heilbronn	301 078	19,8		
269	Schwäbisch Hall - Hohenlohe	279 114	11,1		
270	Backnang - Schwäbisch Gmünd	221 331	-11,9		
271	Aalen - Heidenheim	282 781	12,5		
272	Karlsruhe-Stadt	241 807	-3,8		
273	Karlsruhe-Land	254 892	1,4		
274	Rastatt	256 373	2,0		
275	Heidelberg	260 612	3,7		
276	Mannheim	238 517	-5,1		
277	Odenwald - Tauber	271 999	8,2		
278	Rhein-Neckar	242 381	-3,6		
279	Bruchsal - Schwetzingen	234 681	-6,6		
280	Pforzheim	275 463	9,6		
281	Calw	255 297	1,6		
282	Freiburg	263 961	5,0		
283	Lörrach - Müllheim	276 378	10,0		
284	Emmendingen - Lahr	262 133	4,3		
285	Offenburg	251 698	0,1		
286	Rottweil - Tuttlingen	251 789	0,2		

noch Anlage 1c

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 für die			
		gegenwärtigen		vorgeschlagenen	
		Wahlkreise			
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung ¹⁾	Anzahl	Abweichung
noch Baden-Württemberg					
287	Schwarzwald-Baar	208 468	-17,1		
288	Konstanz	242 795	-3,4		
289	Waldshut	223 297	-11,2		
290	Reutlingen	247 409	-1,6		
291	Tübingen	236 085	-6,1		
292	Ulm	273 178	8,7		
293	Biberach	301 913	20,1		
294	Ravensburg - Bodensee	303 761	20,9	294 355	17,1
295	Zollernalb - Sigmaringen	264 234	5,1	273 640	8,9
Insgesamt		9 457 741	X		
Saarland					
296	Saarbrücken	243 538	-3,1		
297	Saarlouis	257 540	2,5		
298	Sankt Wendel	220 118	-12,4		
299	Homburg	241 470	-3,9		
Insgesamt		962 666	X		
Bundesgebiet					
Insgesamt		75 148 892	X		

1) In % vom Bundesdurchschnitt: 251 334.

Anlage 1d

Statistisches Bundesamt
IIA/1501-WR

Wiesbaden, 25. Oktober 2006

Die Aufteilung der Wahlkreise auf die Bundesländer bei Bundestagswahlen: Das Verfahren von Sainte-Laguë und Vergleich mit Hare/Niemeyer

Vorbemerkung

Die drei wichtigsten und bekanntesten Aufteilungsverfahren sind die Verfahren von

- d'Hondt,
- Hare/Niemeyer und
- Sainte-Laguë.

Die Verfahren von d'Hondt und Sainte-Laguë sind sogenannte Divisorverfahren. Bei den Divisorverfahren wird die Wahlkreisverteilung dadurch ermittelt, dass die Bevölkerung¹ jedes Landes durch einen vorher bestimmten Zahlenwert, den *Divisor*, geteilt wird. Der Divisor wird iterativ so bestimmt, dass die Summe der auf verschiedene Art gerundeten Quotienten aus Bevölkerungszahl der einzelnen Länder und dem Divisor mit der Gesamtzahl der Wahlkreise (=299) übereinstimmt. Bei d'Hondt wird abgerundet, bei Sainte-Laguë die übliche kaufmännische Rundung verwendet.

Das Verfahren von Hare/Niemeyer gehört zu den sogenannten Quotenverfahren, bei denen zunächst der „Idealanspruch“ jedes Landes berechnet wird. Der Idealanspruch ist – im Fall der Wahlkreisauflösung – die Bevölkerung des Landes geteilt durch die Bevölkerung insgesamt, multipliziert mit der Gesamtzahl der Wahlkreise (in der englischsprachigen Literatur wird der Idealanspruch als "quota" bezeichnet). Durch eine bestimmte Art der Rundung wird sichergestellt, dass die Summe der gerundeten Idealansprüche mit der Gesamtzahl der Wahlkreise übereinstimmt. Bei Hare/Niemeyer wird nach einer anfänglichen Abrundung aller Idealansprüche in der Reihenfolge der größten Zahlenbruchteile solange aufgerundet, bis die Summe der gerundeten Werte der Gesamtzahl der Wahlkreise entspricht.

Die Berechnungsverfahren nach Sainte-Laguë und Hare/Niemeyer ergeben gleichermaßen unverzerrte Wahlkreisverteilungen, d.h. kleine Länder werden – im Gegensatz zum Verfahren nach d'Hondt – gegenüber großen Ländern weder bevorzugt noch benachteiligt. Das Verfahren von d'Hondt wird daher hier nicht weiter betrachtet. Im Folgenden wird vielmehr das Verfahren von Sainte-Laguë dargestellt und mit dem Verfahren von Hare/Niemeyer verglichen.

¹ Hier und im Folgenden ist mit „Bevölkerung“ immer die deutsche Bevölkerung aus der Laufenden Bevölkerungsfortschreibung gemeint.

noch Anlage 1d

1. Beschreibung des Verfahrens von Sainte-Laguë

Um die Zahl der Wahlkreise für die einzelnen Länder zu ermitteln, ist die Bevölkerungszahl jedes Landes durch einen vorher bestimmten Zahlenwert, den *Divisor*, zu teilen. Der Divisor wird iterativ so bestimmt, dass die Summe der gerundeten Quotienten (übliche mathematische Rundung) aus Bevölkerungszahl der einzelnen Länder und Divisor mit der Gesamtzahl der Wahlkreise übereinstimmt. Falls bei mehreren Quotienten der Zahlenbruchteil exakt 0,5 ist und durch Aufrundung aller dieser Quotienten die Gesamtzahl der Wahlkreise überschritten würde, entscheidet das Los, welche Quotienten aufzurunden sind.

Als Anfangswert für die iterative Bestimmung des Divisors wird die Bevölkerung insgesamt dividiert durch die gesamte Wahlkreiszahl genommen. In vielen Fällen führt der Anfangswert schon zum Erfolg. Falls damit zu viele Wahlkreise vergeben werden, muss der Divisor heraufgesetzt werden, falls zu wenige vergeben werden, muss er herabgesetzt werden.

Das Verfahren wird am Beispiel des zur Zeit neuesten vorliegenden Bevölkerungsstands zum 30. September 2005 dargestellt. Bei der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 30.9.2005 auf die 299 Wahlkreise ergibt sich als Anfangswert für den Divisor der Wert $75\,152\,772 / 299 = 251\,347,064$. Dieser Divisor liefert folgende Verteilung der Wahlkreise:

Tabelle 1:
Erster Schritt beim Berechnungsverfahren Sainte-Laguë
zur Aufteilung der Zahl der Wahlkreise auf die Länder
nach dem Bevölkerungsstand am 30. September 2005

Land	Deutsche Bevölkerung am 30.09.2005	Divisor	Wahlkreise		
			ungerundet	gerundet	
Schleswig-Holstein	2 679 117	: 251 347,064 =	10,659034	11	
Mecklenburg-Vorpommern	1 670 304		6,645409	7	
Hamburg	1 495 447		5,949729	6	
Niedersachsen	7 456 821		29,667428	30	
Bremen	577 043		2,295802	2	
Brandenburg	2 493 328		9,919861	10	
Sachsen-Anhalt	2 429 525		9,666017	10	
Berlin	2 931 590		11,663514	12	
Nordrhein-Westfalen	16 130 902		64,177802	64	
Sachsen	4 158 802		16,546054	17	
Hessen	5 395 502		21,466342	21	
Thüringen	2 292 577		9,121161	9	
Rheinland-Pfalz	3 743 423		14,893442	15	
Bayern	11 281 630		44,884670	45	
Baden-Württemberg	9 453 679		37,612053	38	
Saarland	963 082		3,831682	4	
Insgesamt	75 152 772				301

noch Anlage 1d

Da mit dem Anfangswert zwei Wahlkreise zuviel vergeben werden, muss der Divisor heraufgesetzt werden. Wir versuchen es mit dem Wert 252 500:

Tabelle 2:
Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 30. September 2005
Berechnungsverfahren Sainte-Laguë

Land	Deutsche Bevölkerung am 30.09.2005	Divisor	Wahlkreis	
			ungerundet	gerundet
Schleswig-Holstein	2 679 117	: 252 500 =	10,610	11
Mecklenburg-Vorpommern	1 670 304		6,615	7
Hamburg	1 495 447		5,923	6
Niedersachsen	7 456 821		29,532	30
Bremen	577 043		2,285	2
Brandenburg	2 493 328		9,875	10
Sachsen-Anhalt	2 429 525		9,622	10
Berlin	2 931 590		11,610	12
Nordrhein-Westfalen	16 130 902		63,885	64
Sachsen	4 158 802		16,471	16
Hessen	5 395 502		21,368	21
Thüringen	2 292 577		9,080	9
Rheinland-Pfalz	3 743 423		14,825	15
Bayern	11 281 630		44,680	45
Baden-Württemberg	9 453 679		37,440	37
Saarland	963 082		3,814	4
Insgesamt	75 152 772			299

Die Gesamtzahl der Wahlkreise wird mit diesem Divisor erreicht und die Wahlkreisaufteilung steht somit fest.

Eine Strategie, wie ein geeigneter Divisor möglichst schnell, d.h. ohne „probieren“ gefunden werden kann, ist anhand dieses Beispiels im Anhang erläutert.

Äquivalent zu dieser Berechnungsmethode mit Divisor ist das Rechenverfahren mit einem sogenannten **Rangmaßzahlschema**, wie es für die Aufteilung der Bundestags-Ausschusssitze auf die Fraktionen in der **Variante von Schepers** angewendet wird, sowie das **Höchstzahlverfahren**. Beim **Rangmaßzahlschema** wird für jedes Land das Verhältnis der gesamten Wahlkreiszahl und der Bevölkerungszahl nacheinander mit 0,5, 1,5, 2,5, 3,5 usw. multipliziert. Das Ergebnis sind die sogenannten Rangmaßzahlen. Die erste Rangmaßzahl (n=1) eines Landes entspricht der Multiplikation mit 0,5, die zweite (n=2) der Multiplikation mit 1,5 usw.. Es werden so viele Rangmaßzahlen berechnet, wie Wahlkreise zu vergeben sind.

noch Anlage 1d

Als Beispiel sind in der folgenden Tabelle für den Bevölkerungsstand zum 30.9.2005 die ersten 3 Rangmaßzahlen jedes Landes aufgeführt, der besseren Darstellbarkeit wegen mit 1 Million multipliziert:

Tabelle 3:
Rangmaßzahlen für die Aufteilung der Zahl der Wahlkreise nach Sainte-Laguë
auf Basis des Bevölkerungsstands zum 30. September 2005

Land	Rangmaßzahlen								
	n=1		n=2		n=3				
	Rangmaßzahl	Rang	Rangmaßzahl	Rang	Rangmaßzahl	Rang			
SH	$\frac{299}{2679117} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	55,802	13	$\frac{299}{2679117} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	167,406	36	$\frac{299}{2679117} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	279,010	49
MV	$\frac{299}{1670304} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	89,505	23	$\frac{299}{1670304} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	268,514	48	$\frac{299}{1670304} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	447,523	61
HH	$\frac{299}{1495447} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	99,970	25	$\frac{299}{1495447} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	299,910	52	$\frac{299}{1495447} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	499,851	65
NI	$\frac{299}{7456821} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	20,049	4	$\frac{299}{7456821} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	60,146	15	$\frac{299}{7456821} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	100,244	26
HB	$\frac{299}{577043} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	259,079	47	$\frac{299}{577043} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	777,238	73	$\frac{299}{577043} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	1295,397	77
BB	$\frac{299}{2493328} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	59,960	14	$\frac{299}{2493328} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	179,880	38	$\frac{299}{2493328} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	299,800	51
ST	$\frac{299}{2429525} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	61,535	16	$\frac{299}{2429525} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	184,604	40	$\frac{299}{2429525} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	307,673	53
BE	$\frac{299}{2931590} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	50,996	12	$\frac{299}{2931590} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	152,989	34	$\frac{299}{2931590} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	254,981	46
NW	$\frac{299}{16130902} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	9,268	1	$\frac{299}{16130902} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	27,804	6	$\frac{299}{16130902} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	46,340	10
SN	$\frac{299}{4158802} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	35,948	7	$\frac{299}{4158802} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	107,844	27	$\frac{299}{4158802} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	179,739	37
HE	$\frac{299}{5395502} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	27,708	5	$\frac{299}{5395502} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	83,125	21	$\frac{299}{5395502} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	138,541	31
TH	$\frac{299}{2292577} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	65,210	18	$\frac{299}{2292577} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	195,631	42	$\frac{299}{2292577} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	326,052	55
RP	$\frac{299}{3743423} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	39,937	9	$\frac{299}{3743423} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	119,810	30	$\frac{299}{3743423} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	199,684	43
BY	$\frac{299}{11281630} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	13,252	2	$\frac{299}{11281630} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	39,755	8	$\frac{299}{11281630} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	66,258	19
BW	$\frac{299}{9453679} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	15,814	3	$\frac{299}{9453679} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	47,442	11	$\frac{299}{9453679} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	79,070	20
SL	$\frac{299}{963082} \cdot 0,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	155,231	35	$\frac{299}{963082} \cdot 1,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	465,692	64	$\frac{299}{963082} \cdot 2,5 \cdot 1 \text{ Mio.} =$	776,154	72

noch Anlage 1d

Die Rangmaßzahlen aller Länder werden in aufsteigender Reihenfolge sortiert und durchnummeriert. Die laufende Nummer ist dann der Rang der Rangmaßzahl. Die kleinste Rangmaßzahl ist die erste Rangmaßzahl Nordrhein-Westfalens, sie erhält den Rang 1. Die zweitkleinste ist die erste Rangmaßzahl Bayerns, sie erhält den Rang 2 usw.. Die Wahlkreise werden dann in dieser Reihenfolge auf die Länder verteilt. Falls mehrere Länder die gleiche Rangmaßzahl haben und nicht allen diesen Ländern ein Wahlkreis zugewiesen werden kann, entscheidet das Los. Die resultierende Verteilung der Wahlkreise stimmt immer mit derjenigen nach dem Divisorverfahren überein.

Beim **Höchstzahlverfahren** wird für jedes Land die Bevölkerungszahl nacheinander durch 1, 3, 5, 7 ... dividiert. Diese sogenannten Höchstzahlen werden länderübergreifend in absteigender Reihenfolge sortiert und die Wahlkreise in dieser Reihenfolge auf die Länder verteilt. Falls mehrere Länder die gleiche Höchstzahl haben und nicht allen diesen Ländern ein Wahlkreis zugewiesen werden kann, entscheidet das Los.

Als Beispiel sind in der folgenden Tabelle für den Bevölkerungsstand zum 30.9.2005 die ersten 3 Höchstzahlen jedes Landes aufgeführt, der besseren Darstellbarkeit wegen ganzzahlig gerundet:

Tabelle 4:
Höchstzahlen für die Aufteilung der Zahl der Wahlkreise nach Sainte-Laguë
auf Basis des Bevölkerungsstands zum 30. September 2005

Land	Höchstzahlen					
	n=1		n=3		n=5	
SH	$\frac{2\,679\,117}{1} = 2\,679\,117$	$\frac{2\,679\,117}{3} = 893\,039$	$\frac{2\,679\,117}{5} = 535\,823$			
MV	$\frac{1\,670\,304}{1} = 1\,670\,304$	$\frac{1\,670\,304}{3} = 556\,768$	$\frac{1\,670\,304}{5} = 334\,061$			
HH	$\frac{1\,495\,447}{1} = 1\,495\,447$	$\frac{1\,495\,447}{3} = 498\,482$	$\frac{1\,495\,447}{5} = 299\,089$			
NI	$\frac{7\,456\,821}{1} = 7\,456\,821$	$\frac{7\,456\,821}{3} = 2\,485\,607$	$\frac{7\,456\,821}{5} = 1\,491\,364$			
HB	$\frac{577\,043}{1} = 577\,043$	$\frac{577\,043}{3} = 192\,348$	$\frac{577\,043}{5} = 115\,409$			
BB	$\frac{2\,493\,328}{1} = 2\,493\,328$	$\frac{2\,493\,328}{3} = 831\,109$	$\frac{2\,493\,328}{5} = 498\,666$			
ST	$\frac{2\,429\,525}{1} = 2\,429\,525$	$\frac{2\,429\,525}{3} = 809\,842$	$\frac{2\,429\,525}{5} = 485\,905$			
BE	$\frac{2\,931\,590}{1} = 2\,931\,590$	$\frac{2\,931\,590}{3} = 977\,197$	$\frac{2\,931\,590}{5} = 586\,318$			
NW	$\frac{16\,130\,902}{1} = 16\,130\,902$	$\frac{16\,130\,902}{3} = 5\,376\,967$	$\frac{16\,130\,902}{5} = 3\,226\,180$			
SN	$\frac{4\,158\,802}{1} = 4\,158\,802$	$\frac{4\,158\,802}{3} = 1\,386\,267$	$\frac{4\,158\,802}{5} = 831\,760$			

noch Anlage 1d

Tabelle 4 (Fortsetzung):
Höchstzahlen für die Aufteilung der Zahl der Wahlkreise nach Sainte-Laguë
auf Basis des Bevölkerungsstands zum 30. September 2005

Land	Höchstzahlen					
	n=1		n=3		n=5	
HE	$\frac{5\,395\,502}{1} =$	5 395 502	$\frac{5\,395\,502}{3} =$	1 798 501	$\frac{5\,395\,502}{5} =$	1 079 100
TH	$\frac{2\,292\,577}{1} =$	2 292 577	$\frac{2\,292\,577}{3} =$	764 192	$\frac{2\,292\,577}{5} =$	458 515
RP	$\frac{3\,743\,423}{1} =$	3 743 423	$\frac{3\,743\,423}{3} =$	1 247 808	$\frac{3\,743\,423}{5} =$	748 685
BY	$\frac{11\,281\,630}{1} =$	11 281 630	$\frac{11\,281\,630}{3} =$	3 760 543	$\frac{11\,281\,630}{5} =$	2 256 326
BW	$\frac{9\,453\,679}{1} =$	9 453 679	$\frac{9\,453\,679}{3} =$	3 151 226	$\frac{9\,453\,679}{5} =$	1 890 736
SL	$\frac{963\,082}{1} =$	963 082	$\frac{963\,082}{3} =$	321 027	$\frac{963\,082}{5} =$	192 616

Man beachte die Ähnlichkeit dieses Höchstzahlverfahrens mit dem früher bei Bundestagswahlen eingesetzten d'Hondtschen Höchstzahlverfahren, bei dem anstelle durch 1, 3, 5, 7 ... durch 1, 2, 3, 4 ... geteilt wird.²

Die Berechnungsmethode mit Divisor hat unseres Erachtens gegenüber dem Rangmaßzahlenschema oder dem Höchstzahlverfahren den Vorteil, dass – wenn der Divisor angegeben wird – das Aufteilungsergebnis ganz einfach nachzurechnen ist. Der Bürger kann beim Divisoransatz die Rechnung ganz einfach nachvollziehen (siehe Tabelle 1), während er sich beim Rangmaßzahlenschema oder beim Höchstzahlverfahren mit umfangreichen Ausrechnungen beschäftigen muss.

2. Vergleich der Verfahren von Sainte-Laguë und Hare/Niemeyer

Beim Verfahren von Hare/Niemeyer wird die Bevölkerungszahl jedes Landes durch die Gesamtbevölkerungszahl geteilt und mit der Gesamtzahl der Wahlkreise multipliziert; das Ergebnis (der sogenannte Idealanspruch) wird in den ganzzahligen Anteil und den gebrochenen Rest zerlegt. Jedes Land bekommt zunächst so viele Wahlkreise, wie ihr ganzzahliger Anteil ausmacht. Die danach noch übrigen

² Trotz dieser Ähnlichkeit führt die Division durch 1, 3, 5, 7 ... zu einem unverzerrten Aufteilungsverfahren, während die Division durch 1, 2, 3, 4 ... kleine Länder benachteiligt. Beim Höchstzahlverfahren wird im Grunde auch ein Divisor gesucht: Die zur Vergabe des letzten (299.) Wahlkreises führende Höchstzahl ist der Divisor (bei d'Hondt) bzw. die letzte Höchstzahl dividiert durch zwei (bei Sainte-Laguë). Die Abrundung des Divisionsergebnisses bei d'Hondt betrifft relativ gesehen die kleineren Länder in stärkerem Maß, was zu der Benachteiligung kleiner Länder führt.

noch Anlage 1d

Wahlkreise werden in der Reihenfolge der größten Reste vergeben. Als Beispiel dient die Verteilung der Wahlkreise auf die Länder nach dem Bevölkerungsstand am 30. September 2005:

Tabelle 5:
Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 30. September 2005
Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer

Land	Wahlkreise insgesamt	Deutsche Bevölkerung am 30.09.2005	Bevölkerung insgesamt	Ganzzahliger Anteil	"Rest"	Zuteilung nach dem größten Rest	Wahlkreise insgesamt
Schleswig-Holstein		2 679 117	: 75 152 772 =	10	0,659	1	11
Mecklenburg-Vorpommern		1 670 304		6	0,645	1	7
Hamburg		1 495 447		5	0,950	1	6
Niedersachsen		7 456 821		29	0,667	1	30
Bremen		577 043		2	0,296	-	2
Brandenburg		2 493 328		9	0,920	1	10
Sachsen-Anhalt		2 429 525		9	0,666	1	10
Berlin	299 x	2 931 590		11	0,664	1	12
Nordrhein-Westfalen		16 130 902		64	0,178	-	64
Sachsen		4 158 802		16	0,546	-	16
Hessen		5 395 502		21	0,466	-	21
Thüringen		2 292 577		9	0,121	-	9
Rheinland-Pfalz		3 743 423		14	0,893	1	15
Bayern		11 281 630		44	0,885	1	45
Baden-Württemberg		9 453 679		37	0,612	-	37
Saarland		963 082		3	0,832	1	4
Insgesamt		75 152 772			289		10

Der Vergleich von Tabelle 2 und Tabelle 5 zeigt, dass sich bei Verwendung der Bevölkerungszahlen zum 30.9.2005 dieselbe Wahlkreisaufteilung ergibt. In Tabelle 6 sind die Ergebnisse der Aufteilungen für verschiedene Bevölkerungsstände zusammengestellt. Man sieht, dass sich mit den Daten von 2005 die beiden Verfahren im Ergebnis nicht unterscheiden. Für die früheren Jahre gibt es aber Unterschiede: Bei Anwendung des Verfahrens von Sainte-Laguë hätte – verglichen mit Hare/Niemeyer –

- mit den Daten zum 31.12.2002 und 31.12.2003 Bayern ein Wahlkreis weniger zugunsten Schleswig-Holsteins,
- mit den Daten zum 31.12.2004 Niedersachsen ein Wahlkreis weniger zugunsten Sachsens bekommen.

noch Anlage 1d

Im Hinblick auf eine möglichst große Kontinuität der Wahlkreiszahl eines Landes im Zeitablauf mag das Verfahren von Sainte-Laguë wegen der nur temporären Verringerung der Wahlkreiszahl Niedersachsens 2004 ungünstig erscheinen. Dies ist aber nicht verfahrensbedingt und kann bei anderen Datenkonstellationen auch bei Hare/Niemeyer auftreten. Wenn man beispielsweise die Bevölkerungszahlen zu den Jahresenden 2001 bis 2004 betrachtet, ergibt sich nach Hare/Niemeyer für Schleswig-Holstein ein nur temporärer Verlust eines Wahlkreises 2002 und 2003, der bei Sainte-Laguë nicht auftritt. Im Gegenteil sind solche nur temporären Veränderungen generell bei Hare/Niemeyer wegen des Stimmenzuwachs-Paradoxons (siehe nächstes Kapitel) sogar etwas wahrscheinlicher.

Tabelle 6:
Vergleich der Zahl der Wahlkreise zwischen den Verfahren
Hare/Niemeyer und Sainte-Laguë

Land		Datum					
		31.12.200 2	31.12.200 3	31.12.200 4	31.03.200 5	30.06.2005	30.09.2005
SH	Bevölkerung	2 663 081	2 670 132	2 677 474	2 676 548	2 676 988	2 679 117
	Hare/Niemeyer	10	10	11	11	11	11
	Sainte-Laguë	11	11	11	11	11	11
MV	Bevölkerung	1 707 084	1 692 555	1 680 236	1 676 454	1 673 871	1 670 304
	Hare/Niemeyer	7	7	7	7	7	7
	Sainte-Laguë	7	7	7	7	7	7
HH	Bevölkerung	1 473 687	1 481 513	1 490 429	1 492 232	1 492 856	1 495 447
	Hare/Niemeyer	6	6	6	6	6	6
	Sainte-Laguë	6	6	6	6	6	6
NI	Bevölkerung	7 442 421	7 454 088	7 464 516	7 458 086	7 455 753	7 456 821
	Hare/Niemeyer	30	30	30	30	30	30
	Sainte-Laguë	30	30	29	30	30	30
HB	Bevölkerung	579 464	578 947	578 603	578 019	577 239	577 043
	Hare/Niemeyer	2	2	2	2	2	2
	Sainte-Laguë	2	2	2	2	2	2
BB	Bevölkerung	2 515 614	2 506 916	2 500 482	2 496 714	2 494 893	2 493 328
	Hare/Niemeyer	10	10	10	10	10	10
	Sainte-Laguë	10	10	10	10	10	10
ST	Bevölkerung	2 500 189	2 472 432	2 447 314	2 440 463	2 436 377	2 429 525
	Hare/Niemeyer	10	10	10	10	10	10
	Sainte-Laguë	10	10	10	10	10	10
BE	Bevölkerung	2 947 648	2 941 152	2 933 283	2 932 634	2 932 838	2 931 590
	Hare/Niemeyer	12	12	12	12	12	12
	Sainte-Laguë	12	12	12	12	12	12
NW	Bevölkerung	16 096 568	16 114 531	16 130 796	16 123 418	16 124 270	16 130 902
	Hare/Niemeyer	64	64	64	64	64	64
	Sainte-Laguë	64	64	64	64	64	64
SN	Bevölkerung	4 233 701	4 202 346	4 177 804	4 170 073	4 164 371	4 158 802
	Hare/Niemeyer	17	17	16	16	16	16
	Sainte-Laguë	17	17	17	16	16	16

noch Anlage 1d

Tabelle 6 Fortsetzung):
Vergleich der Zahl der Wahlkreise zwischen den Verfahren
Hare/Niemeyer und Sainte-Laguë

Land		Datum					
		31.12.200 2	31.12.200 3	31.12.200 4	31.03.200 5	30.06.2005	30.09.2005
HE	Bevölkerung	5 386 132	5 389 395	5 403 072	5 398 458	5 396 357	5 395 502
	Hare/Niemeyer	21	21	21	21	21	21
	Sainte-Laguë	21	21	21	21	21	21
TH	Bevölkerung	2 345 408	2 325 700	2 307 463	2 302 058	2 297 577	2 292 577
	Hare/Niemeyer	9	9	9	9	9	9
	Sainte-Laguë	9	9	9	9	9	9
RP	Bevölkerung	3 746 017	3 746 107	3 749 549	3 744 464	3 744 758	3 743 423
	Hare/Niemeyer	15	15	15	15	15	15
	Sainte-Laguë	15	15	15	15	15	15
BY	Bevölkerung	11 213 341	11 241 003	11 268 695	11 267 223	11 274 470	11 281 630
	Hare/Niemeyer	45	45	45	45	45	45
	Sainte-Laguë	44	44	45	45	45	45
BW	Bevölkerung	9 363 582	9 402 298	9 435 702	9 437 389	9 444 258	9 453 679
	Hare/Niemeyer	37	37	37	37	37	37
	Sainte-Laguë	37	37	37	37	37	37
SL	Bevölkerung	974 789	970 736	967 492	965 726	964 172	963 082
	Hare/Niemeyer	4	4	4	4	4	4
	Sainte-Laguë	4	4	4	4	4	4
Insg.	Bevölkerung	75 188 726	75 189 851	75 212 910	75 159 959	75 151 048	75 152 772

3. Vor- und Nachteile der Verfahren von Sainte-Laguë und Hare/Niemeyer

Das Verfahren von Hare/Niemeyer weist einige Besonderheiten auf, die bei Sainte-Laguë verfahrensbedingt nicht auftreten können. Eine davon, die bei der Wahlkreis aufteilung zum Tragen kommt, ist das so genannte „*Stimmenzuwachs-Paradoxon*“: Bei einem Bevölkerungszuwachs eines Landes würde man erwarten, dass – wenn sich überhaupt Änderungen ergeben – das Land mit dem Bevölkerungszuwachs einen Wahlkreis mehr bekommt zu Lasten eines anderen und dass sich zwischen den übrigen Ländern, deren Bevölkerungszahlen gleich geblieben sind, keine Verschiebungen ergeben, vice versa bei einem Bevölkerungsverlust. Dies ist beim Hare/Niemeyer-Verfahren jedoch nicht immer gewährleistet, wie man beispielsweise ausgehend von den Bevölkerungsdaten zum 31.12.2002 an einem fiktiven Bevölkerungszuwachs eines Landes sehen kann. Hier zunächst die Berechnung mit den originalen Bevölkerungsdaten für Hare/Niemeyer und Sainte-Laguë:

noch Anlage 1d

Tabelle 7:
Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002
Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer

Land	Wahlkreise insgesamt	Deutsche Bevölkerung am 31.12.2002	Bevölkerung insgesamt	Ganz-zahliger Anteil	"Rest"	Zuteilung nach dem größten Rest	Wahlkreise insgesamt
SH		2 663 081	75 188 726 =	10	0,590	-	10
MV		1 707 084		6	0,788	1	7
HH		1 473 687		5	0,860	1	6
NI		7 442 421		29	0,596	1	30
HB		579 464		2	0,304	-	2
BB		2 515 614		10	0,004	-	10
ST		2 500 189		9	0,942	1	10
BE	299 x	2 947 648		11	0,722	1	12
NW		16 096 568		64	0,011	-	64
SN		4 233 701		16	0,836	1	17
HE		5 386 132		21	0,419	-	21
TH		2 345 408		9	0,327	-	9
RP		3 746 017		14	0,897	1	15
BY		11 213 341		44	0,592	1	45
BW		9 363 582		37	0,236	-	37
SL		974 789		3	0,876	1	4
Insg.		75 188 726		290		9	299

noch Anlage 1d

Tabelle 8:
Zahl der Wahlkreise
 auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2002
 Berechnungsverfahren Sainte-Laguë

Land	Deutsche Bevölkerung am 31.12.2002	Divisor	Wahlkreis	
			ungerundet	gerundet
Schleswig-Holstein	2 663 081	: 251 990 =	10,568	11
Mecklenburg-Vorpommern	1 707 084		6,774	7
Hamburg	1 473 687		5,848	6
Niedersachsen	7 442 421		29,535	30
Bremen	579 464		2,300	2
Brandenburg	2 515 614		9,983	10
Sachsen-Anhalt	2 500 189		9,922	10
Berlin	2 947 648		11,697	12
Nordrhein-Westfalen	16 096 568		63,878	64
Sachsen	4 233 701		16,801	17
Hessen	5 386 132		21,374	21
Thüringen	2 345 408		9,308	9
Rheinland-Pfalz	3 746 017		14,866	15
Bayern	11 213 341		44,499	44
Baden-Württemberg	9 363 582		37,159	37
Saarland	974 789		3,868	4
Insgesamt	75 188 726			

noch Anlage 1d

Wenn die Bevölkerung Nordrhein-Westfalens um 4000 Personen wachsen würde, würde bei Hare/Niemeyer ein Wahlkreis von Bayern nach Schleswig-Holstein „wandern“, obwohl sich an den Bevölkerungszahlen dieser Länder nichts geändert hätte:

Tabelle 9:
Zahl der Wahlkreise auf Grund einer in Nordrhein-Westfalen
gegenüber dem 31. Dezember 2002 um 4000 Personen erhöhten Bevölkerungszahl
Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer

Land	Wahlkreise insgesamt	Deutsche Bevölkerung am 31.12.2002	Bevölkerung insgesamt	Ganzzahliger Anteil	"Rest"	Zuteilung nach dem größten Rest	Wahlkreise insgesamt
SH		2 663 081	: 75 192 726 =	10	0,590	1	11
MV		1 707 084		6	0,788	1	7
HH		1 473 687		5	0,860	1	6
NI		7 442 421		29	0,594	1	30
HB		579 464		2	0,304	-	2
BB		2 515 614		10	0,003	-	10
ST		2 500 189		9	0,942	1	10
BE	299 x	2 947 648		11	0,721	1	12
NW		16 100 568		64	0,023	-	64
SN		4 233 701		16	0,835	1	17
HE		5 386 132		21	0,418	-	21
TH		2 345 408		9	0,326	-	9
RP		3 746 017		14	0,896	1	15
BY		11 213 341		44	0,589	-	44
BW		9 363 582		37	0,234	-	37
SL		974 789		3	0,876	1	4
Insgesamt		75 192 726		290		9	299

Erklärung: Durch die höhere Bevölkerungszahl insgesamt verringert sich der Idealanspruch der übrigen Länder, deren Bevölkerungszahlen sich nicht verändert haben. Diese Verringerung erfolgt bei allen diesen Ländern um denselben Prozentsatz, bei einem „großen“ Land wie Bayern absolut gesehen mehr als bei einem „kleinen“ Land wie Schleswig-Holstein. Wenn nun der Rest eines kleinen Landes knapp unter dem des großen Landes lag, kann es passieren, dass sich die Reihenfolge der Reste vertauscht, d.h. das kleinere Land hat nun einen größeren Rest, was nach dem Prinzip der größten Reste dann zu einer Verschiebung eines Wahlkreises zugunsten des kleineren Landes führen kann.

Dagegen zeigt das Verfahren von Sainte-Laguë keine Änderung bei dem angenommenen Bevölkerungszuwachs Nordrhein-Westfalens:

Tabelle 10:
Zahl der Wahlkreise auf Grund einer in Nordrhein-Westfalen
gegenüber dem 31. Dezember 2002 um 4000 Personen erhöhten Bevölkerungszahl
Berechnungsverfahren Sainte-Laguë

Land	Deutsche Bevölkerung am 31.12.2002	Divisor	Wahlkreis	
			ungerundet	gerundet
Schleswig-Holstein	2 663 081	: 252 097 =	10,564	11
Mecklenburg-Vorpommern	1 707 084		6,772	7
Hamburg	1 473 687		5,846	6
Niedersachsen	7 442 421		29,522	30
Bremen	579 464		2,299	2
Brandenburg	2 515 614		9,979	10
Sachsen-Anhalt	2 500 189		9,918	10
Berlin	2 947 648		11,693	12
Nordrhein-Westfalen	16 100 568		63,867	64
Sachsen	4 233 701		16,794	17
Hessen	5 386 132		21,365	21
Thüringen	2 345 408		9,304	9
Rheinland-Pfalz	3 746 017		14,859	15
Bayern	11 213 341		44,480	44
Baden-Württemberg	9 363 582		37,143	37
Saarland	974 789		3,867	4
Insgesamt	75 192 726			

Da die Gesamtbevölkerung zugenommen hat, wird die Zahl der Wahlkreise insgesamt mit dem alten Divisor überschritten. Der Divisor muss also heraufgesetzt werden. Durch den größeren Divisor verringert sich dann bei den Ländern, deren Bevölkerungszahl gleich geblieben ist, das Divisionsergebnis. Da die Rundungsgrenze fest ist, kann die gerundete Wahlkreiszahl nicht größer werden. Zwar kann sich auch hier die Reihenfolge der Reste ändern, das ist hier aber ohne Belang, da es nicht auf die Reihenfolge der Reste ankommt. Entscheidend ist nur, dass bei einem Land, dessen Bevölkerungszahl gleich geblieben ist und dessen Divisionsergebnis einen Rest unter 0,5 hatte, dieser Rest kleiner wird und somit unter 0,5 bleibt. Dieses Land kann also keinen zusätzlichen Wahlkreis bekommen.

In der Praxis wird der Fall, dass sich nur die Bevölkerungszahl eines Landes ändert und alle anderen gleich bleiben, kaum auftreten. Man kann das Stimmenzuwachs-Paradoxon bei Hare/Niemeyer aber auch etwas anders und für die Wahlkreisverteilung relevanter formulieren: Wenn die Bevölkerungszahl eines Landes prozentual stärker wächst als die eines anderen, kann es bei Hare/Niemeyer passieren, dass von diesem Land ein Wahlkreis zu einem Land, das schwächer gewachsen ist, „wandert“. Hierfür findet sich auch ein Beispiel aus der zurückliegenden Bevölkerungsentwicklung: Wenn man die Wahlkreisverteilung mit den Bevölkerungsdaten zum 30.6.2003 mit denjenigen zum 30.9.1999 vergleicht,

noch Anlage 1d

sieht man, dass ein Wahlkreis von Schleswig-Holstein nach Niedersachsen wandert, obwohl Schleswig-Holstein stärker als Niedersachsen gewachsen ist.³

Wegen des Stimmenzuwachs-Paradoxons kann es bei Hare/Niemeyer außerdem vorkommen, dass bei einem kontinuierlichen Bevölkerungswachstum eines Landes dessen Wahlkreiszahl im Zeitablauf zunächst „hin- und her springt“, bevor dieses Land „endgültig“ einen Wahlkreis mehr erhält.

4. Fazit:

Da beim Verfahren nach Sainte-Laguë das Stimmenzuwachs-Paradoxon nicht auftreten kann, ist das Verfahren von Sainte-Laguë aus mathematischer Sicht bei der Aufteilung der 299 Bundestagswahlkreise auf die 16 Länder dem Hare/Niemeyer-Verfahren vorzuziehen.

³ Dieses Beispiel ist auf der von Privatpersonen betriebenen Internetseite <http://www.wahlrecht.de/news/2004/03.htm> ausgeführt.

noch Anlage 1d

IIA/1501-WR

Anhang

Berechnung des Divisors beim Aufteilungsverfahren Sainte-Laguë

Schritt 1:

Als Anfangswert für den Divisor wird folgende Zahl genommen:

Gesamtbevölkerungszahl dividiert durch Gesamtzahl der Wahlkreise. Mit diesem Divisor werden die Wahlkreiszahlen der Länder berechnet. Wenn die Gesamtzahl der Wahlkreise getroffen wird, ist man fertig.

Schritt 2 (falls die Wahlkreiszahl nicht getroffen wird):

Wenn die Gesamtzahl der Wahlkreise überschritten wird, berechnet man für jedes Land die Bevölkerungszahl dividiert durch die um 0,5 verminderte Wahlkreiszahl aus Schritt 1. Das Ergebnis eignet sich potentiell als neuer Divisor („Divisor kandidat“). Man hat also so viele Divisor kandidaten wie Länder. Die Divisor kandidaten werden nun nach der Größe absteigend angeordnet. Wenn die Gesamtzahl der Wahlkreise nur um einen Wahlkreis überschritten wird, wählen wir irgendeinen Wert zwischen dem kleinsten und dem zweitkleinsten Divisor kandidaten als neuen Divisor. Wenn sie um zwei Wahlkreise überschritten wird, nehmen wir einen Wert zwischen dem zweitkleinsten und dem dritt kleinsten Divisor kandidaten usw.

Wenn die Gesamtzahl der Wahlkreise unterschritten wird, gehen wir spiegelbildlich vor: Die Divisor kandidaten ergeben sich in diesem Fall durch Division der Bevölkerungszahl der Länder durch die um 0,5 erhöhte Wahlkreiszahl. Als neuen Divisor nehmen wir dann einen Wert zwischen dem größten und dem zweitgrößten (bzw. zwischen dem zweitgrößten und dem drittgrößtem usw.) Divisor kandidat.

Mit dem im zweiten Schritt berechneten Divisor wird die Gesamtzahl der Wahlkreise getroffen.

noch Anlage 1d

Beispiel: Wahlkreisaufteilung mit den Bevölkerungsdaten vom 30.9.2005

Schritt 1:

Bei einer Gesamtbevölkerung von 75 152 772 Personen und 299 Wahlkreisen ergibt sich als Anfangswert für den Divisor der Wert $75\,152\,772 / 299 = 251\,347,064$. Dieser Divisor liefert folgende Verteilung der Wahlkreise auf die Länder:

Land	Deutsche Bevölkerung am 30.09.2005	Divisor	Wahlkreise		
			ungerundet	gerundet	
Schleswig-Holstein	2 679 117	: 251 347,064 =	10,659034	11	
Mecklenburg-Vorpommern	1 670 304		6,645409	7	
Hamburg	1 495 447		5,949729	6	
Niedersachsen	7 456 821		29,667428	30	
Bremen	577 043		2,295802	2	
Brandenburg	2 493 328		9,919861	10	
Sachsen-Anhalt	2 429 525		9,666017	10	
Berlin	2 931 590		11,663514	12	
Nordrhein-Westfalen	16 130 902		64,177802	64	
Sachsen	4 158 802		16,546054	17	
Hessen	5 395 502		21,466342	21	
Thüringen	2 292 577		9,121161	9	
Rheinland-Pfalz	3 743 423		14,893442	15	
Bayern	11 281 630		44,884670	45	
Baden-Württemberg	9 453 679		37,612053	38	
Saarland	963 082		3,831682	4	
Insgesamt	75 152 772				301

Da mit dem Anfangswert zwei Wahlkreise zuviel vergeben werden, berechnen wir folgende Divisorkandidaten:

Schritt 2:

Land	Deutsche Bevölkerung am 30.09.2005	Wahlkreis minus 0,5	"Divisorkandidat"
Schleswig-Holstein	2 679 117	: 10,5 =	255154,000
Mecklenburg-Vorpommern	1 670 304	: 6,5 =	256969,846
Hamburg	1 495 447	: 5,5 =	271899,455
Niedersachsen	7 456 821	: 29,5 =	252773,593
Bremen	577 043	: 1,5 =	384695,333
Brandenburg	2 493 328	: 9,5 =	262455,579
Sachsen-Anhalt	2 429 525	: 9,5 =	255739,474
Berlin	2 931 590	: 11,5 =	254920,870
Nordrhein-Westfalen	16 130 902	: 63,5 =	254029,953
Sachsen	4 158 802	: 16,5 =	252048,606
Hessen	5 395 502	: 20,5 =	263195,220
Thüringen	2 292 577	: 8,5 =	269714,941
Rheinland-Pfalz	3 743 423	: 14,5 =	258167,103
Bayern	11 281 630	: 44,5 =	253519,775
Baden-Württemberg	9 453 679	: 37,5 =	252098,107
Saarland	963 082	: 3,5 =	275166,286
Insgesamt	75 152 772		

noch Anlage 1d

Der zweitkleinste Wert ist 252 098,107 (Baden-Württemberg), der drittkleinste 252 773,593 (Niedersachsen). Wir wählen zwischen diesen beiden Werten 252 500 als neuen Divisor. Mit diesem Divisor wird die Gesamtzahl der Wahlkreise getroffen:

Land	Deutsche Bevölkerung am 30.09.2005	Divisor	Wahlkreise	
			ungerundet	gerundet
Schleswig-Holstein	2 679 117	: 252 500 =	10,610	11
Mecklenburg-Vorpommern	1 670 304		6,615	7
Hamburg	1 495 447		5,923	6
Niedersachsen	7 456 821		29,532	30
Bremen	577 043		2,285	2
Brandenburg	2 493 328		9,875	10
Sachsen-Anhalt	2 429 525		9,622	10
Berlin	2 931 590		11,610	12
Nordrhein-Westfalen	16 130 902		63,885	64
Sachsen	4 158 802		16,471	16
Hessen	5 395 502		21,368	21
Thüringen	2 292 577		9,080	9
Rheinland-Pfalz	3 743 423		14,825	15
Bayern	11 281 630		44,680	45
Baden-Württemberg	9 453 679		37,440	37
Saarland	963 082		3,814	4
Insgesamt	75 152 772			

Anlage 2a

Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung *) am 31. März 2006
– Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer –

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. März 2006		Zahl der Wahlkreise						
	Anzahl	%	für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag	nach der deutschen Bevölkerung am 31. März 2006 auf Dezimalstellen 1)			Zuteilung nach dem größten Rest		proportionaler Anteil
				ganzahliger Anteil	"Reste"	Zuteilung nach dem größten Rest	mehr	weniger	
Schleswig-Holstein	2 679 702	3,6	11	10	0,669	1	11	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	1 664 109 2)	2,2	7	6	0,626	1	7	-	-
Hamburg	1 497 853	2,0	6	5	0,964	1	6	-	-
Niedersachsen	7 452 301 2)	9,9	29	29	0,671	1	30	1	-
Bremen	578 639 2)	0,8	2	2	0,304	-	2	-	-
Brandenburg	2 488 182 2)	3,3	10	9	0,907	1	10	-	-
Sachsen-Anhalt	2 416 017 2)	3,2	10	9	0,619	-	9	-	1
Berlin	2 929 345	3,9	12	11	0,663	1	12	-	-
Nordrhein-Westfalen	16 123 331	21,5	64	64	0,194	-	64	-	-
Sachsen	4 148 454	5,5	17	16	0,517	-	16	-	1
Hessen	5 391 691	7,2	21	21	0,467	-	21	-	-
Thüringen	2 280 522 2)	3,0	9	9	0,080	-	9	-	-
Rheinland-Pfalz	3 741 045 2)	5,0	15	14	0,895	1	15	-	-
Bayern	11 289 871	15,0	45	44	0,950	1	45	-	-
Baden-Württemberg	9 456 829	12,6	37	37	0,652	1	38	1	-
Saarland	960 551 2)	1,3	4	3	0,824	1	4	-	-
Bundesgebiet	75 098 442	100	299	289	X	10	299	2	2

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

1) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 251 165

2) Bevölkerungszahlen enthalten nicht die Einbürgerungen für das Jahr 2006.

Anlage 2b

**Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung*) am 31. März 2006
– Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers –**

Land	Deutsche Bevölkerung am 31. März 2006		Zahl der Wahlkreise						
	Anzahl	%	für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag		nach der deutschen Bevölkerung am 31. März 2006		gerundet	mehr als bisher	
			Divisor	ungerundet	Divisor	ungerundet			
Schleswig-Holstein	2 679 702	3,6	11		10,625899		11	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	1 664 109 ¹⁾	2,2	7		6,598739		7	–	–
Hamburg	1 497 853	2,0	6		5,939479		6	–	–
Niedersachsen	7 452 301 ¹⁾	9,9	29		29,550822		30	1	–
Bremen	578 639 ¹⁾	0,8	2		2,294494		2	–	–
Brandenburg	2 488 182 ¹⁾	3,3	10		9,866459		10	–	–
Sachsen-Anhalt	2 416 017 ¹⁾	3,2	10		9,580301		10	–	–
Berlin	2 929 345	3,9	12		11,615816	252 186	12	–	–
Nordrhein-Westfalen	16 123 331	21,5	64		63,934306		64	–	–
Sachsen	4 148 454	5,5	17		16,449983		16	–	1
Hessen	5 391 691	7,2	21		21,379827		21	–	–
Thüringen	2 280 522 ¹⁾	3,0	9		9,043019		9	–	–
Rheinland-Pfalz	3 741 045 ¹⁾	5,0	15		14,834473		15	–	–
Bayern	11 289 871	15,0	45		44,768048		45	–	–
Baden-Württemberg	9 456 829	12,6	37		37,499435		37	–	–
Saarland	960 551 ¹⁾	1,3	4		3,808900		4	–	–
Bundesgebiet	75 098 442	100	299	X	X	X	299	1	1

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

1) Bevölkerungszahlen enthalten nicht die Einbürgerungen für das Jahr 2006

Anlage 2c

Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung *) am 30. Juni 2006
– Berechnungsverfahren Hare/Niemeyer –

Land	Deutsche Bevölkerung am 30. Juni 2006		Zahl der Wahlkreise						
	Anzahl	%	für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag		nach der deutschen Bevölkerung am 30. Juni 2006 auf Dezimalstellen 1)		Zuteilung nach dem größten Rest		
			ganzzahliger Anteil	"Reste"	ganzzahliger Anteil	proportionaler Anteil	mehr	weniger	
Schleswig-Holstein	2 680 142	3,6	11	10	0,674	1	11	-	-
Mecklenburg-Vorpommern	1 661 677	2,2	7	6	0,618	1	7	-	-
Hamburg	1 499 486	2,0	6	5	0,972	1	6	-	-
Niedersachsen	7 448 705 ²⁾	9,9	29	29	0,666	1	30	1	-
Bremen	578 009 ²⁾	0,8	2	2	0,302	-	2	-	-
Brandenburg	2 486 129	3,3	10	9	0,901	1	10	-	-
Sachsen-Anhalt	2 410 123	3,2	10	9	0,599	-	9	-	1
Berlin	2 930 548	3,9	12	11	0,671	1	12	-	-
Nordrhein-Westfalen	16 120 299	21,5	64	64	0,201	-	64	-	-
Sachsen	4 141 813	5,5	17	16	0,495	-	16	-	1
Hessen	5 390 589	7,2	21	21	0,469	-	21	-	-
Thüringen	2 275 684	3,0	9	9	0,063	-	9	-	-
Rheinland-Pfalz	3 737 309 ²⁾	5,0	15	14	0,884	1	15	-	-
Bayern	11 296 204	15,0	45	44	0,989	1	45	-	-
Baden-Württemberg	9 460 060	12,6	37	37	0,676	1	38	1	-
Saarland	959 038 ²⁾	1,3	4	3	0,820	1	4	-	-
Bundesgebiet	75 075 815	100	299	289	X	10	299	2	2

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

1) Durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung je Wahlkreis: 251 090

2) Bevölkerungszahlen enthalten nicht die Einbürgerungen für das Jahr 2006

Anlage 2d

Zahl der Wahlkreise
auf Grund der Verteilung der deutschen Bevölkerung*) am 30. Juni 2006
– Berechnungsverfahren Sainte-Laguë/Schepers –

Land	Deutsche Bevölkerung am 30. Juni 2006		Zahl der Wahlkreise					
	Anzahl	%	für die Wahl zum 16. Deutschen Bundestag		nach der deutschen Bevölkerung am 30. Juni 2006		gerundet	mehr als bisher
			Divisor	ungerundet	Divisor	gerundet		
Schleswig-Holstein	2 680 142	3,6	11	10,624171	11	–	–	–
Mecklenburg-Vorpommern	1 661 677	2,2	7	6,586942	7	–	–	–
Hamburg	1 499 486	2,0	6	5,944012	6	–	–	–
Niedersachsen	7 448 705 ¹⁾	9,9	29	29,526912	30	1	–	–
Bremen	578 009 ¹⁾	0,8	2	2,291247	2	–	–	–
Brandenburg	2 486 129	3,3	10	9,855097	10	–	–	–
Sachsen-Anhalt	2 410 123	3,2	10	9,553807	10	–	–	–
Berlin	2 930 548	3,9	12	11,616789	12	–	–	–
Nordrhein-Westfalen	16 120 299	21,5	64	252 268	64	–	–	–
Sachsen	4 141 813	5,5	17	16,418283	16	–	–	1
Hessen	5 390 589	7,2	21	21,368472	21	–	–	–
Thüringen	2 275 684	3,0	9	9,020886	9	–	–	–
Rheinland-Pfalz	3 737 309 ¹⁾	5,0	15	14,814816	15	–	–	–
Bayern	11 296 204	15,0	45	44,778524	45	–	–	–
Baden-Württemberg	9 460 060	12,6	37	37,499989	37	–	–	–
Saarland	959 038 ¹⁾	1,3	4	3,801658	4	–	–	–
Bundesgebiet	75 075 815	100	299	X	299	X	X	1

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung.

1) Bevölkerungszahlen enthalten nicht die Einbürgerungen für das Jahr 2006

Anlage 3

**Deutsche Bevölkerung*) und Verteilung der Wahlkreise auf die Länder seit dem 31. Dezember 2001
einschließlich der Zu- und Abnahme gegenüber dem 31. Dezember 2001**

Land	Deutsche Bevölkerung am					Zahl der Wahlkreise nach der deutschen Bevölkerung am					Zunahme bzw. Abnahme (c) gegenüber 31.12.2001				
	31.12.2001	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2003	31.12.2002	31.12.2001	31.12.2004	31.12.2005	31.12.2002	31.12.2003	31.12.2004	31.12.2005	
	Anzahl					auf Dezimalstellen									
Schleswig-Holstein	2 650 873	2 663 081	2 670 132	2 677 474	2 680 420	10,551	10,590	10,618	10,644	10,665	0,039	0,067	0,093	0,114	
Mecklenburg-Vorpommern	1 724 735	1 707 084	1 692 555	1 680 236	1 667 872	6,865	6,788	6,731	6,680	6,636	-0,077	-0,134	-0,185	-0,229	
Hamburg	1 465 255	1 473 687	1 481 513	1 490 429	1 495 714	5,832	5,860	5,891	5,925	5,951	0,028	0,059	0,093	0,119	
Niedersachsen	7 423 619	7 442 421	7 454 088	7 464 516	7 459 945	29,547	29,596	29,642	29,674	29,681	0,049	0,095	0,127	0,134	
Bremen	579 554	579 464	578 947	578 603	578 878	2,307	2,304	2,302	2,300	2,303	-0,003	-0,005	-0,007	-0,004	
Brandenburg	2 528 374	2 515 614	2 506 916	2 500 482	2 492 458	10,063	10,004	9,969	9,940	9,916	-0,059	-0,094	-0,123	-0,147	
Sachsen-Anhalt	2 533 921	2 500 189	2 472 432	2 447 314	2 422 993	10,085	9,942	9,832	9,729	9,641	-0,143	-0,253	-0,356	-0,444	
Berlin	2 947 657	2 947 648	2 941 152	2 933 283	2 928 671	11,732	11,722	11,696	11,661	11,653	-0,010	-0,036	-0,071	-0,079	
Nordrhein-Westfalen	16 064 050	16 096 568	16 114 531	16 130 796	16 130 722	63,938	64,011	64,081	64,126	64,180	0,073	0,143	0,188	0,242	
Sachsen	4 274 007	4 233 701	4 202 346	4 177 804	4 153 968	17,011	16,836	16,711	16,608	16,528	-0,175	-0,300	-0,403	-0,483	
Hessen	5 372 280	5 386 132	5 389 395	5 403 072	5 395 136	21,383	21,419	21,431	21,479	21,466	0,036	0,048	0,096	0,083	
Thüringen	2 366 366	2 345 408	2 325 700	2 307 463	2 286 802	9,419	9,327	9,248	9,173	9,099	-0,092	-0,171	-0,246	-0,320	
Rheinland-Pfalz	3 740 897	3 746 017	3 746 107	3 749 549	3 745 917	14,889	14,897	14,897	14,906	14,904	0,008	0,008	0,017	0,015	
Bayern	11 166 833	11 213 341	11 241 003	11 268 695	11 288 989	44,446	44,592	44,701	44,797	44,916	0,146	0,255	0,351	0,470	
Baden-Württemberg	9 306 032	9 363 582	9 402 298	9 435 702	9 457 741	37,040	37,236	37,389	37,511	37,630	0,196	0,349	0,471	0,590	
Saarland	977 593	974 789	970 736	967 492	962 666	3,891	3,876	3,860	3,846	3,830	-0,015	-0,031	-0,045	-0,061	
Bundesgebiet	75 122 046	75 188 726	75 189 851	75 212 910	75 148 892	X	X	X	X	X	X	X	X	X	

*) Fortgeschriebene deutsche Bevölkerung

Anlage 4

**Gegenwärtige Wahlkreise mit ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005
sowie einer Abweichung vom Bundesdurchschnitt um 15 Prozent und mehr*)**

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung ¹⁾
Schleswig-Holstein			
11	Lübeck	211 556	-15,8
Hamburg			
19	Hamburg-Mitte	297 755	18,5
20	Hamburg-Altona	210 140	-16,4
Niedersachsen			
36	Soltau-Fallingb. - Winsen L.	308 637	22,8
47	Hannover-Land II	289 394	15,1
Bremen			
54	Bremen I	298 588	18,8
Brandenburg			
56	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	205 383	-18,3
57	Uckermark - Barnim I	204 068	-18,8
58	Oberhavel - Havelland II	290 709	15,7
59	Märkisch-Oderland - Barnim II	292 116	16,2
61	Potsdam - Potsdam-Mittelmark II - Teltow-Fläming II	304 299	21,1
Nordrhein-Westfalen			
92	Erftkreis I	296 649	18,0
93	Euskirchen - Erftkreis II	300 279	19,5
106	Mettmann II	203 739	-18,9
117	Duisburg II	197 754	-21,3
120	Essen II	207 679	-17,4
122	Recklinghausen I	207 950	-17,3
133	Bielefeld	297 812	18,5
138	Paderborn	302 018	20,2
146	Hamm - Unna II	293 705	16,9
Sachsen			
158	Bautzen - Weißwasser	202 530	-19,4
161	Dresden II - Meißen I	297 414	18,3
166	Annaberg - Aue-Schwarzenberg	212 010	-15,6

noch Anlage 4

Wahlkreis		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
Nr.	Name	Anzahl	Abweichung ¹⁾
Hessen			
176	Fulda	296 979	18,2
178	Wetterau	303 205	20,6
181	Hanau	297 563	18,4
185	Groß-Gerau	208 077	-17,2
188	Odenwald	289 682	15,3
Rheinland-Pfalz			
199	Neuwied	301 659	20,0
204	Bitburg	205 864	-18,1
207	Mainz	292 218	16,3
Bayern			
214	Altötting	205 900	-18,1
217	Fürstenfeldbruck	300 193	19,4
218	Ingolstadt	304 348	21,1
225	Starnberg	307 058	22,2
227	Weilheim	306 883	22,1
228	Deggendorf	191 608	-23,8
229	Landshut	301 359	19,9
231	Rottal-Inn	199 921	-20,5
232	Straubing	212 030	-15,6
234	Regensburg	290 160	15,4
236	Weiden	212 539	-15,4
238	Bayreuth	199 008	-20,8
239	Coburg	197 093	-21,6
241	Kulmbach	211 587	-15,8
242	Ansbach	300 085	19,4
243	Erlangen	210 583	-16,2
244	Fürth	301 905	20,1
254	Augsburg-Land	298 329	18,7
258	Ostallgäu	296 860	18,1
Baden-Württemberg			
261	Böblingen	303 076	20,6
262	Esslingen	203 193	-19,2
268	Heilbronn	301 078	19,8
287	Schwarzwald-Baar	208 468	-17,1
293	Biberach	301 913	20,1
294	Ravensburg - Bodensee	303 761	20,9

*) Die Abweichungen der vorgeschlagenen Wahlkreise sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.

1) In % vom Bundesdurchschnitt: 251 334.

Anlage 5

Umfang der vorgeschlagenen Wahlkreisänderungen

Land	unverändert (einschl. geringfügiger Umsetzungen von Gemeindeteilen)	Wahlkreise						insgesamt
		die einen Ab- bzw. Zugang oder einen Ab- und Zugang von						
		weniger als 500	500 bis unter 10 000	10 000 bis unter 50 000	50 000 bis unter 100 000	100 000 und mehr		
Schleswig-Holstein	11	-	-	-	-	-	11	
Mecklenburg-Vorpommern	7	-	-	-	-	-	7	
Hamburg	6	-	-	-	-	-	6	
Niedersachsen	24	-	-	-	1	5	30	
Bremen	2	-	-	-	-	-	2	
Brandenburg	7	-	-	2	1	-	10	
Sachsen-Anhalt	5	-	1	-	-	4	10	
Berlin	12	-	-	-	-	-	12	
Nordrhein-Westfalen	64	-	-	-	-	-	64	
Sachsen	9	-	4	1	2	-	16	
Hessen	21	-	-	-	-	-	21	
Thüringen	9	-	-	-	-	-	9	
Rheinland-Pfalz	15	-	-	-	-	-	15	
Bayern	38	-	1	6	-	-	45	
Baden-Württemberg	35	-	2	-	-	-	37	
Saarland	4	-	-	-	-	-	4	
Bundesgebiet	269	-	8	9	4	9	299	

Anlage 6

**Nach den vorgeschlagenen Änderungen verbleibende Wahlkreise
mit einer Abweichung ihrer deutschen Bevölkerung am 31. Dezember 2005
vom Bundesdurchschnitt um 15 Prozent und mehr¹⁾**

Nr.	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Anzahl	Abweichung ¹⁾
Schleswig-Holstein			
11	Lübeck	211 556	-15,8
Hamburg			
19	Hamburg-Mitte	297 755	18,5
20	Hamburg-Altona	210 140	-16,4
Niedersachsen			
47	Hannover-Land II	289 394	15,1
Bremen			
54	Bremen I	298 588	18,8
Brandenburg			
56	Prignitz - Ostprignitz-Ruppin - Havelland I	205 383	-18,3
57	Uckermark - Barnim I	204 068	-18,8
58	Oberhavel - Havelland II	290 709	15,7
59	Märkisch-Oderland - Barnim II	292 116	16,2
Sachsen-Anhalt			
67	Börde - Jerichow	290 206	15,5
Nordrhein-Westfalen			
92	Erftkreis I	296 649	18,0
93	Euskirchen - Erftkreis II	300 279	19,5
106	Mettmann II	203 739	-18,9
117	Duisburg II	197 754	-21,3
120	Essen II	207 679	-17,4
122	Recklinghausen I	207 950	-17,3
133	Bielefeld	297 812	18,5
138	Paderborn	302 018	20,2
146	Hamm - Unna II	293 705	16,9
Sachsen			
158	Bautzen - Weißwasser	209 748	-16,5
161	Dresden II - Meißen I	293 190	16,7
165	Annaberg - Chemnitzer Land - Stollberg	303 530	20,8
167	Zwickauer Land - Zwickau - Aue-Schwarzenberg I	304 024	21,0
168	Vogtland - Plauen - Aue-Schwarzenberg II	303 996	21,0
Hessen			
176	Fulda	296 979	18,2
178	Wetterau	303 205	20,6
181	Hanau	297 563	18,4
185	Groß-Gerau	208 077	-17,2
188	Odenwald	289 682	15,3

noch Anlage 6

		Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
Nr.	Wahlkreis	Anzahl	Abweichung ¹⁾
Rheinland-Pfalz			
199	Neuwied	301 659	20,0
204	Bitburg	205 864	-18,1
207	Mainz	292 218	16,3
Bayern			
214	Altötting	205 900	-18,1
217	Fürstenfeldbruck	300 193	19,4
223	München-Land	294 114	17,0
225	Starnberg	1. Alt: 296 783	18,1
		2. Alt: 296 882	18,1
227	Weilheim	1. Alt: 299 880	19,3
		2. Alt: 299 781	19,3
228	Deggendorf	204 821	-18,5
229	Landshut	301 359	19,9
231	Rottal-Inn	199 921	-20,5
232	Straubing	212 030	-15,6
234	Regensburg	290 160	15,4
236	Weiden	212 539	-15,4
238	Bayreuth	199 008	-20,8
239	Coburg	197 093	-21,6
241	Kulmbach	211 587	-15,8
242	Ansbach	300 085	19,4
243	Erlangen	210 583	-16,2
244	Fürth	301 905	20,1
254	Augsburg-Land	298 329	18,7
258	Ostallgäu	296 860	18,1
Baden-Württemberg			
261	Böblingen	303 076	20,6
262	Esslingen	203 193	-19,2
268	Heilbronn	301 078	19,8
287	Schwarzwald-Baar	208 468	-17,1
293	Biberach	301 913	20,1
294	Ravensburg - Bodensee	294 355	17,1

*) Die Abweichungen der vorgeschlagenen Wahlkreise sind in dieser Tabelle nicht berücksichtigt.

1) In % vom Bundesdurchschnitt: 251334.

Anlage 7

Beschreibung der vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	

Niedersachsen

30	Cuxhaven – Stade I	<p>Landkreis Cuxhaven, vom Landkreis Stade die Gemeinde Drochtersen, die Samtgemeinden Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwörden, Hammah, Himmelpforten), Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg [Elbe], Krummendeich, Oederquart, Wischhafen), Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)</p>
31	Rotenburg I – Stade II	<p>Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel), Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36), vom Landkreis Stade</p>

noch Anlage 7

Nr.	Wahlkreis	Gebiet des Wahlkreises
	Name	
		<p>die Gemeinden</p> <p>Stadt Buxtehude, Jork, Stadt Stade,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Apensen (= Gemeinden Apensen, Beckdorf, Sauensiek),</p> <p>Fredenbeck (= Gemeinden Deinste, Fredenbeck, Kutenholz),</p> <p>Harsefeld (= Gemeinden Ahlerstedt, Bargstedt, Brest, Flecken Harsefeld),</p> <p>Horneburg (= Gemeinden Agathenburg, Bliedersdorf, Dollern, Flecken Horneburg, Nottensdorf),</p> <p>Lühe (= Gemeinden Grünendeich, Guderhandviertel, Hollern-Twielenfleth, Mittelnkirchen, Neuenkirchen, Steinkirchen)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 30)</p>
35	Osterholz – Verden	Landkreise Osterholz, Verden
36	Soltau-Fallingbostal – Rotenburg II	<p>Landkreis Soltau-Fallingbostal,</p> <p>vom Landkreis Rotenburg (Wümme)</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede),</p> <p>Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde),</p> <p>Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostal, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste),</p> <p>Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Bötersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)</p>

noch Anlage 7

Nr.	Wahlkreis	Gebiet des Wahlkreises
	Name	

- | | | |
|-----|------------------------------|--|
| 36a | Harburg | Landkreis Harburg |
| 37 | Lüchow-Dannenberg – Lüneburg | Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg |

Brandenburg

- | | | |
|----|--|---|
| 61 | Potsdam – Potsdam-Mittelmark II –
Teltow-Fläming II | <p>Kreisfreie Stadt Potsdam,
vom Landkreis Potsdam-Mittelmark
die amtsfreien Gemeinden
Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal,
Schwielowsee, Stahnsdorf, Teltow, Werder
(Havel)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60),
vom Landkreis Teltow-Fläming
die amtsfreien Gemeinden
Großbeeren, Ludwigsfelde
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 62)</p> |
| 62 | Dahme-Spreewald – Teltow-
Fläming III | <p>Landkreis Dahme-Spreewald,
vom Landkreis Teltow-Fläming
die amtsfreien Gemeinden
Am Mellensee, Baruth/Mark, Blankenfelde-
Mahlow, Luckenwalde, Niederer Fläming,
Nuthe-Urstromtal, Rangsdorf, Trebbin, Zossen,
das Amt
Dahme/Mark (= Gemeinden Dahme/Mark,
Dahmetal, Ihlow)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 61)</p> |
| 65 | Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz | Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz |

Sachsen-Anhalt

- | | | |
|----|------------------|--|
| 67 | Börde – Jerichow | <p>Bördekreis, Landkreis Jerichower Land, Ohrekreis,
vom Landkreis Anhalt-Zerbst
die Gemeinden</p> |
|----|------------------|--|

noch Anlage 7

Nr.	Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
	Name		
			Buhlendorf, Gehrden, Gödnitz, Hobeck, Loburg, Lübs, Moritz, Prödel, Rosian, Schweinitz, Walternienburg, Zeppernick (Übrige Gemeinden s. Wkr. 71, 72)
68	Harz		Landkreise Halberstadt, Quedlinburg, Wernigerode, vom Landkreis Aschersleben-Staßfurt die Gemeinde Falkenstein/Harz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 70)
70	Salzland		Landkreise Bernburg, Schönebeck, vom Landkreis Aschersleben-Staßfurt die Gemeinden Amesdorf, Aschersleben, Borne, Drohndorf, Egeln, Etgersleben, Freckleben, Friedrichsaue, Frose, Gatersleben, Giersleben, Groß Schierstedt, Hakeborn, Hecklingen, Hoym, Mehringen, Nachterstedt, Neundorf (Anhalt), Neu Königsau, Schackenthal, Schadeleben, Staßfurt, Tarthun, Unseburg, Westdorf, Westeregeln, Wilsleben, Wolmirsleben (Übrige Gemeinde s. Wkr. 68)
71	Dessau – Wittenberg		Kreisfreie Stadt Dessau, Landkreis Wittenberg, vom Landkreis Anhalt-Zerbst die Gemeinden Bräsen, Brandhorst, Buko, Cobbelsdorf, Coswig (Anhalt), Düben, Gohrau, Griebo, Griesen, Horstdorf, Hundeluft, Jeber-Bergfrieden, Kakau, Klieken, Köselitz, Möllensdorf, Oranienbaum, Ragösen, Rehsen, Riesigk, Roßlau (Elbe), Senst, Serno, Stackelitz, Thießen, Vockerode, Wörlitz, Wörpen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 67, 72)

noch Anlage 7

Nr.	Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
	Name		
72	Anhalt-Bitterfeld – Saalekreis		Landkreise Bitterfeld, Köthen, Saalkreis, vom Landkreis Anhalt-Zerbst die Gemeinden Bornum, Deetz, Dobritz, Grimme, Güterglück, Hohenlepte, Jütrichau, Leps, Lindau, Nedlitz, Nutha, Polenzko, Reuden, Steutz, Straguth, Zerbst, Zernitz (Übrige Gemeinden s. Wkr. 67, 71)
Sachsen			
157	Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky		Kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Löbau-Zittau, vom Niederschlesischen Oberlausitz- kreis die Gemeinden Markersdorf, Niesky, die Verwaltungsgemeinschaft Reichenbach/O.L. (= Gemeinden Königshain, Reichenbach/O.L., Sohland a. Rotstein, Vier- kirchen), der Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße (= Gemeinden Horka, Kodersdorf, Neißeau, Schöpstal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158)
158	Bautzen – Weißwasser		Landkreis Bautzen, vom Niederschlesischen Oberlausitz- kreis die Gemeinde Krauschwitz, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Muskau (= Gemeinden Bad Muskau, Gablenz), Boxberg/O.L. (= Gemeinden Boxberg/O.L., Klitten, Uhyst), Rietschen (= Gemeinden Kreba-Neudorf, Rietschen),

noch Anlage 7

Nr.	Wahlkreis	Gebiet des Wahlkreises
	Name	
		<p>Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.),</p> <p>Schleife (= Gemeinden Groß Düben, Schleife, Trebendorf),</p> <p>Weißwasser/O.L. (= Gemeinden Weißkeißel, Weißwasser/O.L.),</p> <p>der Verwaltungsverband</p> <p>Diehsa (= Gemeinden Hohendubrau, Mücka, Quitzdorf am See, Waldhufen)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 157)</p>
161	Dresden II – Meißen I	<p>Von der kreisfreien Stadt Dresden</p> <p>die Ortsamtsbereiche</p> <p>Cotta, Klotzsche, Loschwitz, Neustadt, Pieschen,</p> <p>die Ortschaften</p> <p>Altfranken, Cossebaude, Gompitz, Langebrück, Mobschatz, Oberwartha, Schönborn, Schönfeld-Weißig, Weixdorf</p> <p>(Übrige Ortsamtsbereiche s. Wkr. 160),</p> <p>vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Coswig, Moritzburg, Radebeul, Radeburg, Weinböhla</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 163)</p>
163	Döbeln – Mittweida – Meißen II	<p>Landkreise Döbeln, Mittweida,</p> <p>vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Diera-Zehren, Käbschütztal, Klipphausen, Lommatzsch, Meißen, Niederau, Nossen, Triebischtal,</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaft</p> <p>Ketzerbachtal (= Gemeinden Ketzerbachtal, Leuben-Schleinitz)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 161)</p>

noch Anlage 7

Nr.	Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
	Name		
165	Annaberg – Chemnitzer Land – Stollberg		Landkreise Annaberg, Chemnitzer Land, Stollberg
167	Zwickauer Land – Zwickau – Aue- Schwarzenberg I		Kreisfreie Stadt Zwickau, Landkreis Zwickauer Land, vom Landkreis Aue-Schwarzenberg die Gemeinden Aue, Bad Schlema, Bernsbach, Grünhain- Beierfeld, Lauter/Sa., Lößnitz, Schwarzen- berg/Erzgeb., die Verwaltungsgemeinschaften Breitenbrunn/Erzgeb. (= Gemeinden Breiten- brunn/Erzgeb., Rittersgrün), Raschau-Markersbach-Pöhla (= Gemeinden Markersbach, Pöhla, Raschau) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 168)
168	Vogtland – Plauen – Aue- Schwarzenberg II		Kreisfreie Stadt Plauen, Vogtlandkreis, vom Landkreis Aue-Schwarzenberg die Gemeinden Johanngeorgenstadt, Schneeberg, Schönheide, Stützengrün, die Verwaltungsgemeinschaften Eibenstock (= Gemeinden Eibenstock, Sosa), Zschorlau (= Gemeinden Bockau, Zschorlau) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 167)
Rheinland-Pfalz			
204	Bitburg		Eifelkreis Bitburg-Prüm, Landkreis Vulkaneifel, vom Landkreis Berncastel-Wittlich die verbandsfreie Gemeinde Wittlich, die Verbandsgemeinden

noch Anlage 7

Nr.	Wahlkreis	Gebiet des Wahlkreises
	Name	

Kröv-Bausendorf (= Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern, Kinheim, Kröv, Reil, Willwerscheid),

Manderscheid (= Gemeinden Bettenfeld, Dierfeld, Eckfeld, Eisenschmitt, Gipperath, Greimerath, Großlittgen, Hasborn, Karl, Laufeld, Manderscheid, Meerfeld, Musweiler, Niederöfflingen, Niederscheidweiler, Oberöfflingen, Oberscheidweiler, Pantenburg, Schladt, Schwarzenborn, Wallscheid),

Wittlich-Land (= Gemeinden Altrich, Arenrath, Bergweiler, Binsfeld, Bruch, Dierscheid, Dodenburg, Dreis, Esch, Gladbach, Heckenmünster, Heidweiler, Hetzerath, Hupperath, Klausen, Landscheid, Minderlittgen, Niersbach, Osann-Monzel, Platten, Plein, Rivenich, Salmtal, Sehlem)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 202)

Bayern

216 Freising

Landkreise Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm,
vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

die Gemeinden

Aresing, Schrobenhausen,

die Verwaltungsgemeinschaft

Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 218)

218 Ingolstadt

Kreisfreie Stadt Ingolstadt,

Landkreis Eichstätt,

vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

die Gemeinden

Burgheim, Ehekirchen, Karlshuld, Karlskron, Königsmoos, Neuburg a.d. Donau, Oberhausen, Rennertshofen, Weichering,

die Verwaltungsgemeinschaft

Neuburg a.d. Donau (= Gemeinden Bergheim, Rohrenfels)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 216)

noch Anlage 7

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	

223 München-Land

Landkreis München,
vom Landkreis Starnberg
die Gemeinden
Gauting, Krailling
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)

Alternative 1 für die Wahlkreise 225 und 227:

225 Starnberg

Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen,
Miesbach, vom Landkreis Landsberg am Lech
die Verwaltungsgemeinschaft
Schondorf a. Ammersee (= Gemeinden Eching
a. Ammersee, Greifenberg, Schondorf a.
Ammersee)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 227),
vom Landkreis Starnberg
die Gemeinden
Andechs, Berg, Feldafing, Gilching, Herrsching
a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking,
Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weißling, Wörthsee
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 223)

227 Weilheim

Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-
Schongau,
vom Landkreis Landsberg am Lech
die Gemeinden
Denklingen, Dießen a. Ammersee, Egling a.d.
Paar, Geltendorf, Kaufering, Landsberg am
Lech, Penzing, Utting a. Ammersee, Weil,
die Verwaltungsgemeinschaften
Fuchstal (= Gemeinden Fuchstal, Unterdießen),
Igling (= Gemeinden Hurlach, Igling,
Obermeitingen),
Prittriching (= Gemeinden Prittriching,
Scheuring),
Pürgen (= Gemeinden Hofstetten, Pürgen,
Schwifiting),
Reichling (= Gemeinden Apfeldorf, Kinsau,

noch Anlage 7

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	

Reichling, Rott, Thaining, Vilgertshofen),
Windach (= Gemeinden Eresing, Finning,
Windach)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)

Alternative 2 für die Wahlkreise 225 und 227:

225 Starnberg

Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen,
Miesbach,

vom Landkreis Starnberg

die Gemeinden

Andechs, Berg, Feldafing, Gilching, Herrsching
a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking,
Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 223),

vom Landkreis Weilheim-Schongau

die Gemeinde

Bernried,

die Verwaltungsgemeinschaft

Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 227)

227 Weilheim

Landkreise Garmisch-Partenkirchen,
Landsberg am Lech,

vom Landkreis Weilheim-Schongau

die Gemeinden

Hohenpeißenberg, Peißenberg, Peiting, Penz-
berg, Polling, Schongau, Weilheim i. OB,
Wessobrunn, Wielenbach,

die Verwaltungsgemeinschaften

Altenstadt (= Gemeinden Altenstadt, Hohen-
furch, Ingenried, Schwabbruck, Schwabsoien),

Bernbeuren (= Gemeinden Bernbeuren,
Burggen),

Habach (= Gemeinden Antdorf, Habach,
Obersöchering, Sindelsdorf),

Huglfing (= Gemeinden Eberfing, Eglfing,
Huglfing, Oberhausen),

Pähl-Raisting (= Gemeinden Pähl, Raisting),

Rottenbuch (= Gemeinden Böbing, Rotten-
buch),

noch Anlage 7

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	
		Steingaden (= Gemeinden Prem, Steingaden, Wildsteig)
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)
228	Deggendorf	Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau, vom Landkreis Passau die Gemeinden Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen (Übrige Gemeinden s. Wkr. 230)
230	Passau	Kreisfreie Stadt Passau, vom Landkreis Passau die Gemeinden Aldersbach, Bad Füssing, Bad Griesbach i. Rottal, Breitenberg, Büchlberg, Fürstzell, Haarbach, Hauzenberg, Hutthurm, Kirchham, Kößlarn, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn, Neukirchen vorm Wald, Oberzell, Ortenburg, Pocking, Ruderting, Ruhstorf a.d. Rott, Salzweg, Sonnen, Tettenweis, Thyrnau, Tiefenbach, Untergriesbach, Vilshofen an der Donau, Wegscheid, Windorf, die Verwaltungsgemeinschaften Aidenbach (= Gemeinden Aidenbach, Beutelsbach), Rotthalmünster (= Gemeinden Malching, Rotthalmünster), Tittling (= Gemeinden Tittling, Witzmannsberg) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 228)
246	Nürnberg-Süd	Kreisfreie Stadt Schwabach, von der kreisfreien Stadt Nürnberg die Bezirke 14 bis 21, 31 bis 55, 60 bis 63, 96, 97 (Übrige Bezirke s. Wkr. 245)

noch Anlage 7

Wahlkreis		Gebiet des Wahlkreises
Nr.	Name	

Baden-Württemberg

- 294 Ravensburg – Bodensee** Bodenseekreis,
vom Landkreis Ravensburg
die Gemeinden
Baienfurt, Baintdt, Berg, Bodnegg, Fronreute,
Grünkraut, Horgenzell, Ravensburg, Schlier,
Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf,
Wolpertswende
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 295)
- 295 Zollernalb – Sigmaringen** Landkreis Sigmaringen,
vom Landkreis Ravensburg
die Gemeinden
Altshausen, Aulendorf, Boms, Ebenweiler,
Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleisch-
wangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Königs-
eggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 294),
vom Zollernalbkreis
die Gemeinden
Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormet-
tingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch,
Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen,
Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schöm-
berg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen,
Winterlingen, Zimmern unter der Burg
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 291)

Anlage 8

**Beschreibung der gegenwärtigen
und vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise
(vergleichende Übersicht)**

**(Durchschnittliche Bevölkerungszahl aller
Bundestagswahlkreise am 31. Dezember 2005: 251 334)**

**Beschreibung der gegenwärtigen und vorgeschlagenen Bundestagswahlkreise
(vergleichende Übersicht)**

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	

Niedersachsen

<p>30 Cuxhaven – Osterholz</p> <p>Landkreis Osterholz, vom Landkreis Cuxhaven</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Stadt Cuxhaven, Stadt Langen, Loxstedt, Nordholz, Schiffdorf,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Bederkesa (= Gemeinden Flecken Bad Bederkesa, Drangstedt, Elmlohe, Flögeln, Köhlen, Kührstedt, Lintig, Ringstedt),</p> <p>Beverstedt (= Gemeinden Appeln, Flecken Beverstedt, Bokel, Frelsdorf, Heerstedt, Hollen, Kirchwiestedt, Lunestedt, Stubben),</p> <p>Hagen (= Gemeinden Bramstedt, Driftsethe, Hagen im Bremischen, Sandstedt, Uthlede, Wulsbüttel),</p> <p>Land Wursten (= Gemeinden Cappel, Dorum, Midlum, Misselwarden, Mulsum, Padingbüttel, Wremen)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)</p> <p>(Einw.: 254 251 1,2 %)</p>	<p>35 Landkreis Osterholz (Einw.: 107 833)</p>	<p>31 Vom Landkreis Cuxhaven</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Am Dobrock (= Gemeinden Belum, Bülkau, Cadenberge, Geversdorf, Flecken Neuhaus [Oste], Oberndorf, Wingsst),</p> <p>Börde Lamstedt (= Gemeinden Armstorf, Hollnseth, Lamstedt, Mittelstenae, Stinstedt),</p> <p>Hadeln (= Gemeinden Neuenkirchen, Nordleda, Osterbruch, Stadt Otterndorf),</p> <p>Hemmoor (= Gemeinden Hechtenhausen, Stadt Hemmoor, Osten),</p> <p>Sietland (= Gemeinden Ihlienworth, Odisheim, Steinau, Wanna),</p> <p>vom Landkreis Stade</p> <p>die Gemeinde</p> <p>Drochtersen,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwürden, Hammah, Himmelpforten),</p> <p>Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg [Elbe], Krummendeich, Oederquart, Wischhafen),</p> <p>Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf)</p> <p>(Einw.: 83 703)</p>	<p>30 Cuxhaven – Stade I</p> <p>Landkreis Cuxhaven, vom Landkreis Stade</p> <p>die Gemeinde</p> <p>Drochtersen,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwürden, Hammah, Himmelpforten),</p> <p>Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg [Elbe], Krummendeich, Oederquart, Wischhafen),</p> <p>Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)</p> <p>(Einw.: 230 121 - 8,4 %)</p>
---	---	---	--

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg

<p>31 Stade – Cuxhaven</p> <p>Landkreis Stade, vom Landkreis Cuxhaven</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Am Dobrock (= Gemeinden Belum, Bülkau, Cadenberge, Geversdorf, Flecken Neuhaus [Oste], Oberndorf, Wingsst),</p> <p>Börde Lamstedt (= Gemeinden Armstorf, Hollnseth, Lamstedt, Mittelstenae, Stinstedt),</p> <p>Hadeln (= Gemeinden Neuenkirchen, Nordleda, Osterbruch, Stadt Otterndorf),</p> <p>Hemmoor (= Gemeinden Hechtenhausen, Stadt Hemmoor, Osten),</p>	<p>30 Vom Landkreis Cuxhaven</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Am Dobrock (= Gemeinden Belum, Bülkau, Cadenberge, Geversdorf, Flecken Neuhaus [Oste], Oberndorf, Wingsst),</p> <p>Börde Lamstedt (= Gemeinden Armstorf, Hollnseth, Lamstedt, Mittelstenae, Stinstedt),</p> <p>Hadeln (= Gemeinden Neuenkirchen, Nordleda, Osterbruch, Stadt Otterndorf),</p> <p>Hemmoor (= Gemeinden Hechtenhausen, Stadt Hemmoor, Osten),</p> <p>Sietland (= Gemeinden Ihlienworth, Odisheim, Steinau,</p>	<p>35 Vom Landkreis Rotenburg (Wümme)</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Stadt Bremervörde, Gnarrenburg,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel),</p> <p>Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen),</p> <p>Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt),</p>	<p>31 Rotenburg I – Stade II</p> <p>Vom Landkreis Rotenburg (Wümme)</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Stadt Bremervörde, Gnarrenburg,</p> <p>die Samtgemeinden</p> <p>Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel),</p> <p>Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen),</p> <p>Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bülstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt),</p>
--	--	--	--

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis Gebietsstand 31. Dezember 2005	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	von Wahlkreis Gebietsstand 31. Dezember 2005	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
Sietland (= Gemeinden Ihlienworth, Odisheim, Steinau, Wanna) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 30) (Einw.: 233 610 - 7,1 %)	Wanna), vom Landkreis Stade die Gemeinde Drochtersen, die Samtgemeinden Himmelpforten (= Gemeinden Düdenbüttel, Engelschoff, Großenwürden, Hammah, Himmelpforten), Nordkehdingen (= Gemeinden Balje, Flecken Freiburg [Elbe], Krummendeich, Oederquart, Wischhafen), Oldendorf (= Gemeinden Burweg, Estorf, Heinbockel, Kranenburg, Oldendorf) (Einw.: 83 703)		Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Einw.: 73 855)		Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36), vom Landkreis Stade die Gemeinden Stadt Buxtehude, Jork, Stadt Stade, die Samtgemeinden Apensen (= Gemeinden Apensen, Beckdorf, Sauensiek), Fredenbeck (= Gemeinden Deinste, Fredenbeck, Kutenholz), Harsefeld (= Gemeinden Ahlerstedt, Bargstedt, Brest, Flecken Harsefeld), Horneburg (= Gemeinden Agathenburg, Bliedersdorf, Dollern, Flecken Horneburg, Nottensdorf), Lühe (= Gemeinden Grünendeich, Guderhandviertel, Hollern-Twiefelfleth, Mittelkirchen, Neuenkirchen, Steinkirchen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 30) (Einw.: 223 762 - 11,0 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg

35 Rotenburg – Verden Landkreise Rotenburg (Wümme), Verden (Einw.: 283 161 12,7 %)	31 Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Bremervörde, Gnarrenburg, die Samtgemeinden Geestequelle (= Gemeinden Alfstedt, Basdahl, Ebersdorf, Hipstedt, Oerel), Selsingen (= Gemeinden Anderlingen, Deinstedt, Farven, Ostereistedt, Rhade, Sandbostel, Seedorf, Selsingen), Tarmstedt (= Gemeinden Breddorf, Bühlstedt, Hepstedt, Kirchtimke, Tarmstedt, Vorwerk, Westertimke, Wilstedt), Zeven (= Gemeinden Elsdorf, Gyhum, Heeslingen, Stadt Zeven) (Einw.: 73 855)	30 Landkreis Osterholz (Einw.: 107 833)	35 Osterholz – Verden Landkreise Osterholz, Verden (Einw.: 234 011 - 6,9 %)
	36 Vom Landkreis Rotenburg (Wümme) die Gemeinden Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede, die Samtgemeinden Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede),		

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde),

Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste),

Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Böttersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum)

(Einw.: 83 128)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg

36 Soltau-Fallingbostel – Winsen L.	36a	35	36 Soltau-Fallingbostel – Rotenburg II
Vom Landkreis Harburg	Vom Landkreis Harburg	Vom Landkreis Rotenburg (Wümme)	Landkreis Soltau-Fallingbostel,
die Gemeinden	die Gemeinden	die Gemeinden	vom Landkreis Rotenburg (Wümme)
Stadt Buchholz in der Nordheide, Neu Wulmstorf, Rosengarten, Seevetal, Stelle, Stadt Winsen (Luhe),	Stadt Buchholz in der Nordheide, Neu Wulmstorf, Rosengarten, Seevetal, Stelle, Stadt Winsen (Luhe),	Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede,	die Gemeinden
die Samtgemeinden	die Samtgemeinden	die Samtgemeinden	Stadt Rotenburg (Wümme), Scheeßel, Stadt Visselhövede,
Hollenstedt (= Gemeinden Appel, Drestedt, Halvesbostel, Hollenstedt, Moissburg, Regesbostel, Wenzendorf),	Hollenstedt (= Gemeinden Appel, Drestedt, Halvesbostel, Hollenstedt, Moissburg, Regesbostel, Wenzendorf),	Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede),	die Samtgemeinden
Jesteburg (= Gemeinden Bendestorf, Harmstorf, Jesteburg),	Jesteburg (= Gemeinden Bendestorf, Harmstorf, Jesteburg),	Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde),	Bothel (= Gemeinden Bothel, Brockel, Hemsbünde, Hemslingen, Kirchwalsede, Westerwalsede),
Tostedt (= Gemeinden Dohren, Handeloh, Heidenau, Kakenstorf, Königsmoor, Otter, Tostedt, Welle, Wistedt)	Tostedt (= Gemeinden Dohren, Handeloh, Heidenau, Kakenstorf, Königsmoor, Otter, Tostedt, Welle, Wistedt)	Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste),	Fintel (= Gemeinden Fintel, Helvesiek, Lauenbrück, Stemmen, Vahlde),
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 37),	(Einw.: 193 661)	Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Böttersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum)	Sittensen (= Gemeinden Groß Meckelsen, Hamersen, Kalbe, Klein Meckelsen, Lengenbostel, Sittensen, Tiste, Vierden, Wohnste),
vom Landkreis Soltau-Fallingbostel		(Einw.: 83 128)	Sottrum (= Gemeinden Ahausen, Böttersen, Hassendorf, Hellwege, Horstedt, Reeßum, Sottrum)
die Gemeinden		37	(Übrige Gemeinden s. Wkr. 31)
Bispingen, Bomlitz, Stadt Bad Fallingbostel, Neuenkirchen, Stadt Schneverdingen, Stadt Soltau, Stadt Walsrode, gemeindefreier Bezirk Osterheide,		Vom Landkreis Soltau-Fallingbostel	(Einw.: 218 452 - 13,1 %)
die Samtgemeinden		die Gemeinden	
Ahlden (= Gemeinden Flecken Ahlden [Aller], Eickeloh, Grethem, Hademstorf, Hodenhagen),		Stadt Munster, Wietzendorf	
Rethem/Aller (= Gemeinden Böhme, Frankenfeld, Häuslingen, Stadt Rethem [Aller]),		(Einw.: 20 348)	
Schwarmstedt (= Gemeinden Buchholz [Aller], Essel, Gilten, Lindwedel, Schwarmstedt)			
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 37)			
(Einw.: 308 637 22,8 %)			

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg und Überschreitung der Toleranzgrenze

36	36a Harburg
Vom Landkreis Harburg	Landkreis Harburg
die Gemeinden	
Stadt Buchholz in der Nordheide, Neu Wulmstorf, Rosengarten, Seevetal, Stelle, Stadt Winsen (Luhe),	(Einw.: 230 335 - 8,4 %)

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

die Samtgemeinden
 Hollenstedt (= Gemeinden Appel, Drestedt, Halvesbostel, Hollenstedt, Moisburg, Regesbostel, Wenzendorf),
 Jesteburg (= Gemeinden Bendestorf, Harmstorf, Jesteburg),
 Tostedt (= Gemeinden Dohren, Handeloh, Heidenau, Kakenstorf, Königsmoor, Otter, Tostedt, Welle, Wistedt)

(Einw.: 193 661)

37
 Vom Landkreis Harburg

die Samtgemeinden
 Elbmarsch (= Gemeinden Drage, Marschacht, Tespe),
 Hanstedt (= Gemeinden Asendorf, Brackel, Egestorf, Hanstedt, Marxen, Undeloh),
 Salzhausen (= Gemeinden Eyendorf, Garlstorf, Garstedt, Gödensstorf, Salzhausen, Toppenstedt, Vierhöfen, Wulfesen)

(Einw.: 36 674)

Bemerkungen: Neubildung des Wahlkreises

37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, vom Landkreis Harburg die Samtgemeinden Elbmarsch (= Gemeinden Drage, Marschacht, Tespe), Hanstedt (= Gemeinden Asendorf, Brackel, Egestorf, Hanstedt, Marxen, Undeloh), Salzhausen (= Gemeinden Eyendorf, Garlstorf, Garstedt, Gödensstorf, Salzhausen, Toppenstedt, Vierhöfen, Wulfesen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36), vom Landkreis Soltau-Fallingbostel die Gemeinden Stadt Munster, Wietzendorf (Übrige Gemeinden s. Wkr. 36) (Einw.: 271 606 8,1 %)	36 Vom Landkreis Soltau-Fallingbostel die Gemeinden Stadt Munster, Wietzendorf (Einw.: 20 348) 36a Vom Landkreis Harburg die Samtgemeinden Elbmarsch (= Gemeinden Drage, Marschacht, Tespe), Hanstedt (= Gemeinden Asendorf, Brackel, Egestorf, Hanstedt, Marxen, Undeloh), Salzhausen (= Gemeinden Eyendorf, Garlstorf, Garstedt, Gödensstorf, Salzhausen, Toppenstedt, Vierhöfen, Wulfesen) (Einw.: 36 674)	37 Lüchow-Dannenberg – Lüneburg Landkreise Lüchow-Dannenberg, Lüneburg (Einw.: 214 584 - 14,6 %)
---	--	---

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Neubildung des Wahlkreises 36a Harburg

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

Brandenburg

<p>61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II</p> <p>Kreisfreie Stadt Potsdam,</p> <p>vom Landkreis Potsdam-Mittelmark</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Stahnsdorf, Teltow, Werder (Havel)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60),</p> <p>vom Landkreis Teltow-Fläming</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Blankenfelde-Mahlow, Großbeeren, Ludwigsfelde, Rangsdorf</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 62)</p> <p>(Einw.: 304 299 21,1 %)</p>	<p>62</p> <p>Vom Landkreis Teltow-Fläming</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf</p> <p>(Einw.: 32 891)</p>	<p>61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II</p> <p>Kreisfreie Stadt Potsdam,</p> <p>vom Landkreis Potsdam-Mittelmark</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Kleinmachnow, Michendorf, Nuthetal, Schwielowsee, Stahnsdorf, Teltow, Werder (Havel)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60),</p> <p>vom Landkreis Teltow-Fläming</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Großbeeren, Ludwigsfelde</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 62)</p> <p>(Einw.: 271 408 8,0 %)</p>
---	---	--

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze

<p>62 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III – Oberspreewald-Lausitz I</p> <p>Landkreis Dahme-Spreewald,</p> <p>vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz</p> <p>die amtsfreie Gemeinde</p> <p>Lübbenau/Spreewald</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 65),</p> <p>vom Landkreis Teltow-Fläming</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Am Mellensee, Baruth/Mark, Luckenwalde, Niederer Fläming, Nuthe-Urstromtal, Trebbin, Zossen,</p> <p>das Amt</p> <p>Dahme/Mark (= Gemeinden Dahme/Mark, Dahmetal, Ihlow)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 61)</p> <p>(Einw.: 250 777 - 0,2 %)</p>	<p>65</p> <p>Vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz</p> <p>die amtsfreie Gemeinde</p> <p>Lübbenau/Spreewald</p> <p>(Einw.: 17 671)</p>	<p>61</p> <p>Vom Landkreis Teltow-Fläming</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Blankenfelde-Mahlow, Rangsdorf</p> <p>(Einw.: 32 891)</p>	<p>62 Dahme-Spreewald – Teltow-Fläming III</p> <p>Landkreis Dahme-Spreewald,</p> <p>vom Landkreis Teltow-Fläming</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Am Mellensee, Baruth/Mark, Blankenfelde-Mahlow, Luckenwalde, Niederer Fläming, Nuthe-Urstromtal, Rangsdorf, Trebbin, Zossen,</p> <p>das Amt</p> <p>Dahme/Mark (= Gemeinden Dahme/Mark, Dahmetal, Ihlow)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 60, 61)</p> <p>(Einw.: 265 997 5,8 %)</p>
--	--	---	---

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Fläming II

<p>65 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz II</p> <p>Landkreis Elbe-Elster,</p> <p>vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz</p> <p>die amtsfreien Gemeinden</p> <p>Calau, Großbräschen, Lauchhammer, Schipkau, Schwarzheide, Senftenberg, Vetschau/Spreewald,</p>	<p>62</p> <p>Vom Landkreis Oberspreewald-Lausitz</p> <p>die amtsfreie Gemeinde</p> <p>Lübbenau/Spreewald</p> <p>(Einw.: 17 671)</p>	<p>65 Elbe-Elster – Oberspreewald-Lausitz</p> <p>Landkreise Elbe-Elster, Oberspreewald-Lausitz</p> <p>(Einw.: 248 506 - 1,1 %)</p>
--	--	---

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

die Ämter

Altdöbern (= Gemeinden Altdöbern, Bronkow, Luckaitztal, Neupetershain, Neu-Seeland),

Ortrand (= Gemeinden Frauendorf, Großmehlen, Kroppen, Lindenau, Ortrand, Tettau),

Ruhland (= Gemeinden Grünewald, Guteborn, Hermsdorf, Hohenbocka, Ruhland, Schwarzbach)

(Übrige Gemeinde s. Wkr. 62)

(Einw.: 230 835 - 8,2 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 61 Potsdam – Potsdam-Mittelmark II – Teltow-Flaming II

Sachsen-Anhalt

67 Elbe-Havel-Gebiet

Landkreise Anhalt-Zerbst, Jerichower Land, Ohrekreis

(Einw.: 277 061 10,2 %)

71

Vom Landkreis Anhalt-Zerbst

die Gemeinden

Bräsen, Brandhorst, Buko, Cobbelsdorf, Coswig (Anhalt), Düben, Gohrau, Griebow, Griesen, Horstdorf, Hundeluft, Jeber-Bergfrieden, Kakau, Klieken, Köselitz, Möllensdorf, Oranienbaum, Ragösen, Rehsen, Riesigk, Roßlau (Elbe), Senst, Serno, Stackelitz, Thießßen, Vockerode, Wörlitz, Wörpen

(Einw.: 37 978)

72

Vom Landkreis Anhalt-Zerbst

die Gemeinden

Bornum, Deetz, Dobritz, Grimme, Güterglück, Hohenlepte, Jütrichau, Leps, Lindau, Nedlitz, Nutha, Polenzko, Reuden, Steutz, Straguth, Zerbst, Zernitz

(Einw.: 23 342)

70

Bördekreis

(Einw.: 74 465)

67 Börde – Jerichow

Bördekreis, Landkreis Jerichower Land, Ohrekreis,

vom Landkreis Anhalt-Zerbst

die Gemeinden

Buhldorf, Gehrden, Gödnitz, Hobeck, Loburg, Lübs, Moritz, Prödel, Rosian, Schweinitz, Walternienburg, Zeppernick

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 71, 72)

(Einw.: 290 206 15,5 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung zur Anpassung an die angestrebte Kreisgebietsneuregelung zum 01.07.2007

68 Harz

Landkreise Halberstadt, Quedlinburg, Wernigerode

(Einw.: 237 862 - 5,4 %)

70

Vom Landkreis Aschersleben-Staßfurt

die Gemeinde

Falkenstein/Harz

(Einw.: 6 330)

68 Harz

Landkreise Halberstadt, Quedlinburg, Wernigerode,

vom Landkreis Aschersleben-Staßfurt

die Gemeinde

Falkenstein/Harz

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 70)

(Einw.: 244 192 - 2,8 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung zur Anpassung an die angestrebte Kreisgebietsneuregelung zum 01.07.2007

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 Gebietsstand 31. Dezember 2005	von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 Gebietsstand 31. Dezember 2005		

70 Börde
Landkreis Aschersleben-Staßfurt, Bördekreis, Landkreis Schönebeck
(Einw.: 239 535 - 4,7 %)

67
Bördekreis
(Einw.: 74 465)

68
Vom Landkreis Aschersleben-Staßfurt
die Gemeinde
Falkenstein/Harz
(Einw.: 6 330)

72
Landkreis Bernburg
(Einw.: 64 395)

70 Salzland
Landkreise Bernburg, Schönebeck,
vom Landkreis Aschersleben-Staßfurt
die Gemeinden

Amesdorf, Aschersleben, Borne, Drohndorf, Egeln, Etgersleben, Freckleben, Friedrichsaue, Frose, Gatersleben, Giersleben, Groß Schierstedt, Hakeborn, Hecklingen, Hoym, Mehringen, Nachterstedt, Neundorf (Anhalt), Neu Königsau, Schackenthal, Schadeleben, Staßfurt, Tarthun, Unseburg, Westdorf, Westeregeln, Wilsleben, Wolmirsleben

(Übrige Gemeinde s. Wkr. 68)

(Einw.: 223 135 - 11,2 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung zur Anpassung an die angestrebte Kreisgebietsneuregelung zum 01.07.2007

71 Anhalt
Kreisfreie Stadt Dessau,
Landkreise Köthen, Wittenberg
(Einw.: 261 649 4,1 %)

72
Landkreis Köthen
(Einw.: 64 409)

67
Vom Landkreis Anhalt-Zerbst
die Gemeinden
Bräsen, Brandhorst, Buko, Cobbelsdorf, Coswig (Anhalt), Düben, Gohrau, Griebo, Griesen, Horstdorf, Hundeluft, Jeber-Bergfrieden, Kakau, Klieken, Köselitz, Möllensdorf, Oranienbaum, Ragösen, Rehsen, Riesigk, Roßlau (Elbe), Senst, Serno, Stackelitz, Thießen, Vockerode, Wörlitz, Wörpen
(Einw.: 37 978)

71 Dessau – Wittenberg
Kreisfreie Stadt Dessau,
Landkreis Wittenberg,
vom Landkreis Anhalt-Zerbst

die Gemeinden
Bräsen, Brandhorst, Buko, Cobbelsdorf, Coswig (Anhalt), Düben, Gohrau, Griebo, Griesen, Horstdorf, Hundeluft, Jeber-Bergfrieden, Kakau, Klieken, Köselitz, Möllensdorf, Oranienbaum, Ragösen, Rehsen, Riesigk, Roßlau (Elbe), Senst, Serno, Stackelitz, Thießen, Vockerode, Wörlitz, Wörpen

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 67, 72)

(Einw.: 235 218 - 6,4 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung zur Anpassung an die angestrebte Kreisgebietsneuregelung zum 01.07.2007

72 Bernburg – Bitterfeld – Saalkreis
Landkreise Bernburg, Bitterfeld, Saalkreis
(Einw.: 238 410 - 5,1 %)

70
Landkreis Bernburg
(Einw.: 64 395)

67
Vom Landkreis Anhalt-Zerbst
die Gemeinden
Bornum, Deetz, Dobritz, Grimme, Güterglück, Hohenlepte, Jütrichau, Leps, Lindau, Nedlitz, Nutha, Polenzko, Reuden, Steutz, Straguth, Zerbst, Zernitz
(Einw.: 23 342)

71
Landkreis Köthen
(Einw.: 64 409)

72 Anhalt-Bitterfeld – Saalekreis
Landkreise Bitterfeld, Köthen, Saalkreis,
vom Landkreis Anhalt-Zerbst

die Gemeinden
Bornum, Deetz, Dobritz, Grimme, Güterglück, Hohenlepte, Jütrichau, Leps, Lindau, Nedlitz, Nutha, Polenzko, Reuden, Steutz, Straguth, Zerbst, Zernitz

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 67, 71)

(Einw.: 261 766 4,2 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung zur Anpassung an die angestrebte Kreisgebietsneuregelung zum 01.07.2007

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	

Sachsen

<p>157 Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky Kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Löbau-Zittau, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinden Markersdorf, Niesky, die Verwaltungsgemeinschaften Reichenbach/O.L. (= Gemeinden Königshain, Reichenbach/O.L., Sohland a. Rotstein, Vierkirchen), Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.), der Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße (= Gemeinden Horka, Kodersdorf, Neißeau, Schöpstal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158) (Einw.: 237 397 - 5,5 %)</p>	<p>158 Vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.) (Einw.: 7 218)</p>	<p>157 Löbau-Zittau – Görlitz – Niesky Kreisfreie Stadt Görlitz, Landkreis Löbau-Zittau, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinden Markersdorf, Niesky, die Verwaltungsgemeinschaft Reichenbach/O.L. (= Gemeinden Königshain, Reichenbach/O.L., Sohland a. Rotstein, Vierkirchen), der Verwaltungsverband Weißer Schöps/Neiße (= Gemeinden Horka, Kodersdorf, Neißeau, Schöpstal) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 158) (Einw.: 230 179 - 8,4 %)</p>
--	---	--

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 158 Bautzen – Weißwasser

<p>158 Bautzen – Weißwasser Landkreis Bautzen, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinde Krauschwitz, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Muskau (= Gemeinden Bad Muskau, Gablenz), Boxberg/O.L. (= Gemeinden Boxberg/O.L., Klitten, Uhyst), Rietschen (= Gemeinden Kreba-Neudorf, Rietschen), Schleife (= Gemeinden Groß Düben, Schleife, Trebendorf), Weißwasser/O.L. (= Gemeinden Weißkeißel, Weißwasser/O.L.), der Verwaltungsverband Diehsa (= Gemeinden Hohen-dubrau, Mücka, Quitzdorf am See, Waldhufen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 157) (Einw.: 202 530 - 19,4 %)</p>	<p>157 Vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Verwaltungsgemeinschaft Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.) (Einw.: 7 218)</p>	<p>158 Bautzen – Weißwasser Landkreis Bautzen, vom Niederschlesischen Oberlausitzkreis die Gemeinde Krauschwitz, die Verwaltungsgemeinschaften Bad Muskau (= Gemeinden Bad Muskau, Gablenz), Boxberg/O.L. (= Gemeinden Boxberg/O.L., Klitten, Uhyst), Rietschen (= Gemeinden Kreba-Neudorf, Rietschen), Rothenburg/O.L. (= Gemeinden Hähnichen, Rothenburg/O.L.), Schleife (= Gemeinden Groß Düben, Schleife, Trebendorf), Weißwasser/O.L. (= Gemeinden Weißkeißel, Weißwasser/O.L.), der Verwaltungsverband Diehsa (= Gemeinden Hohen-dubrau, Mücka, Quitzdorf am See, Waldhufen) (Übrige Gemeinden s. Wkr. 157) (Einw.: 209 748 - 16,5 %)</p>
--	---	--

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
an Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	von Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Einw.: =	Einw.: =

<p>161 Dresden II – Meißen I</p> <p>Vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinde</p> <p>Niederau (Einw.: 4 224)</p> <p>die Ortschaften</p> <p>Altfranken, Cossebaude, Gompitz, Langebrück, Mobschatz, Oberwartha, Schönborn, Schönfeld-Weißig, Weixdorf</p> <p>(Übrige Ortschaften s. Wkr. 160),</p> <p>vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Coswig, Moritzburg, Niederau, Radebeul, Radeburg, Weinböhla</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 163)</p> <p>(Einw.: 297 414 18,3 %)</p>	<p>163</p> <p>Vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinde</p> <p>Niederau (Einw.: 4 224)</p>	<p>161 Dresden II – Meißen I</p> <p>Von der kreisfreien Stadt Dresden</p> <p>die Ortschaften</p> <p>Cotta, Klotzsche, Loschwitz, Neustadt, Pieschen,</p> <p>die Ortschaften</p> <p>Altfranken, Cossebaude, Gompitz, Langebrück, Mobschatz, Oberwartha, Schönborn, Schönfeld-Weißig, Weixdorf</p> <p>(Übrige Ortschaften s. Wkr. 160),</p> <p>vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Coswig, Moritzburg, Radebeul, Radeburg, Weinböhla</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 163)</p> <p>(Einw.: 293 190 16,7 %)</p>
--	--	---

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze

<p>163 Döbeln – Mittweida – Meißen II</p> <p>Landkreise Döbeln, Mittweida,</p> <p>vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Diera-Zehren, Käbschütztal, Klipphausen, Lommatzsch, Meißen, Nossen, Triebischtal,</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaft</p> <p>Ketzerbachtal (= Gemeinden Ketzerbachtal, Leuben-Schleinitz)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 161)</p> <p>(Einw.: 264 001 5,0 %)</p>	<p>161</p> <p>Vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinde</p> <p>Niederau (Einw.: 4 224)</p>	<p>163 Döbeln – Mittweida – Meißen II</p> <p>Landkreise Döbeln, Mittweida,</p> <p>vom Landkreis Meißen</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Diera-Zehren, Käbschütztal, Klipphausen, Lommatzsch, Meißen, Niederau, Nossen, Triebischtal,</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaft</p> <p>Ketzerbachtal (= Gemeinden Ketzerbachtal, Leuben-Schleinitz)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 161)</p> <p>(Einw.: 268 225 6,7 %)</p>
---	--	---

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 161 Dresden II – Meißen I

<p>165 Chemnitzer Land – Stollberg</p> <p>Landkreise Chemnitzer Land, Stollberg</p> <p>(Einw.: 220 981 -12,1 %)</p>	<p>166</p> <p>Landkreis Annaberg (Einw.: 82 549)</p>	<p>165 Annaberg – Chemnitzer Land – Stollberg</p> <p>Landkreise Annaberg, Chemnitzer Land, Stollberg</p> <p>(Einw.: 303 530 20,8 %)</p>
--	---	--

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 166 Annaberg – Aue-Schwarzenberg

<p>166 Annaberg – Aue-Schwarzenberg</p> <p>Landkreise Annaberg, Aue-Schwarzenberg</p> <p>(Einw.: 212 010 -15,6 %)</p>	<p>165</p> <p>Landkreis Annaberg (Einw.: 82 549)</p> <p>167</p> <p>Vom Landkreis Aue-Schwarzenberg</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Aue, Bad Schlema, Bernsbach, Grünhain-Beierfeld, Lauter/Sa., Löbnitz, Schwarzenberg/Erzgeb.,</p>
--	---

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

die Verwaltungsgemeinschaften

Breitenbrunn/Erzgeb. (= Gemeinden Breitenbrunn/Erzgeb., Rittersgrün),

Raschau-Markersbach-Pöhl (= Gemeinden Markersbach, Pöhl, Raschau)

(Einw.: 81 488)

168

Vom Landkreis Aue-Schwarzenberg

die Gemeinden

Johanngeorgenstadt, Schneeberg, Schönheide, Stützengrün,

die Verwaltungsgemeinschaften

Eibenstock (= Gemeinden Eibenstock, Sosa),

Zschorlau (= Gemeinden Bockau, Zschorlau)

(Einw.: 47 973)

Bemerkungen: Wegfall des Wahlkreises

167 Zwickauer Land – Zwickau

Kreisfreie Stadt Zwickau,

Landkreis Zwickauer Land

(Einw.: 222 536 - 11,5 %)

166

Vom Landkreis Aue-Schwarzenberg

die Gemeinden

Aue, Bad Schlema, Bernsbach, Grünhain-Beierfeld, Lauter/Sa., Löbnitz, Schwarzenberg/Erzgeb.,

die Verwaltungsgemeinschaften

Breitenbrunn/Erzgeb. (= Gemeinden Breitenbrunn/Erzgeb., Rittersgrün),

Raschau-Markersbach-Pöhl (= Gemeinden Markersbach, Pöhl, Raschau)

(Einw.: 81 488)

167 Zwickauer Land – Zwickau – Aue-Schwarzenberg I

Kreisfreie Stadt Zwickau,

Landkreis Zwickauer Land,

vom Landkreis Aue-Schwarzenberg

die Gemeinden

Aue, Bad Schlema, Bernsbach, Grünhain-Beierfeld, Lauter/Sa., Löbnitz, Schwarzenberg/Erzgeb.,

die Verwaltungsgemeinschaften

Breitenbrunn/Erzgeb. (= Gemeinden Breitenbrunn/Erzgeb., Rittersgrün),

Raschau-Markersbach-Pöhl (= Gemeinden Markersbach, Pöhl, Raschau)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 168)

(Einw.: 304 024 21,0 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 166 Annaberg – Aue-Schwarzenberg

168 Vogtland – Plauen

Kreisfreie Stadt Plauen,

Vogtlandkreis

(Einw.: 256 023 1,9 %)

166

Vom Landkreis Aue-Schwarzenberg

die Gemeinden

Johanngeorgenstadt, Schneeberg, Schönheide, Stützengrün,

die Verwaltungsgemeinschaften

Eibenstock (= Gemeinden Eibenstock, Sosa),

168 Vogtland – Plauen – Aue-Schwarzenberg II

Kreisfreie Stadt Plauen,

Vogtlandkreis,

vom Landkreis Aue-Schwarzenberg

die Gemeinden

Johanngeorgenstadt, Schneeberg, Schönheide, Stützengrün,

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

Zschorlau (= Gemeinden Bockau, Zschorlau)
(Einw.: 47 973)

die Verwaltungsgemeinschaften
Eibenstock (= Gemeinden Eibenstock, Sosa),
Zschorlau (= Gemeinden Bockau, Zschorlau)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 167)
(Einw.: 303 996 21,0 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund Wegfall des Wahlkreises 166 Annaberg – Aue-Schwarzenberg

Rheinland-Pfalz

204 Bitburg

Landkreise Bitburg-Prüm, Daun,
vom Landkreis Bernkastel-Wittlich
die verbandsfreie Gemeinde
Wittlich,
die Verbandsgemeinden
Kröv-Bausendorf (= Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern, Kinheim, Kröv, Reil, Willwerscheid),
Manderscheid (= Gemeinden Bettenfeld, Dierfeld, Eckfeld, Eisenschmitt, Gipperath, Greimerath, Großlittgen, Hasborn, Karl, Laufeld, Manderscheid, Meerfeld, Musweiler, Niederöfflingen, Niederscheidweiler, Oberöfflingen, Oberscheidweiler, Pantenburg, Schladt, Schwarzenborn, Wallscheid),
Wittlich-Land (= Gemeinden Altrich, Arenrath, Bergweiler, Binsfeld, Bruch, Dierscheid, Dodenburg, Dreis, Esch, Gladbach, Heckenmünster, Heidweiler, Hetzerath, Hupperath, Klausen, Landscheid, Minderlittgen, Niersbach, Osann-Monzel, Platten, Plein, Rivenich, Salmtal, Sehlem)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 202)
(Einw.: 205 864 - 18,1 %)

204 Bitburg

Eifelkreis Bitburg-Prüm, Landkreis Vulkaneifel,
vom Landkreis Bernkastel-Wittlich
die verbandsfreie Gemeinde
Wittlich,
die Verbandsgemeinden
Kröv-Bausendorf (= Gemeinden Bausendorf, Bengel, Diefenbach, Flußbach, Hontheim, Kinderbeuern, Kinheim, Kröv, Reil, Willwerscheid),
Manderscheid (= Gemeinden Bettenfeld, Dierfeld, Eckfeld, Eisenschmitt, Gipperath, Greimerath, Großlittgen, Hasborn, Karl, Laufeld, Manderscheid, Meerfeld, Musweiler, Niederöfflingen, Niederscheidweiler, Oberöfflingen, Oberscheidweiler, Pantenburg, Schladt, Schwarzenborn, Wallscheid),
Wittlich-Land (= Gemeinden Altrich, Arenrath, Bergweiler, Binsfeld, Bruch, Dierscheid, Dodenburg, Dreis, Esch, Gladbach, Heckenmünster, Heidweiler, Hetzerath, Hupperath, Klausen, Landscheid, Minderlittgen, Niersbach, Osann-Monzel, Platten, Plein, Rivenich, Salmtal, Sehlem)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 202)
(Einw.: 205 864 - 18,1 %)

Bemerkungen: Änderung der Beschreibung auf Grund der Umbenennung von Landkreisnamen mit Wirkung vom 1.1.2007

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

Bayern

216 Freising

Landkreise Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm

(Einw.: 249 700 - 0,7 %)

218

Vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

die Gemeinden

Aresing, Schrobenhausen,

die Verwaltungsgemeinschaft

Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen)

(Einw.: 25 971)

216 Freising

Landkreise Freising, Pfaffenhofen a.d. Ilm,

vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

die Gemeinden

Aresing, Schrobenhausen,

die Verwaltungsgemeinschaft

Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 218)

(Einw.: 275 671 9,7 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 218 Ingolstadt

218 Ingolstadt

Kreisfreie Stadt Ingolstadt,

Landkreise Eichstätt, Neuburg-Schrobenhausen

(Einw.: 304 348 21,1 %)

216

Vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

die Gemeinden

Aresing, Schrobenhausen,

die Verwaltungsgemeinschaft

Schrobenhausen (= Gemeinden Berg im Gau, Brunnen, Gachenbach, Langenmosen, Waidhofen)

(Einw.: 25 971)

218 Ingolstadt

Kreisfreie Stadt Ingolstadt,

Landkreis Eichstätt,

vom Landkreis Neuburg-Schrobenhausen

die Gemeinden

Burgheim, Ehekirchen, Karlshuld, Karlskron, Königsmoos, Neuburg a.d. Donau, Oberhausen, Rennertshofen, Weichering,

die Verwaltungsgemeinschaft

Neuburg a.d. Donau (= Gemeinden Bergheim, Rohrenfels)

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 216)

(Einw.: 278 377 10,8 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze

223 München-Land

Landkreis München,

vom Landkreis Starnberg

die Gemeinde

Krailing

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)

(Einw.: 276 836 10,1 %)

225

Vom Landkreis Starnberg

die Gemeinde

Gauting

(Einw.: 17 278)

223 München-Land

Landkreis München,

vom Landkreis Starnberg

die Gemeinden

Gauting, Krailing

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)

(Einw.: 294 114 17,0 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze in den Wahlkreisen 225 Starnberg und 227 Weilheim

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	von Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Einw.: = Gebietsstand 31. Dezember 2005		Einw.: = Gebietsstand 31. Dezember 2005	

Alternative 1 für die Wahlkreise 225 und 227:

<p>225 Starnberg</p> <p>Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach,</p> <p>vom Landkreis Starnberg</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Andechs, Berg, Feldafing, Gauting, Gilching, Herrsching a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking, Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee</p> <p>(Übrige Gemeinde s. Wkr. 223)</p> <p>(Einw.: 307 058 22,2 %)</p>	<p>223</p> <p>Vom Landkreis Starnberg</p> <p>die Gemeinde</p> <p>Gauting</p> <p>(Einw.: 17 278)</p>	<p>227</p> <p>Vom Landkreis Landsberg am Lech</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaft</p> <p>Schondorf a. Ammersee (= Gemeinden Eching a. Ammersee, Greifenberg, Schondorf a. Ammersee)</p> <p>(Einw.: 7 003)</p>	<p>225 Starnberg</p> <p>Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach,</p> <p>vom Landkreis Landsberg am Lech</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaft</p> <p>Schondorf a. Ammersee (= Gemeinden Eching a. Ammersee, Greifenberg, Schondorf a. Ammersee)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 227),</p> <p>vom Landkreis Starnberg</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Andechs, Berg, Feldafing, Gilching, Herrsching a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking, Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 223)</p> <p>(Einw.: 296 783 18,1 %)</p>
--	--	---	---

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze

<p>227 Weilheim</p> <p>Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Weilheim-Schongau</p> <p>(Einw.: 306 883 22,1 %)</p>	<p>225</p> <p>Vom Landkreis Landsberg am Lech</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaft</p> <p>Schondorf a. Ammersee (= Gemeinden Eching a. Ammersee, Greifenberg, Schondorf a. Ammersee)</p> <p>(Einw.: 7 003)</p>	<p>227 Weilheim</p> <p>Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Weilheim-Schongau,</p> <p>vom Landkreis Landsberg am Lech</p> <p>die Gemeinden</p> <p>Denklingen, Dießen a. Ammersee, Egling a.d. Paar, Geltendorf, Kaufering, Landsberg am Lech, Penzing, Utting a. Ammersee, Weil,</p> <p>die Verwaltungsgemeinschaften</p> <p>Fuchstal (= Gemeinden Fuchstal, Unterdießen),</p> <p>Igling (= Gemeinden Hurlach, Igling, Obermeitingen),</p> <p>Prittriching (= Gemeinden Prittriching, Scheuring),</p> <p>Pürgen (= Gemeinden Hofstetten, Pürgen, Schwifiting),</p> <p>Reichling (= Gemeinden Apfeldorf, Kinsau, Reichling, Rott, Thaining, Vilgertshofen),</p> <p>Windach (= Gemeinden Eresing, Finning, Windach)</p> <p>(Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)</p> <p>(Einw.: 299 880 19,3 %)</p>
--	---	---

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

Alternative 2 für die Wahlkreise 225 und 227:

225 Starnberg	223	227	225 Starnberg
Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach,	Vom Landkreis Starnberg	Vom Landkreis Weilheim-Schongau	Landkreise Bad Tölz-Wolfratshausen, Miesbach,
vom Landkreis Starnberg	die Gemeinde	die Gemeinde	vom Landkreis Starnberg
die Gemeinden	Gauting	Bernried,	die Gemeinden
Andechs, Berg, Feldafing, Gauting, Gilching, Herrsching a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking, Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee	(Einw.: 17 278)	Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt)	Andechs, Berg, Feldafing, Gilching, Herrsching a. Ammersee, Inning a. Ammersee, Pöcking, Seefeld, Starnberg, Tutzing, Weßling, Wörthsee
(Übrige Gemeinde s. Wkr. 223)		(Einw.: 7 102)	(Übrige Gemeinden s. Wkr. 223),
(Einw.: 307 058 22,2 %)			vom Landkreis Weilheim-Schongau
			die Gemeinde
			Bernried,
			die Verwaltungsgemeinschaft
			Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt)
			(Übrige Gemeinden s. Wkr. 227)
			(Einw.: 296 882 18,1 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze

227 Weilheim	225	227 Weilheim
Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech, Weilheim-Schongau	Vom Landkreis Weilheim-Schongau	Landkreise Garmisch-Partenkirchen, Landsberg am Lech,
(Einw.: 306 883 22,1 %)	die Gemeinde	vom Landkreis Weilheim-Schongau
	Bernried,	die Gemeinden
	die Verwaltungsgemeinschaft	Hohenpeißenberg, Peißenberg, Peiting, Penzberg, Polling, Schongau, Weilheim i. OB, Wessobrunn, Wielenbach,
	Seeshaupt (= Gemeinden Iffeldorf, Seeshaupt)	die Verwaltungsgemeinschaften
	(Einw.: 7 102)	Altenstadt (= Gemeinden Altenstadt, Hohenfurch, Ingenried, Schwabbruck, Schwabsoien),
		Bernbeuren (= Gemeinden Bernbeuren, Burggen),
		Habach (= Gemeinden Antdorf, Habach, Obersöchering, Sindelsdorf),
		Huglfing (= Gemeinden Eberfing, Eglfing, Huglfing, Oberhausen),
		Pähl-Raisting (= Gemeinden Pähl, Raisting),
		Rottenbuch (= Gemeinden Böbing, Rottenbuch),
		Steingaden (= Gemeinden Prem, Steingaden, Wildsteig)
		(Übrige Gemeinden s. Wkr. 225)
		(Einw.: 299 781 19,3 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 Gebietsstand 31. Dezember 2005	von Wahlkreis	Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 Gebietsstand 31. Dezember 2005	

228 Deggendorf
Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau
(Einw.: 191 608 - 23,8 %)

230
Vom Landkreis Passau
die Gemeinden
Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen
(Einw.: 13 213)

228 Deggendorf
Landkreise Deggendorf, Freyung-Grafenau,
vom Landkreis Passau
die Gemeinden
Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 230)
(Einw.: 204 821 - 18,5 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze

230 Passau
Kreisfreie Stadt Passau,
Landkreis Passau
(Einw.: 226 864 - 9,7 %)

228
Vom Landkreis Passau
die Gemeinden
Aicha vorm Wald, Eging a. See, Fürstenstein, Hofkirchen
(Einw.: 13 213)

230 Passau
Kreisfreie Stadt Passau,
vom Landkreis Passau
die Gemeinden
Aldersbach, Bad Füssing, Bad Griesbach i. Rottal, Breitenberg, Büchlberg, Fürstenzell, Haarbach, Hauzenberg, Hutthurm, Kirchham, Kößlarn, Neuburg a. Inn, Neuhaus a. Inn, Neukirchen vorm Wald, Oberzell, Ortenburg, Pocking, Ruderting, Ruhstorf a. d. Rott, Salzweg, Sonnen, Tettenweis, Thymau, Tiefenbach, Untergriesbach, Vilshofen an der Donau, Wegscheid, Windorf,
die Verwaltungsgemeinschaften
Aidenbach (= Gemeinden Aidenbach, Beutelsbach),
Rotthalmünster (= Gemeinden Malching, Rotthalmünster),
Tittling (= Gemeinden Tittling, Witzmannsberg)
(Übrige Gemeinden s. Wkr. 228)
(Einw.: 213 651 - 15,0 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 228 Deggendorf

246 Nürnberg-Süd
Kreisfreie Stadt Schwabach,
von der kreisfreien Stadt Nürnberg
die Bezirke 14 bis 21, 31 bis 38, 40 bis 55, 60 bis 63, 96, 97
(Übrige Bezirke s. Wkr. 245)
(Einw.: 224 123 - 10,8 %)

246 Nürnberg-Süd
Kreisfreie Stadt Schwabach,
von der kreisfreien Stadt Nürnberg
die Bezirke 14 bis 21, 31 bis 55, 60 bis 63, 96, 97
(Übrige Bezirke s. Wkr. 245)
(Einw.: 224 123 - 10,8 %)

Bemerkungen: Änderung der Beschreibung wegen Besiedelung des bis vor kurzem unbewohnten Bezirks 39

noch Anlage 8

Beschreibung der gegenwärtigen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 10. Juni 2005	Veränderungen durch Umsetzungen				Beschreibung der vorgeschlagenen Wahlkreise Einw.: = Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005 % = Abweichung vom Bundesdurchschnitt bei 299 Wkr. Gebietsstand 31. Dezember 2005
	Abgang		Zugang		
	Bezeichnung der Gebietseinheit				
	an	Einw.: =	von	Einw.: =	
	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	Wahlkreis	Deutsche Bevölkerung am 31. Dezember 2005	
		Gebietsstand 31. Dezember 2005		Gebietsstand 31. Dezember 2005	

Baden-Württemberg

294 Ravensburg – Bodensee

Bodenseekreis,

vom Landkreis Ravensburg

die Gemeinden

Aulendorf, Baienfurt, Baidnt, Berg, Bodnegg, Fronreute, Grünkraut, Horgenzell, Ravensburg, Schlier, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 295)

(Einw.: 303 761 20,9 %)

295

Vom Landkreis Ravensburg

die Gemeinde

Aulendorf

(Einw.: 9 406)

294 Ravensburg – Bodensee

Bodenseekreis,

vom Landkreis Ravensburg

die Gemeinden

Baienfurt, Baidnt, Berg, Bodnegg, Fronreute, Grünkraut, Horgenzell, Ravensburg, Schlier, Waldburg, Weingarten, Wilhelmsdorf, Wolpertswende

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 295)

(Einw.: 294 355 17,1 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze

295 Zollernalb – Sigmaringen

Landkreis Sigmaringen,

vom Landkreis Ravensburg

die Gemeinden

Altshausen, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Königseggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 294),

vom Zollernalbkreis

die Gemeinden

Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 291)

(Einw.: 264 234 5,1 %)

294

Vom Landkreis Ravensburg

die Gemeinde

Aulendorf

(Einw.: 9 406)

295 Zollernalb – Sigmaringen

Landkreis Sigmaringen,

vom Landkreis Ravensburg

die Gemeinden

Altshausen, Aulendorf, Boms, Ebenweiler, Ebersbach-Musbach, Eichstegen, Fleischwangen, Guggenhausen, Hoßkirch, Königseggwald, Riedhausen, Unterwaldhausen

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 293, 294),

vom Zollernalbkreis

die Gemeinden

Albstadt, Balingen, Bitz, Dautmergen, Dormettingen, Dotternhausen, Geislingen, Haigerloch, Hausen am Tann, Meßstetten, Nusplingen, Obernheim, Ratshausen, Rosenfeld, Schömberg, Straßberg, Weilen unter den Rinnen, Winterlingen, Zimmern unter der Burg

(Übrige Gemeinden s. Wkr. 291)

(Einw.: 273 640 8,9 %)

Bemerkungen: Änderung der Abgrenzung auf Grund der Überschreitung der Toleranzgrenze im Wahlkreis 294 Ravensburg – Bodensee

